2. Kurzbericht über die Arbeitsgruppentagung des SB am 29./3o.11.75

Angesichts der enormen Bedeutung, die Berufsverbote und andere Formen der politischen Unterdrückung für die gesamte Linke haben, ist es auch im SB unbestritten, daß alles getan werden muß, um eine möglichst breite Abwehrfront gegenüber der repressiven Offensive der Rechten in der BRD aufzubauen. So stand denn auch nach Diskussionen im Delegiertenrat und den regionalen Zentren auf der Mitgliederversammlung am 29./3o.11. die Frage nach den Aufgaben und realen Möglichkeiten des Sozialistischen Büros im Hinblick auf die Abwehr der politischen Unterdrückung. Allgemein wurde betont, daß in der BRD ein Wendepunkt der Entwicklung erreicht sei, daß mit dem Eintritt in eine "zweite Phase der Restauration" für die linke Bewegung neue Verhältnisse entstanden seien, deren hauptsächlicher Ausdruck eben die Repression in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere die Berufsverbote seien. Gerade von Genossen aus Betrieben wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, daß gegen die Repression, gegen die politische Einbindung der Gewerkschaften in den Rahmen der sozialdemokratischen Politik,gegen die Angriffe der Unternehmer, aber auch von sozialdemokratischen Betriebsgruppen eine möglichst breite Basis des Widerstandes geschaffen werden müsse. Dazu könne ein Kongreß gegen die politische und ökonomische Unterdrückung ein brauchbares Instrument und Signal sein, daß sich die Linke nicht hilf- und sprachlos gegenüber der Repression verhalte. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

1. Die Aktivitäten des SB richten sich in nächster Zukunft schwerpunktmäßig auf die Kampagne gegen die Repression. Dazu gehört die stärkere Beteiligung an Komitees und Initiativen gegen die Repression, dort wo sie bereits existieren, wie auch die Schaffung von organisatorischen Formen zur Abwehr der Repression, in Orten, wo noch nichts unternommen worden ist.
2. Im Sommer 1976 findet ein zentraler Kongreß gegen die politische und ökonomische Repression statt. Der Kongreß muß von der gesamten Arbeitsgruppe des SB getragen werden und soll ein politischer Höhepunkt einer regional und lokal zu führenden Kampagne gegen die Repression sein. Die bestehenden Komitees sollen soweit wie möglich einbezogen werden; es solle keineswegs eine Art konkurrierender Kampagne entstehen.
3. Im Kontext des Kongresses und seiner Vorbereitung müsse die inhaltliche politische Festlegung des SB in Hinsicht auf wesentliche Fragen geklärt werden: Rechtsstaat,FDGO,Grundgesetz,SPD etc.

Der Arbeitsausschuß des SB hat einen Entwurf für die Konzeption einer Kampagne vorgelegt. Diese Konzeption soll zunächst innerhalb der regionalen Gruppen und der zentralen Arbeitsfelder des SB diskutiert und vom Delegiertenrat am 6./7. März 76 verabschiedet werden.
Aus zeitlichen Gründen können wir diese Diskussion im Arbeitsfeld Sozialarbeit nicht mehr zentral führen, wir fordern daher alle AKS-Gruppen, Kollegen und Genossen auf,sich verstärkt in die örtliche und regionale Diskussion und Vorbereitung von Kampagne und Kongreß einzubringen.

Eine politische Orientierung für die anlaufende Kampagne versucht die 'links'-Sondernummer zugeben(siehe Anzeige).

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT



Sozialarbeit und Jugendarbeitslosigkeit ★ Antirepressionskampagne ★ Jugendarbeit - politischer Anspruch u. pädagogische Realität ★ Strategie im Arbeitsfeld Sozialarbeit ★ Sozialarbeit in der Provinz ★ Portugal

13 Offenbach im Mai 1976
Einfachnummer - Preis DM 5,--

Dieser Informationsdienst Sozialarbeit wird im Sozialistischen Büro von Gruppen, die im Sozialisationsbereich arbeiten, herausgegeben. Der Info dient der Kommunikation und Kooperation von Genossen, die mit sozialistischem Anspruch im Feld der sozialen Arbeit tätig sind. Der Info enthält neben einem Schwerpunktthema Darstellungen über die Organisationsmodelle und Basisaktivitäten sozialistischer Sozialarbeiter/-pädagogen, Erzieher etc., Kurzberichte, Informationen und Analysen aus dem Sozial- und Gewerkschaftsbereich sowie Materialien, Hinweise, Stellenangebote und Kleinanzeigen.

Neben dem Informationsdienst (erscheint viermal im Jahr) veröffentlichen wir in unregelmäßigen Abständen Arbeitsfeldmaterialien zum Sozialbereich. In dieser Reihe sind bisher erschienen:

Arbeitsfeldmaterialien (AMS)
Heft 1: Projektstudium am Bspl. Heimerziehung, 2oo S., DM 8,--

Heft 2: Arbeitermädchen im Jugendzentrum, 56 S., DM 4,--

Heft 3 Knastalltag am Beispiel Mannheim, 128 S., DM 7,--

Heft 4: Der institutionalisierte Konflikt, 2oo S., DM 1o,--

Heft 5: Sozialpädagogik und Arbeiterinteressen, 48 S., DM 3,--

Heft 6: Staatliche Sozialpolitik, 136 S., DM 8.-

Herausgeber: Sozialistisches Büro
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Verleger: Verlag 2ooo GmbH Offenbach

Erste Auflage: Mai 1976, 5ooo Exemplare

Vertrieb: Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4
Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain)
Postcheck Frankfurt Nr. 61o41 - 6o4

Preis: Einzelexemplar DM 5,--
bei Abnahme von mind. 1o Stück 2o% Rabatt
Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandel) 4o % Rabatt
jeweils zuzüglich Versandkosten

Der Info kann auch im Abonnement bezogen werden. Bezugsgebühren für das Jahr 1976 (Heft 12 - 15) DM 15,-- + DM 2,8o

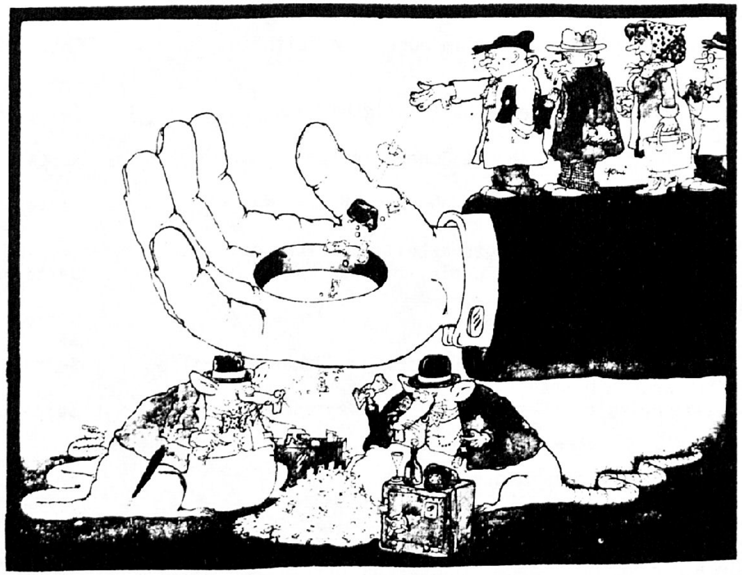
Verantwortlich: Redaktionskollektiv Info Sozialarbeit
Presserechtlich verantwortlich: Günter Pabst Offenbach
Foto: Rose
Druck: hbo-druck Bensheim

INFO SOZIALARBEIT, Heft 13

INHALT

ARBEITSFELDMATERIALIEN ZUM SOZIALBEREICH

Monika Fuhrke: STAATLICHE SOZIALPOLITIK



Eine Untersuchung
zur Entwicklung des Systems
der Sozialen Sicherheit im Kapitalismus

Offenbach im April 1976 - Preis acht Mark

Sozialistisches Büro:

AUFRUF ZUR KAMPAGNE GEGEN POLITISCHE UND ÖKONOMISCHE UNTERDRÜCKUNG UND ZUM ANTIREPRESSIONS–KONGRESS – PFINGSTEN '76

Die politische und ökonomische Unterdrückung nimmt in der Bundesrepublik immer größere Ausmaße an. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die arbeitende Bevölkerung sind begleitet von sich verschärfenden Disziplinierungsmaßnahmen des Staates, des Kapitals und auch der großen Parteien gegen alle, die sich dagegen zur Wehr setzen. Dabei handelt es sich nicht um Unterdrückung mit vorwiegend direkter Gewalt, wie sie für faschistische Staaten charakteristisch ist, obwohl auch die Formen des Einsatzes der staatlichen Gewaltmittel, der Polizei,des Bundeskriminalamtes und die Haftpraxis in den letzten Jahren erheblich brutalisiert worden sind. Es handelt sich vielmehr um eine "schleichende" Unterdrückung durch spezielle Gesetze, Verordnungen, Rechtsinterpretationen, Argumentationen mit der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" (fdGO) und administrative Praktiken, die angeblich dem Schutze des Grundgesetzes dienen, in Wirklichkeit jedoch darauf zielen, die in ihm enthaltenen demokratischen Grundrechte einzuschränken und sozialistische Opposition in der Bundesrepublik zu illegalisieren. Der Kreis der von politischer Repression Betroffenen reicht inzwischen über Angehörige sozialistischer und kommunistischer Organisationen hinaus und erfaßt auch aktive Gewerkschafter und linke Sozialdemokraten. Kritische Äußerungen haben vielfach existentielle Gefährdung durch Berufsverbot oder politisch motivierte Entlassung zur Folge. Duckmäusertum, Vorsicht bei Meinungsäußerungen und Unterwürfigkeit sind Erscheinungen der Anpassung an die stärker werdende Repression. Diese Wirkung geht weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus und schafft ein Klima der Unfreiheit und Angst.

In den Betrieben, Büros und Verwaltungen hat sich im Verlauf der Wirtschaftskrise die Repression verstärkt. Die hohe Arbeitslosigkeit läßt die Herrschaft des Kapitals unverhüllter hervortreten. Die Arbeitsleistungen werden hochgejagt. Ältere Kollegen werden gegen jüngere ausgetauscht, um die Leistungen zu heben. Ausländische Arbeiter sind noch stärker als früher der Willkür ausgesetzt. Frauen werden in die "stille Reservearmee" abgedrängt. Wo die Belegschaften es sich gefallen lassen, werden übertarifliche Leistungen gestrichen und bisher bezahlte Zulagen vom Unternehmer kassiert. Selbst Versuche zur Kürzung der Tariflöhne gibt es. Der "stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" in den Betrieben wird durch die politische Repression verstärkt. Wenn es irgendwie geht, werden bei Entlassungen die politisch und gewerkschaftlich aktiven Kollegen rausgeschmissen, so daß selbst die gewerkschaftliche Organisierung und erst recht die politische Betätigung in vielen Betrieben sehr erschwert wird. Mit der Argumentation, daß den privaten Unternehmern nur recht sein müsse, was für den Staat mit seinen Berufsverboten und für die Gewerkschaften mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen billig ist, wurde vielen ak-

tiven Kollegen bereits der Arbeitsplatz genommen.

Opportunistisches Sich-Arrangieren mit denjenigen, die die Repression ausüben und die Hoffnung auf ein "Oberwintern", verstärken die Möglichkeiten politischer Unterdrückung ebenso wie verzweifelte Akte individueller Auflehnung oder leichtfertiges Märtyrertum von linken Organisationen. Der politischen Unterdrückung kann nur wirksam entgegengetreten werden, wenn die individuelle Angst in Widerstand gegen diese Unterdrückung umschlägt, wenn dieser Widerstand organisiert erfolgt und wenn damit für wirksame politische Arbeit Perspektiven eröffnet werden. Also, lassen wir uns nicht durch die Repression lähmen, organisieren wir den Widerstand!

Das Ausmaß der politischen Unterdrückung ist nicht mehr nur Folge der Schwäche der Arbeiterbewegung in der BRD, sondern ist auch Zeichen der Schwäche der herrschenden Klasse. Konnte noch in den Jahren des "Wirtschaftswunders" des westdeutschen Kapitalismus auf eine sehr breite Obereinstimmung mit dem herrschenden System gerechnet werden, so ist mit dem deutlichen Hervortreten der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus dessen scheinbare Oberlegenheit nicht mehr wie bisher gegeben. Angesichts schwerer werdender wirtschaftlicher Krisen, anhaltender Massenarbeitslosigkeit, der Gefährdung der Realeinkommen, gesteigerter Leistungsanforderungen und niedrigerer staatlicher Sozialleistungen fürchten die Herrschenden in unserem Land, daß die Linke bei aufbrechenden Klassengegensätzen zunehmend Gehör bei den Lohnabhängigen findet. Dem soll die Unterdrückung jeder konsequenten linken Opposition vorbeugen.

Alle kapitalistischen Staaten sind, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, den zunehmend schwerer werdenden Krisenzyklen unterworfen. Die Bundesregierung und das westdeutsche Kapital versuchen, um den Krisenfolgen entgegenzuwirken, eine wirtschaftlich und letztlich auch politisch führende Stellung der Bundesrepublik gegenüber den anderen westeuropäischen Staaten durchzusetzen. Dies führt zu verstärkten Konflikten, nicht nur mit der herrschenden Klasse in diesen Ländern, sondern auch mit der Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Ländern. Gerade für diese ist es ein alarmierendes Zeichen, wenn die tendenzielle Hegemonialmacht Bundesrepublik die Linke und die demokratische Opposition im eigenen Land zunehmend unterdrückt. Der Widerstand gegen Repression in der Bundesrepublik muß deshalb eine enge internationalistische Zusammenarbeit in Westeuropa anstreben.

Bislang ist es den Herrschenden in der Bundesrepublik noch gelungen, ihre Repressionsmaßnahmen so darzustellen, als beträfen sie nur eine kleine Gruppe von "Extremisten". Breite Solidarisierungen hat es daher nur in Einzelfällen gegeben. Mit zunehmender Schwere der Krisen des Kapitalismus wird auch die Unterdrückung zunehmen. Wir müssen deshalb schon jetzt darauf hinarbeiten, daß eine derartige Verschärfung, die sich mehr als bisher auch auf Sozialdemokraten und Gewerkschafter erstrecken wird, uns nicht unvorbereitet trifft.

Wie organisiert man den Widerstand? Wie verhindert man Anpassung an die Repression? Die Einsicht in den Charakter politischer Unterdrükkung allein hilft nicht, wenn sie auch zur Abschätzung der Chancen, zum Begreifen ihrer Ursachen notwendig ist. Forderungen wie "Weg mit



den Berufsverboten" oder der Appell zur Verwirklichung der Grundrechte reichen keineswegs aus, auch nicht Solidarität allein mit den von der Repression unmittelbar Betroffenen. Gerade unter den erschwerten Bedingungen der Repression müssen wir eine offensive politische Arbeit am Arbeitsplatz und im allgemeinen politischen Bereich entfalten. Dazu gehört, Organisationsformen zu entwickeln, die zu einer Überwindung der Vereinzelung führen und die der Angst entgegenwirken, durch den Verlust des Arbeitsplatzes isoliert und politisch handlungsunfähig zu werden. Für diejenigen, die durch die politische Repression oder als Folge der wirtschaftlichen Krise ihren Arbeitsplatz verloren oder gar nicht erst gefunden haben, muß die Möglichkeit geschaffen werden, ihre Qualifikationen zu nutzen, phantasievoll und gezielt politisch zu arbeiten und damit Vereinzelung zu verhindern. Es geht darum, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern unsere Fähigkeiten organisiert für unsere Interessen und Zielsetzungen einzusetzen.
Dies zu diskutieren, Ansatzpunkte vorzustellen, Erfahrungen zu vermitteln und gemeinsame politische Konsequenzen zu ziehen, ist die Aufgabe von Kampagne und Kongreß des Sozialistischen Büros gegen politische und ökonomische Unterdrückung. Wir wollen mehr Klarheit über folgende Fragen gewinnen:

- Welche Möglichkeiten bestehen für uns, die Bedingungen für die Fortsetzung sozialistischer Organisierung und Arbeit angesichts der verschärften Repression zu erhalten?
- Wie können wir an unserem Arbeitsplatz, in Fabrik, Büro, Verwaltung, Schule oder Universität den Widerstand gegen verschärfte ökonomische Ausbeutung und politische Disziplinierung organisieren? Was sind unsere Aufgaben in den Gewerkschaften?
- Welche Möglichkeiten bestehen für arbeitslose Kollegen und Genossen, sinnvolle politische Arbeit auszuüben? Beschäftigte und Arbeitslose dürfen nicht in einen entsolidarisierenden Gegensatz zueinander geraten!
- Welche Möglichkeiten des Basiswiderstandes durch Bürgerinitiativen, Einsatz aufklärerischer Publizistik, Selbsthilfeprojekte, Ausländerkomitees, Jugendzentren und -initiativen oder Frauengruppen gibt es?
- Welche rechtlichen Möglichkeiten der Abwehr von Berufsverboten haben wir trotz Einschränkung unserer Rechte? Wie können wir davon organisiert Gebrauch machen? Organisieren wir unseren Rechtsschutz und unsere Rechtsberatung selbst!
- Wie können wir einen Solidaritätsfonds für die Betroffenen der Repression aufbauen? Wir müssen verhindern, daß Betroffene individuell in Not geraten. Wir wollen erreichen, daß sozialistische Solidarität praktisch wird!
- Wie können wir den Protest gegen die politische Repression im Inland und Ausland wirksam organisieren? Wir müssen neue Formen des Protests entwickeln, um nicht von der politischen Repression kaputt gemacht zu werden. Wir müssen unsere Phantasie entfalten und sie als Waffe gegen die Repression einsetzen!

Der Kongreß ist nicht der Schlußpunkt unserer Kampagne gegen Unterdrückung. Der Kongreß soll dazu beitragen, daß der Protest gegen die Repression praktisch wirksam wird. Wir rufen deshalb alle, die von der ökonomischen und politischen Repression betroffen sind und alle, die den Widerstand wagen wollen,auf, sich an der Kampagne und am Kongreß zu beteiligen. Wir rufen zu Kampagne und Kongreß auf, um damit den Widerstand voranzutreiben!

Redaktionskollektiv:

ASPEKTE ÖKONOMISCHER UND POLITISCHER REPRESSION IM SOZIALBEREICH

- Vorbereitungspapier zum Antirepressions–Kongress-

Die Reformillusionen gerade für den Bereich Jugend- und Sozialpolitik sind hin, der Traum von "unabhängigen Sachverständigen", der nach Maßgabe wissenschaftlicher Erkenntnisse fachlich kompetent interveniert, ist ausgeträumt. Der enge Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Sozialpolitik wird für die meisten Sozialarbeiter derzeit hautnah und handgreiflich erfahrbar.

Warf bereits die aufkommende Jugendarbeitslosigkeit alle Konzeptionen für fortschrittliche Arbeit im Jugendfreizeitbereich über den Haufen, so haben heute massive Kürzungen das Klima im gesamten Sozialbereich (von der Familienfürsorge über Vorschul- und Heimerziehung bis hin zur Jugendbildungsarbeit) einschneidend verändert. Wer jetzt noch aus Parteinahme für die Betroffenen an fortschrittlichen Ansätzen festhält, wird mit einer ganzen Skala von Repressionen belegt. Das fängt schon an mit der schärferen Überprüfung der simpelsten Mittelbewilligung - wenn beispielsweise die von einer Sozialarbeiterin für eine Obdachlosenfamilie bewilligten Gardinen von dem Amtsleiter nachgemessen werden -, setzt sich fort über direkte Einschüchterung, daß man gefälligst im Sinne der Behörde zu handeln hätte, und macht auch nicht halt vor dem direkten Rausschmiß bis hin zum Berufsverbot.

Die ökonomische Krise verstärkt die Nachfrage nach materiellen und sozialen Hilfen und legt den Stellenwert für die betroffenen Lohnabhängigen wieder offen, den verkürzte Analysen mit dem Akzent auf der psycho-sozialen Beratung in den vergangenen Jahren mit Vorliebe verwischen wollten. Die höhere Arbeitsbelastung für den Sozialarbeiter wird durch Stellenkürzungen zusätzlich verschärft, wodurch die Qualität der Bemühungen des einzelnen Kollegen drastisch herabgesetzt wird, zum Nachteil der Betroffenen. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch sogenannte Rationalisierungen (z.B. in NRW sollen die bisher freigestellten Kindergartenleiterinnen wieder in den Gruppendienst zurückversetzt werden), die in ihrer Konsequenz für Eltern, Kinder und Sozialpädagogen als Repression wirksam werden.
Gleichzeitig entsteht durch die Einsparung von Stellen für die Absolventen der Fachhochschulen eine verschärfte Konkurrenz, die nur noch angepaßtes Nachbeten der offiziellen Strategie der Sozialbürokratie als geeignete individuelle Verhaltensweise erscheinen läßt. Andererseits werden Berufspraktikanten auf volle Planstellen gesetzt und somit die Einstellung von arbeitslosen Sozialarbeitern verhindert.
Sozialarbeit wird so auf ihren funktionalen Kern reduziert, nämlich sozial-technisches Disziplinierungsinstrument gegenüber der Arbeiterklasse zu sein.

Den Sozialarbeitern und Erziehern wird nachdrücklich ihre eigene Exi-

stenz als ebenfalls Lohnabhängige vor Augen geführt. Hier besteht die Gefahr, daß sich die Interessen der Sozialarbeiter von den Bedürfnissen des "Klientels" vollständig abtrennen und sich in berufsständischerWeise gegen die Betroffenen wenden. Der Spielraum für fortschrittliche Initiativen und selbstorganisierte Projekte geht zunehmend verloren. Allenthalben festzustellende Resignation bei den Initiatoren zeigt eine tendenzielle Verunmöglichung alternativer Modelle sozialer Arbeit an, die im Vorgriff auf eine künftige Gesellschaft sozialistische Momente beinhalten. Damit drohen aber auch wichtige Impulse für die Arbeit in den traditionellen Bereichen der Sozialarbeit verloren zu gehen.
Wie können unter diesen Bedingungen Sozialisten im Sozialbereich wieder handlungsfähig werden und an welchen Punkten ist kollektiver Widerstand zu organisieren? Diese Fragen wollen wir auf dem Pfingstkongreß anhand folgender Schwerpunkte diskutieren:

a) Orientierung am Arbeitsplatz
Wie können wir uns in Gruppenzusammenhängen gegenseitig bei dem Problem unterstützen, den eigenen Arbeitsplatz so in den Griff zu bekommen, daß anstelle von Fatalismus oder nicht einlösbarer Ansprüche realistische Handlungsstrategien entwickelt und durchgesetzt werden können?

b) rechtliche Rahmenbedingungen
Die Parteinahme für die Betroffenen erfordert gerade im Zeichen der Krise eine gründlichere Auseinandersetzung mit den rechtlichen Rahmenbedingungen der materiellen Hilfeleistungen sowie der Aufsichts- und Kontrollinstanzen; wichtig wäre z.B. die Erstellung eines Leitfadens für die Beratung von Sozialhilfeempfängern und Merkblätter für die extensive Ausnutzung des BSHG.

c) Gewerkschaftsarbeit
Wie lassen sich bestimmte Arbeitsansätze mit einer linken Gewerkschaftsarbeit vermitteln, und an welchen Kriterien macht sich eine linke Strategie in der ÖTV fest?

d) Organisierung im Arbeitsfeld Sozialarbeit des SB
Die Gruppenzusammenhänge im Arbeitsfeld wie die Arbeitskreise Kritische Sozialarbeiter (AKS) haben in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion. Wie können sie ihre Arbeitsweise auf die jetzigen Anforderungen neu einstellen?

e) "Rotarbeit"
Wir brauchen Auffangsstrukturen für arbeitslose Genossen, um deren Qualifikation nicht brach liegen zu lassen, sondern in außerinstitutionellen Projekten einzusetzen. Hierzu gehören sowohl Forschungsprojekte als auch praktische Initiativen (z.B. Unterstützung von Jugendwohnkollektiven, Beratungsstellen, Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätze für arbeitslose Jugendliche). Ferner die Schaffung einer zentralen Dokumentations- und Auswertungsstelle, eines regionalen und überregionalen Stellenmarktes und eines Solidaritätsfonds zur materiellen und juristischen Unterstützung.

★

Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit, Westberlin:

SOZIALPÄDAGOGISCHE ARBEIT IM JUGENDFREIZEITHEIM
- Zum Verhältnis von politischem Anspruch und pädagogischer Realität -

1. Vorbemerkungen

Die Probleme, mit denen sich der folgende Beitrag beschäftigt, sind ein Teil der Schwierigkeiten, mit denen es Kollegen, die im AKS Westberlin mitarbeiten, im Jugendfreizeitheim "Prisma" zu tun hatten. Als wir die Arbeit an diesem Artikel begannen, war es zunächst unsere Absicht, uns Klarheit über die politische Bedeutung der Selbstverwaltung in Jugendfreizeitheimen zu verschaffen. Ausgangspunkt unserer Diskussion war dabei der gescheiterte Versuch, das JFH Prisma in Berlin in Selbstverwaltung zu übernehmen.
Als wir daran gingen, die Gründe dieses Scheiterns zu suchen, stiessen wir auf eine Anzahl Probleme, die unserer Auffassung nach bisher unzureichend bearbeitet waren.

Selbstverwaltung galt allenthalben, auch uns, fraglos als progressiv, weil sich damit offenbar der Gedanke der Reduzierung staatlicher Kontrolle über die Freizeit der Jugendlichen verband. Dies gilt jedoch nicht ohne Einschränkung. Insbesondere die Tatsache, daß der Staat , bzw. im Falle des "Prisma" das zuständige Bezirksamt, die Bereitschaft signalisierte, auf die Forderungen nach Selbstverwaltung einzugehen und mit den Jugendlichen entsprechende Nutzungsverträge abzuschließen, veranlaßte uns, die SV-Forderung noch einmal zu problematisieren.

Die Forderung nach Selbstverwaltung hat, wie wir meinen, nur dann einen Sinn, wenn sich mit ihr die Vermittlung politischer Erfahrung verbindet. Sie kann Teil eines sich politisch verstehenden Konzepts sein, wozu dann gehören würde, die Jugendlichen zur Selbstverwaltung zu befähigen und gleichzeitig dieses Konzept zu relativieren.
Unterstellt man, daß Selbstverwaltung für die Jugendlichen in erster Linie die Möglichkeit bedeutet, ohne Kontrolle Bedürfnissen nachgehen zu können, die sich anderswo nicht befriedigen lassen, muß in Frage gestellt werden, ob Selbstverwaltung, die ja eine Menge tatsächlicher Verwaltungsarbeit bedeutet, ihnen überhaupt etwas nützt. Sie würde eine Menge produktiver Energie binden und zugleich dem Staat viel Arbeit, vielleicht sogar Kosten abnehmen. Diesen Aufwand könnte man nur dann rechtfertigen, wenn es sich erweist, daß die Jugendlichen dabei mehr profitieren als in einem gesellschaftlich wenig relevanten Bereich einen Spielraum zu bekommen, den sie auch anderswo haben könnten, z.B. in einer Wohngemeinschaft.

Diese und andere Überlegungen waren für uns Anlaß, uns zunächst nicht zentral mit der Selbstverwaltungsproblematik an sich zu beschäftigen, sondern uns zu fragen, ob und unter welchen Umständen

sie den Interessen von Jugendlichen entspricht, und dabei von den recht unterschiedlichen Auffassungen des Inhalts von SV auszugehen. Schließlich kann es nicht Selbstzweck sein, sich selbst zu "verwalten", sondern es kann nur Mittel sein, womit sich andere Intentionen, sowohl der Jugendlichen, als auch der Sozialpädagogen, verbinden. Welche sind das? Diese Fragestellung veranlaßte uns, uns mit den Bedürfnissen der Jugendlichen einerseits, mit den Aufgaben der Sozialpädagogen im Freizeitbereich andererseits zu beschäftigen. Wir gelangten schließlich zu der Auffassung, daß hinter dem Gedanken der SV auf Seiten der Jugendlichen eine ganze Anzahl unbefriedigter Bedürfnisse steht, deren allgemeinster Nenner das Bedürfnis ist, die Freizeit einigermaßen unkontrolliert und ohne vorgegebene Programme zu verbringen. Es stellt sich dann die Frage, welche Aufgabe ein Sozialpädagoge dabei hat.

So wurde in der Diskussion deutlich, daß einige der oft schlagwortartig verkürzten Redewendungen wie: "an den Bedürfnissen ansetzen", "mit den Jugendlichen solidarisch sein", "in Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat Bewußtsein entwickeln (Konfliktstrategie)", nach denen man gehandelt oder zu handeln geglaubt hatte, gar nicht so eindeutig und klar waren wie zunächst angenommen. Erst die Reflektion innerhalb der Arbeitsgruppe ließ uns das erhebliche Ausmaß an Schwierigkeiten und Widersprüchen erkennen.
Gerade bei der Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen, die wir in unserer Aufarbeitung-weitgehend theoretisch abgehoben-angegangen sind, wird deutlich, wie schwierig es ist, theoretisch Erarbeitetes auf die stattgefundene Praxis zurückzubeziehen oder gar in konkrete Handlungsanweisungen für zukünftiges Arbeiten umzusetzen.

Die von uns geteilte Auffassung, daß Lernprozesse notwendigerweise zu Konflikten mit der gegenwärtigen Realität von Staat und Gesellschaft führen, ist in den letzten Jahren oft zu einer verkürzten "Konfliktstrategie" gemacht worden, derzufolge der Konflikt zum Ausgangspunkt von Lernprozessen gemacht wurde. Unter dem weitverbreiteten Druck, sich politisch legitimieren zu müssen, wurde insbesondere von Sozialpädagogen ein falsches Konfliktverständnis entwickelt.
Das zeigt sich daran, daß nicht die aktuellen Erscheinungs- und Vermittlungsformen, in denen die Jugendlichen ihre Konflikte erleben, zum Anknüpfungspunkt weitergehender Lernprozesse gemacht wurden, sondern der Konflikt mit dem Staatsapparat unmittelbar gesucht wurde. Die Konfliktstrategie, mißverstanden als Konfrontationsstrategie mit dem Staat, muß aber, wenn sie in einem isolierten Bereich betrieben wird, notwendigerweise zum Rückschlag führen. Der Staatsapparat ist durchaus "lernfähig" und in der Lage, ungenügend abgesicherte Vorstöße abzuwehren. Was dann als Lernerfolg dabei herauskommt, kann nur allzuleicht das Gegenteil des ursprünglich Intendierten sein: statt der Veränderbarkeit der Gesellschaft wird die eigene Ohnmacht noch einmal erfahren.

Die generelle Fragestellung, ob nämlich die im Freizeitbereich gemachten Erfahrungen und Lernprozesse Auswirkungen auf die Veränderung der Arbeitsbedingungen haben, konnte von uns nicht beantwortet werden und scheint uns - wenn überhaupt - nur aufgrund langfristig angelegter empirischer Untersuchungen zu beantworten zu sein. Eine

einfache Kausalität zwischen diesen unterschiedlichen Bereichen kann jedenfalls nicht angenommen werden. Ausgehend von den "Prisma"-Erfahrungen haben wir uns zunächst mit der Interessenkonstellation beschäftigt, die hinter der SV-Forderung steht, wozu ein kurzes Eingehen auf die Geschichte der Jugendfreizeitheim-Arbeit in der BRD nach 1945 notwendig war. Die Bedürfnisproblematik und die Funktion des Sozialarbeiters im JFH sind dann die Schwerpunkte dieses Artikels.

Derjenige Leser, der hofft, ganz konkrete Arbeitshilfen in Form von Arbeitsanweisungen en detail zu bekommen, muß Enttäuschungen einkalkulieren.
Auch deshalb, weil die jüngste Entwicklung die erheblich veränderten Bedingungen durch die Jugendarbeitslosigkeit nicht berücksichtigt werden konnte.

2. Zur geschichtlichen Entwicklung

Die Geschichte von Jugendfreizeitheimen (auch "Häuser der Jugend" oder "Häuser der Offenen Tür") beginnt 1945.
Die Lage der Jugend, behördlich als "Jugendnot" bezeichnet, stellte sich nach Kriegsende in der BRD folgendermaßen dar: "Über 2 Mill. Kinder und Jugendliche waren Heimatvertriebene und lebten z.T. noch in Lagern und Massenunterkünften, 1,6 Mill. waren Waisen bzw. Halbwaisen. Es gab über 600 000 jugendliche Arbeitslose und nicht untergebrachte Lehrstellenanwärter. Ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen lebte in völlig unzureichenden Wohnverhältnissen...
Die meisten Einrichtungen der Jugendpflege waren zerstört oder zweckentfremdet, nur wenige standen für die Arbeit zur Verfügung."
(Anneliese Keil, "Jugendpolitik und Bundesjugendplan", München 1969, S. 38)

Dazu kam die allgemeine materielle Notlage, sowie auf der Ebene des Bewußtseins die Erfahrung des Kriegsendes, das von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als Befreiung vom Faschismus, sondern als Niederlage und Besatzungszeit verstanden wurde. So bestanden auf der materiellen wie auf der Bewußtseinsebene (Orientierungslosigkeit) Voraussetzungen für ein "jugendliches Abweichungspotential", das sich auf den "Wiederaufbau" störend auswirken konnte. "Weg von der Straße" hieß daher die Parole.

Die ersten Freizeitheime nach dem Krieg wurden von den amerikanischen Besatzern finanziert und verwaltet und waren zum einen gedacht als kontrollierbare Aufenthaltsorte der Jugendlichen, zum anderen als Orte ihrer ideologischen Beeinflussung (Umerziehung von der HJ oder vom BDM hin zum american way of life). Die Jugendfreizeitheime, von denen in Westberlin bis 1954 14 eingerichtet wurden, waren Bestandteil der Umerziehungskampagne. Einmal sollten sie diejenigen erfassen, die sich nicht in Jugendverbänden organisiert hatten, zugleich dienten sie der ideologischen Auseinandersetzung mit den kommunistischen und sozialistischen Jugendorganisationen.

Aus dem bürgerlichen Selbstverständnis der Ursachen von Faschismus

war es nur natürlich, allem "Kollektiven" das "Individuum" gegenüber zu stellen. Notwendigerweise resultierte daraus eine Jugendpolitik, die die Gruppe nur als Sammlung von Individuen ansah, den einzelnen in der Gruppe zu stärken suchte und damit ausschließen wollte, daß sich kollektive Handlungsmöglichkeiten entwickelten, die als potenziell "diktaturanfällig" angesehen werden.

Nach 1949 wurden diese Freizeitheime zunächst von den Kommunen übernommen. Mit den Mitteln des Bundesjugendplanes und kommunalen sowie Landeszuschüssen wurden ab 1950 vor allem "freie Träger" wie Kirchen und Jugendverbände beim Bau und der Unterhaltung von Jugendfreizeitstätten gefördert.
In den "Gautinger Beschlüssen" vom Frühjahr 1953 versuchten die in der AGJJ (Arbeitsgemeinschaft für Jugendwohlfahrt und Jugendpflege, heute AGJ - Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe) zusammengeschlossenen Träger einen gemeinsamen Nenner zu finden. Zieht man in Leerformeln ausgedrückte Wünsche wie "Wege zur Welt der Erwachsenen zeigen", "Gemeinschaftserlebnis vermitteln", ab, bleibt im wesentlichen eine Bewahr- und Integrationsfunktion formuliert: die Jugendlichen sollen lernen, "daß mit dem Erwerb von Rechten auch die Obernahme von Pflichten vorhanden ist". Die Gautinger Beschlüsse wurden 1956 ergänzt durch die "Frankfurter Richtlinien", die sich hinsichtlich der Zielbestimmung nicht unterschieden und ebensowenig eine begründete Konzeption für die Arbeit im Jugendfreizeitheim liefern.
Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung erlaubte es auch den Arbeiterjugendlichen, ihre Freizeit im Sinne von Konsumtion zu gestalten. Die Jugendpflege mußte nunmehr erleben, daß ihre Ideologie "gegen den Kollektivismus" sich gegen die Jugendpflege, sowohl die Jugendorganisationen der Parteien und Verbände, als auch gegen Jugendfreizeiteinrichtungen richtete.
Anstatt die Jugendlichen "empfänglich machen (zu können) für das Wahre, Gute und Schöne", zogen sich diese in Spielhallen, die kommerziell betrieben wurden, für die Jugendpflege unerreichbar zurück. Staatliche Jugendpflege sah sich plötzlich dem Dilemma gegenüber, Angebote unterbreiten zu müssen, die sie selbst als pädagogisch fragwürdig ablehnte. Spielautomaten wurden in die Heime gestellt. Tanzveranstaltungen lösten die Spiel- und Bastelgruppen teilweise ab.

Die grundsätzliche Schwierigkeit von Jugendpolitik, bezogen auf Jugendfreizeitheime, liegt darin begründet, daß das Konzept nur gelingt, wenn tatsächliche Bedürfnisse von Jugendlichen aufgegriffen und angemessen auf sie eingegangen werden, denn im Gegensatz zur Schule ist der Besuch von Jugendfreizeiteinrichtungen freiwillig, sie müssen also attraktiv sein. Hier liegt der Grund, warum (theoretisch) das Prinzip "an den Bedürfnissen der Jugendlichen ansetzen", sich im Rahmen der Jugendfreizeitarbeit allmählich durchsetzte - theoretisch, denn faktisch waren die Heime im Laufe der Zeit nicht mehr in der Lage, den Bedürfnissen Jugendlicher (die nicht mehr einfach "ein Dach über den Kopf" brauchten) gerecht zu werden.

Für die jetzige Lage in der BRD ist nicht nur die Konzeptionslosigkeit der staatlichen Jugendpolitik von Bedeutung. Allein der nach wie vor gültige Subsidiaritätsgrundsatz "garantiert" ein Spektrum von Jugendarbeit, das sich als totale Konzeptionslosigkeit entpuppt. Die Jugendverbände können nur noch über die Zuschüsse des Bundesjugendplanes existieren: Voraussetzung ist eine Arbeit, die den Zielsetzungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dient, was im Regelfall durch die Zugehörigkeit des Verbandes in den jeweiligen Jugendringen unterstellt wird.

Von der rechtsorientierten "Deutschen Jugend des Ostens" bis zu der "Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken -" sind die Organisationen vertreten und werden gefördert. Die Konzeptionslosigkeit staatlicher Jugendpolitik endet jedoch regelmäßig bei weiter links stehenden Verbänden und Organisationen: deren Aufnahmeanträge (z.B. der FDJ, SdAJ usw.) werden regelmäßig abgelehnt.
Wo linke Organisationen in die Jugendringe aufgrund formal-demokratischer Entscheidungen aufgenommen werden, so z.B. die Westberliner FDJ im Bezirksjugendring Steglitz, versucht man kurzerhand, dem gesamten Jugendring die Mittel vorzuenthalten. Die Konzeptionslosigkeit gilt jedoch für alle Einrichtungen. Was in ihnen zu geschehen hat, ist weitgehend davon abhängig, was der jeweilige Jugendwohlfahrtsausschuß, Stadträte etc. als sinnvoll erachten.

Es wird auch häufig übersehen, daß Jugendarbeit sich nur zum geringen Teil direkt im staatlichen Bereich abspielt. So befanden sich 1965 53,2 % der Heime in kirchlicher Trägerschaft, 29,5 % waren in kommunaler (staatlicher), 9,9 % in der Trägerschaft von Freizeit- und Jugendpflegevereinen, 6,5 % waren sonstig (überwiegend gewerkschaftlich) getragene.
Die Situation in Westberlin, wo per 30.12.74 sich 54 Jugendfreizeiteinrichtungen in kommunaler Trägerschaft befanden, ist demnach mit der in der BRD nur sehr begrenzt zu vergleichen.

Die rückläufigen Besucherzahlen Mitte der 60er Jahre, der Zerfall der herkömmlichen Jugendgruppen- und Verbandsarbeit, sowie die allgemeine Verunsicherung innerhalb des Staatsapparats aufgrund der studentischen und anderer außerparlamentarischer Opposition ermöglichten die Einrichtung von Projekten, die sich von der traditionellen Jugendarbeit völlig unterschieden: Schüler- und Lehrlingszentren, Jungarbeiterwohnkollektive usw.
Herrschte in den Freizeitheimen die große Leere, so hatten diese Initiativen erheblichen Zulauf.
Im Gegensatz zur traditionellen Jugendarbeit setzten diese Initiativen nämlich an den Wünschen und Bedürfnissen der Jugendlichen an. Auf die dabei aufgetretenen Schwierigkeiten, Fehlentwicklungen usw. geht unser Artikel noch ein.
Dort, wo diese Initiativen staatlicherseits zumindest toleriert wurden - in Einzelfällen auch finanziell unterstützt -, begriff man diese Initiativen als kompensatorische Erziehung.
Aufgrund der Entwicklung der letzten 2 Jahre wissen wir, daß Projekte der beschriebenen Art heute kaum noch durchzusetzen sind, da wir schon erhebliche Schwierigkeiten bei der Erhaltung und Verteidigung der bestehenden haben.

Staatliche Jugendpolitik machte sich zum Ende der 60-er, Beginn der 70-er Jahre Gedanken darüber, wie der Charakter von Jugendfreizeitheimbewahreinrichtungen zu pädagogischen Einrichtungen im Sinne kompensatorischer Erziehung verändert werden kann. Ausdruck dafür sind die diversen Jugendberichte.
Neben einer qualitativ veränderten Jugendarbeit sollte vor allem durch Beratung und Intervention der Familien (Eltern und Kinder)

eine vorbeugende Arbeit betrieben werden. Ausdruck dieser Tendenz, die sich klar als Ergänzung zur Maßnahmefürsorge der Behörde (Familienfürsorge) begreift, ist die Planung und teilweise bereits realisierte Arbeit von Häusern der Familie.
Unter den Vorzeichen wirtschaftlicher Prosperität und der damals zumindest theoretisch gegebenen Möglichkeit, über die staatliche Umverteilung zu den erforderlichen Mitteln zu gelangen, sind in vielen Bereichen entsprechende Konzeptionen erarbeitet worden, deren Realisierung einerseits aufgrund der nun fehlenden Mittel andererseits durch die massenhafte Arbeitslosigkeit weitgehend gegenstandslos geworden sind.

3. Entwicklung im "PRISMA" Jugendfreizeitheim in Berlin–Reinickendorf

Mit dem Erscheinen der "Vier Versuche zu einer Theorie der Jugendarbeit" lösten die Autoren Müller, Kentler, Mollenhauer und Giesecke im Jahre 1964 rege Diskussionen aus, die sowohl in den Institutionen der behördlichen Jugendpflege als auch unter den Sozialarbeitern ihren Niederschlag fand. Das Buch war der Auslöser für eine Tagung der Jugendpflege Reinickendorf, die unter dem Thema "bezirkliche Jugendpflege als politische Aufgabe" für alle Mitarbeiter der Jugendpflege 1965 stattfand. Die vier Beiträge bildeten die Grundlage für die Beratung in Arbeitsgruppen. Im Vergleich zur praktischen Arbeit in Form einer Bestandsaufnahme wurden dann Vorstellungen für die weitere Arbeit entwickelt.

In einem Referat des Bezirksjugendpflegers wurden die Aufgaben der Jugendpflege und die daraus resultierende Arbeit kurz skizziert:
*"Die Jugendpflege hat die Aufgabe, jungen Menschen die Zusammenhänge der Gesellschaft deutlich und verständlich zu machen, gleichzeitig soll sie dem jungen Menschen die eigene Stellung in der Gesellschaft bewußt machen. Wenn gesellschaftliche Jugendarbeit geleistet werden soll, dann kommt der politischen Bildung eine besondere Bedeutung zu, dann müssen Streitgespräche aller politischen Richtungen ermöglicht werden, dann muß kritische Aufklärung über alte und neue Tabus in der Industriegesellschaft geleistet werden, dann muß über Probleme einer umfassenden Geschlechtererziehung - womit nicht nur aufklärende Sexualerziehung gemeint ist - beraten werden.
Um Beiträge der Jugendpflege zur Integration junger Menschen in die Arbeits- und Freizeitwelt zu leisten, muß expansiv gearbeitet werden, d.h., wir müssen in die Reinickendorfer Betriebe gehen. Hierbei ist nicht nur an die Mithilfe oder Durchführung von Betriebsjugendstunden gedacht, sondern auch an Angebote, die dem Jugendlichen unter Berücksichtigung seiner Arbeitswelt gemacht werden können. Wenn wir uns darüber klar sind, daß wir dem Jugendlichen die Welt nicht nur überschaubar machen, sondern auch kritische Aufklärung leisten wollen, dann müssen andere Voraussetzungen für diese Jugendarbeit geschaffen werden." ("Bezirkliche Jugendpflege als politische Aufgabe", Bericht über einen Lehrgang der Jugendpflege Reinickendorf 1965)*

Als Problemkreise nennt die Zusammenfassung:
"Die Rolle der Jugendpflege in der Freizeitpädagogik, der wirkungsvollere Einsatz pädagogischer Kräfte, Änderung der Organisationsstruktur behördlicher Jugendpflege, Bildungsauftrag der Jugendpflege, Verbesserung der Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen jugendpflegerischer Arbeit." (ebenda)

Die konkreten Forderungen am Schluß der Tagung bezogen sich dann auf eine Veränderung der Planung und Durchführung zentraler Veranstaltungen, gesicherte Vorbereitungszeiten, Intensivierung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, regelmäßige Dienstbesprechungen und Fortbildung, Erstellung von Informationsmaterial für neue Kollegen, die Schaffung von themenzentrierten Teams und die Vorbereitung und Auswertung über die soziale Situation der Kinder und Jugendlichen im Bezirk. Ein Clubhaus für junge Erwachsene wurde ebenso gefordert wie die finanzielle Freizügigkeit der Einrichtungen.

Die Arbeitsergebnisse der Tagung und die Fortentwicklung dieser Ergebnisse fanden ihren Niederschlag in einer Arbeitsgemeinschaft zur Erarbeitung einer Konzeption für ein "Clubhaus für junge Erwachsene". Unter diesem Arbeitstitel sollte ein Bildungs- und Kontaktzentrum entstehen, das sich in seinem umfassenden Angebot auf Besucher einstellt, die dieser Altersgruppe in der Gesellschaft entsprechen. Als untere Altersbegrenzung war deshalb das 18. Lebensjahr vorgesehen, wobei diese Begrenzung auf die persönliche Entwicklung bezogen werden sollte und nicht absolut zu verstehen war.

Von der Atmosphäre ebenso wie von dem Angebot sollte sich das Clubhaus eindeutig von den bestehenden Jugendfreizeitheimen unterscheiden. Es sollte zu einer Begegnungsstätte von jungen Erwachsenen aller sozialen und gesellschaftlichen Schichten werden. Die Skala des Angebots sollte von dem Bereich der qualifizierten Unterhaltung bis zur Vermittlung von Angeboten eines definierten Bildungsprogramms reichen. Das Clubhaus sollte jedoch nicht Hilfsmittel für eine totale Freizeitverplanung sein. Nicht um die Ausfüllung von Freizeit sollte es gehen, sondern um die Aufgabe, jungen Menschen die vielschichtige, nicht immer leicht durchschaubare gesellschaftliche Wirklichkeit zu vermitteln und sie dieser Gesellschaft gegenüber zur Kritik zu befähigen.

Ohne Abend- oder Volkshochschule sein zu wollen, sollte das Clubhaus doch Bildung vermitteln! Neben dem unterhaltsamen Programm,
- Hilfen für die Bewältigung des praktischen Lebensalltags, insbesondere Hobbyaktivitäten;
- Aufklärung über wesentliche politische, soziale, kulturelle, wirtschaftliche Fragen innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft;
- Diskussionskreise, in den die Clubgäste mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens konfrontiert werden.

Am 12. April 1967 wurde das Prisma eröffnet.
Die Besucher der ersten Phase waren überwiegend Studenten der verschiedenen Berliner Universitäten und Hochschulen, sowie Gymnasiasten. In dieser Zeit wurde der Versuch unternommen, ein Programmgremium zu bilden, das die künftigen Programme ausarbeitet und für die Durchführung verantwortlich ist. Unter der Programmgestaltung der Mitarbeiter des "Prisma" und der Jugendpflege des Bezirksamtes fanden u.a. folgende Veranstaltungen statt:

Politik der USA - Rassenunruhen, Vietnam usw.;
Neues deutsches Chanson - Mey, Wader;
Presse in Berlin, Strafrechtsreform und Sexualität;
Nahost (Podiumsdiskussion);
17. Juni, Tag der deutschen Einheit - Kooperation gegen Koexistenz;
Bericht an eine Akademie - Kafka, drei Interpretationen mit anschließender Diskussion.

Das Clubhaus für junge Erwachsene stand grundsätzlich jedem offen. Auch eine Basisgruppe der Außerparlamentarischen Opposition (Schüler und Lehrlinge) konnte hier arbeiten. Sie fand Raum für ihre Sitzungen, stellte auf clubeigenen Maschinen ihre Flugblätter her und versuchte, andere Jugendliche zu gewinnen und das Clubprogramm zu beeinflussen. Spannungen blieben nicht aus, weil nach und nach Jugendliche erschienen, die an dem Programm und 'zwanglos' geführten Diskussionen nicht interessiert waren, sondern das "Prisma" nur als Treffpunkt benutzten, um dort ihre Freizeit verbringen zu können.
Diese Tendenz hatte zur Folge, daß viele der vorherigen Stammbesucher nicht mehr erschienen, während die an dem Programm Desinteressierten schwer ansprechbar waren. Eine Veränderung setzte allmählich ein, nachdem die Mitarbeiter des Hauses diese Besucher zur Mitarbeit aufgefordert hatten und sie immer wieder auf diese den Rahmen des Hauses ausmachende Aktivität hinwiesen.

Hinzu kam der Druck der Administration. Immer häufiger geriet das Jugendamt in die Verlegenheit, die Initiativen und Aktivitäten des Clubs dämpfen oder umorientieren zu müssen, weil bei verschiedenen Stellen, auf deren Wohlwollen das Jugendamt angewiesen ist (Jugendwohlfahrtsausschuß, einzelne Jugendverbände und einzelne Abgeordnete, aber auch Lehrer und Direktoren der Schulen und die Presse) ein zunehmendes Mißtrauen gegen den Club entstand:
Man vermutete hier ein Zentrum revolutionärer Jugendgruppen, einseitig beeinflußt von der APO.

Um Angriffen vorzubeugen, durften bestimmte Flugblätter im Club nicht mehr ausgelegt werden, eine geplante Diskussion mit dem SDS mußte ausfallen; bei den Programmbesprechungen versuchten die Mitarbeiter des Jugendamtes, auf die Willensbildung der Clubmitglieder Einfluß zu nehmen. Die jungen Leute fühlten sich gehemmt, es entstand bei ihnen der Eindruck, doch nichts ändern zu können, sie wurden lustlos. Viele nahmen am Clubleben nicht mehr teil.

Durch die Medien wurde das Ende des "Prisma" weit über Westberlin hinaus bekannt:
Eine im Club arbeitende Basisgruppe hatte nach einem Seminar über "Sexualität im Jugendalter" auf einer öffentlichen Veranstaltung des "Prisma" Antibabypillen versteigert. Dabei ging es einmal darum, auf die sexuelle Notlage der Jugendlichen aufmerksam zu machen, zum anderen sollte die fortschrittlich erscheinende Konzeption des Jugendamtes Reinickendorf als eine bloße liberale Attitüde, bei unverändert autoritären Strukturen im Ganzen, entlarvt werden.

Der allgemeinen Strategie, auf dem Campus entwickelt, folgend, meinte man, den Staatsapparat entlarvt, an seiner verwundbarsten Stelle getroffen zu haben, als dieser als Reaktion mit Hilfe von Polizeiun-

terstützung am 29.1.69 das Prisma schloß.
Zu einer Demonstration gegen das Vorgehen des Bezirksamtes fanden sich mehr Jugendliche ein, als jemals an einem Abend im Club waren.

"Wie in einem Lehrstück sind durch dieses Ende des Jugendclubs "Prisma" die Grenzen jugendpflegerischer Arbeit deutlich geworden. Kritisches Bewußtsein sollte zwar erzeugt werden; in dem Augenblick aber, da sich Einstellung und Haltung der Jugendlichen in oppositionelles Handeln umsetzte, zeigte sich, daß selbst eine fortschrittliche Konzeption der Jugendpflege letztlich nur zum gesellschaftlichen Wohlverhalten erziehen kann, weil sie darauf angewiesen ist, daß Jugendliche sich mit einer bloßen Akkumulation kritischen Bewußtseins begnügen und praktische Folgen für später aufheben, wenn sie 'reif genug' sind, um in den offiziell zugelassenen Institutionen politisch tätig zu werden." (Helmut Kentler)

H. Kentlers Einschätzung mag für einen Teil der Clubbesucher zutreffen, sicherlich nicht für alle. Nicht wenige Besucher und Demonstranten fanden sich nicht aufgrund eines ausgeprägten Bewußtseins ein, sondern weil man ihnen die Möglichkeit genommen hatte, im Club ihre Freizeit zu verleben.
Der politische Eklat der Schließung hat weitgehend eine Aufarbeitung der anderen Schwierigkeiten (insbesondere die verschiedenen Interessen der Besucher und die daraus resultierenden unpolitischen Konflikte) abgeschnitten, was für die weitere Entwicklung des "Prisma" erhebliche Folgen hatte.

Die Wiedereröffnung des "Prisma" im Frühjahr 1970

Hatte die vorangegangene Konzeption noch den Anspruch, allen Clubbesuchern etwas 'bieten' zu wollen, wobei das Programm ausschließlich 'studentisch' orientiert war, ergab sich der Arbeitsansatz diesmal anhand der Drogenscene, die Zahl der Opiatabhängigen in Westberlin wurde auf Zwei- bis Dreitausend geschätzt. Im Herbst 1970 hatte der Drogenkonsum derart zugenommen, daß die Auseinandersetzung mit diesem Problem unumgänglich wurde. Im November war der Besucherkreis des "Prisma" fast ausschließlich auf Rauschmittelkonsumenten reduziert, wobei die Gruppe der Fixer zunahm. Zum Jahresende war das "Prisma" zu einem der Umschlagplätze für Haschisch, LSD und harte Drogen im Norden Berlins geworden.
"Wie wohl die meisten Sozialarbeiter wurden die damaligen Mitarbeiter ohne jede theoretischen Kenntnisse oder praktischen Vorbereitungen mit dem Drogenproblem konfrontiert, es dauerte zwei Monate, bis sie sich mit Hilfe von Beratern und Fachleuten in die Materie eingearbeitet hatten." (Konzeption des Jugendzentrums "Prisma", unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1971, S. 7ff)
Nach intensiver Analyse und Diskussion entschloß sich das Team, der "anschwellenden Rauschgiftwelle" durch ein langfristiges Hilfsangebot entgegenzutreten und nicht etwa durch Polizeieinsatz lediglich eine regionale Verlagerung des Treffpunktes zu bewirken.

In Zusammenarbeit mit spezialisierten Ärzten und Psychologen begannen die Sozialarbeiter ihr Hilfsprogramm, das hauptsächlich in Information, Aufklärung und Einzelberatungsgesprächen bestand.
"...dabei begann sich die Problematik der überaus rasch einsetzenden

Fixierung der Drogenabhängigen auf einzelne Teammitglieder sehr deutlich abzuzeichnen." (ebenda, S. 9)
Da diese Fixierung nur schwer abzubauen war, kam es zu einer erheblichen Belastung des Teams, das sich schließlich der Arbeit nicht mehr gewachsen sah, zumal es feststellen mußte, daß es in Berlin seinerzeit keine weiterführenden Einrichtungen gab, an die die betroffenen Jugendlichen hätten verwiesen werden können. Schließlich sah das Team keine andere Möglichkeit, als den Drogenkonsum im "Prisma" grundsätzlich zu verbieten,nachdem auch die Bemühungen der Mitarbeiter,zumindest den harten Drogenkonsum zu verhindern,scheiterten und *"hochgradig aggressive Reaktionen der Besucher,die sich in planloser Demolierung großer Teile der Inneneinrichtung entluden, erfolgten." (ebenda, S. 11)*

3. Phase: Lehrlingsarbeit

Für die Konzeption, die im Sommer 71 erarbeitet wurde und die Grundlage für die weitere Arbeit sein sollte, waren die Erfahrungen, die das Team vom Herbst 70 bis zum Sommer 71 gemacht hatte, maßgebend.
Aus den Erfahrungen der Vergangenheit werden die Schlüsse gezogen:
1. daß therapeutische Arbeit und politische Arbeit zugleich nicht möglich sind;
2. daß die Arbeit mit unterschiedlichen Zielgruppen (Schülern und Lehrlingen) zugleich schwierig werden würde;
3. erklärtes Ziel ist die Aufhebung der Fremdbestimmung zugunsten der Selbstbestimmung.

Aus den Einschätzungen heraus entschloß man sich zur Konzentration auf die Bildungsarbeit mit Lehrlingen (Arbeitsplatz, Familiensituation, Sexualität).
Selbstorganisation der Besucher und ihre Mitbestimmung bei der Programmgestaltung - als Übergangsphase - sind im Konzept vorgesehen. Weiter heißt es: "Die Hauptaufgabe des "Prisma" soll es sein, die Entwicklung kritischen Bewußtseins bei den Jugendlichen zu stimulieren, zu fördern und zu stabilisieren."
Als Bedingungen des Gelingens werden genannt:
die Bildung eines seine Arbeit ständig reflektierenden und korrigierenden Teams von Mitarbeitern, die Bildung fester Gruppen unter den Jugendlichen und vor allem die Gewinnung des Vertrauens der Jugendlichen.

4. Konflikte um die Selbstverwaltung im "PRISMA"

Im Folgenden soll schwerpunktmäßig auf 2 konkrete Probleme im "Prisma" eingegangen werden:
einerseits auf die Probleme einer Selbstverwaltungsgruppe, andererseits auf die Probleme von Mitarbeitern untereinander.
Zur Erklärung vorab:
Beim Jugendfreizeitheim "Prisma" waren im April 74 folgende Mitarbeiter beschäftigt: 1 Dipl.Politologe, 2 Erzieher (Sozialarbeiter) und eine Honorarkraft.
Die Besucher setzten sich zu diesem Zeitpunkt aus Lehrlingen, Jungarbeitern, Haupt- und Oberschülern zusammen. Gemeinsame Motivation dieser Besucher war, wenig Geld auszugeben und Kontakte im "Prisma" zu knüpfen.

Zu den Schwierigkeiten unterschiedlicher Interessen und Erwartungen, die die verschiedenen Jugendlichen an das "Prisma" hatten (die einen, überwiegend Oberschüler, hatten ein Interesse an politischer Arbeit, die anderen, die zahlenmäßig überwiegende Gruppe, Lehrlinge und Jungarbeiter, wollten Hobbys nachgehen oder einfach nur gammeln), dem dauernden Konflikt um die insgesamt zu wenigen Räume, begrenzten finanziellen Möglichkeiten etc., kam das Problem, daß die im "Prisma" arbeitenden Sozialpädagogen ans Portopee gefaßt, nämlich an ihre formulierten Ansprüche, sich plötzlich der Widersprüchlichkeit dieser, bezogen auf ihre Person, ihre Anstellungsverhältnisse usw., bewußt zu werden begannen.

Eine Anfang 1974 entstandene Selbstverwaltungsgruppe (SVG), die sich überwiegend aus Oberschülern zusammensetzte, stellte ihre Forderungen:
- über die Räumlichkeiten verfügen und auch bestimmen, welche Gruppen das "Prisma" besuchen können.
- Entscheidungsfreiheit über die Gelder des Bezirksamts, Öffnungszeiten und die Arbeit der Mitarbeiter.

Weiterhin verlangten sie von den Mitarbeitern volle Solidarität in etwaigen Auseinandersetzungen, auch wenn die Mitarbeiter die Verhaltensweisen der SV-Gruppe nicht billigen würden. Diese Ziele der SVG unterschieden sich stark von denen der Mitarbeiter, die so etwas wie ein abgesichertes Mitbestimmungsrecht über:
- Gestaltung und Ausstattung des Hauses;
- Inhalt und Ablauf des Programms, Höhe und Verteilung der Mittel;
- Auswahl, Einstellung und Entlassung der hauptamtlichen Mitarbeiter haben wollten.

Die ehrlich gemeinte Deklaration, 'Fremdbestimmung' durch 'Selbstbestimmung' ablösen zu wollen, zugleich aber deren Inhalte zu bestimmen, die sich letztendlich auf Mitbestimmung reduzierten, wurde von den Jugendlichen nicht akzeptiert.
Weitere Schwierigkeiten in der Diskussion um die SV waren die Kommunikationsschwierigkeiten und das Verhalten der Jugendlichen untereinander. Es herrschte größtenteils das Prinzip der Stärke, sowohl im geistigen wie auch im körperlichen Bereich vor. Es fand ein gegenseitiges Ausspielen statt und die Schwächen der anderen wurden ausgenutzt, wo es nur ging.

So kam es, daß die anfangs erwähnte SV-Gruppe im Frühjahr 74 in 2 Teile zerfiel, wobei die zwei Gruppierungen unterschiedliche Auffassungen von Selbstverwaltung hatten und es nur dann zur Solidarität untereinander brachten, wenn Auseinandersetzungen mit einem "Außenfeind", z.B. mit dem Bezirksamt, anstanden. Ursache für die Zersplitterung der ohnehin zahlenmäßig kleinen Selbstverwaltungsgruppe waren einerseits die unterschiedlichen Inhalte, die unter Selbstverwaltung subsumiert wurden, andererseits der 'Parteienansatz' bzw. -nichtansatz. In diesem Zusammenhang ist es nicht möglich, detailliert auf alle 'Varianten' dieser scheinbaren oder tatsächlichen politischen Unterschiede einzugehen. Dies wird jedoch später, wenn es um die Darstellung der Mitarbeiterkonstellation geht, wieder aufzunehmen versucht.

In den Vollversammlungen, in denen die wichtigsten Entscheidungen getroffen werden sollten, reproduzierte sich dieses teilweise politisch

verbrämte Konkurrenzverhältnis. Politische Gruppierungen ergingen sich in endlosen Darstellungen des richtigen Weges, aber auch die persönliche Diffamierung kam nicht zu kurz. Die Folge war, daß die Jugendlichen, die nicht redegewandt waren (vornehmlich die Lehrlinge und Jungarbeiter) und deren Interesse auch nicht die 'internationale Lage' und das Verhältnis von 'Jugendfreizeit in ihr' war, sich nicht mehr daran beteiligten; gefaßte Beschlüsse blieben unverbindlich, waren ohne Konsequenzen.

Zeitweise gab es positive Ansätze der Zusammenarbeit der 'Fraktionen', so wurde z.B. eine Zeitung gemacht, wurden Feten organisiert, ergab sich ein hoher Grad an Solidarisierung der anderen Jugendlichen, wenn sich Selbstverwaltung als 'Schlüsselgewalt' darstellt, also an den Interessen der Mehrzahl der Freizeitheimbesucher ansetzte.
Bei der Auseinandersetzung um die administrative Schließung des Heimes 'Putte' war die Mehrzahl aller Heimbesucher aktiv an den Auseinandersetzungen beteiligt. Der Versuch, innerhalb des "Prisma" zu längerfristigen Aufgaben zu kommen, scheiterte an den 'Fraktionskämpfen' (und der Ratlosigkeit der dort tätigen Sozialpädagogen?). Schließlich wurden die Selbstverwaltungsgruppen aufgerieben, sie fanden keinerlei Anklang mehr bei der Mehrzahl der Freizeitheimbesucher.

Die Rockergruppe

Eine Rockergruppe, aus ca. 18 Mitgliedern bestehend, hatte von Zeit zu Zeit im "Prisma" 'aufgemischt': Veranstaltungen wurden gestört, die Einrichtung demoliert, Schlägereien inszeniert. Gelenkt wurde diese Gruppe von einem Anführer, der von den ihm seit langem bekannten Sozialarbeitern deren Methoden, wie z.B. Bekräftigungslernen und Gegenkonditionierung angenommen hatte. Er half seinen Leuten bei Schwierigkeiten mit Gerichten, Sozialamt, Eltern und Arbeitsamt. Nach einiger Zeit des "Terrors" schienen sich die Rocker integriert zu haben. Die Antwort auf die Frage nach der Verhaltensänderung lautete etwa: "Das 'Prisma' ist für uns die letzte Möglichkeit, einen Anschluß an die Gesellschaft zu bekommen. Wir wollen die Vorurteile gegen uns abbauen und im 'Prisma' mitarbeiten."

Auf Beschluß der VV wurde die Gruppe aufgenommen. Die ständigen Mitarbeiter hatten zwar Bedenken, äußerten diese aber nicht, zumindest nicht in größeren Diskussionsrunden mit den Jugendlichen.
Die Rockergruppe arbeitete zunächst entscheidend an der Herstellung eines Programms mit und baute einen Raum zu einer Teestube aus. Diese Teestubengruppe gab den anderen Jugendlichen wieder Auftrieb zu neuen Aktivitäten.
Je länger die Rockergruppe im "Prisma" war, je sicherer sie sich fühlte und je mehr sie feststellte, daß die anderen Besucher Angst vor ihr hatten und kaum einen Machtfaktor darstellten, desto stärker brachen die alten Verhaltensweisen wieder durch (Einschüchterung anderer durch Prügel, Randalieren usw.). Das wiederum löste bei den anderen "Prisma"-Besuchern Angst aus, viele blieben weg, andere redeten der Rockergruppe nach dem Munde.

Die Rockergruppe sollte das "Prisma" verlassen. Eine Beschäftigung mit dieser Gruppe hätte bedeutet, daß man die anderen Aufgaben im "Prisma" hätte vernachlässigen müssen. Außerdem wurde die Chance - auch aus der Erfahrung in andern Jugendfreizeitheimen heraus -, solche Jugendlichen zu beeinflussen, als sehr gering eingeschätzt.

Den negativen Einfluß dieser Gruppe den anderen Jugendlichen zu vermitteln, sahen die Mitarbeiter als ihre Aufgabe an. Dieser Versuch schlug jedoch weitgehend fehl : die Problematik konnte nicht genügend vermittelt werden, die Jugendlichen orientierten sich nicht an den Sozialarbeitern, sondern an den Rockern. Am 31.4.74 eskalierte der beschriebene Konflikt. Es kam zu schweren Verwüstungen und Ausschreitungen im "Prisma". Die SV-Initiative war am Ende, weil sie von niemandem mehr ernsthaft getragen wurde. Auch ein aufgrund der Ausschreitungen sofort ausgesprochenes Hausverbot gegen die Rocker änderte nichts mehr.

Konflikte im Team

Obwohl man aufgrund der vorherigen Erfahrungen wußte, daß weder die personellen , noch finanziellen, noch räumlichen Voraussetzungen gegeben waren, um allen Interessen der unterschiedlichen Freizeitheimbesucher (einschließlich Rocker) gerecht werden zu können, man sich ganz bewußt auf die Lehrlingsarbeit konzeptionell beschränkt hatte, konnte diese Entscheidung nicht durchgehalten werden, mit allen sich daraus ergebenden, beschriebenen Konsequenzen.

Zu Konflikten zwischen den Mitarbeitern kam es an der Frage der Funktion von Sozialpädagogen im Jugendfreizeitheim und der Einschätzung der Selbstverwaltungsforderung.
Die eine Fraktion sprach vom "Kampf um die Selbstverwaltung, den die Jugendlichen gegen den Widerstand des Bezirksamts zu führen hatten. Ihre Aufgabe sahen sie offenbar vorrangig in der Unterstützung dieses Kampfes. Der anderen Fraktion der Mitarbeiter warfen sie vor, daß sie die "Fähigkeit und Bereitschaft proletarischer Jugendlicher, ihre Interessen selbst wahrzunehmen und durchzusetzen" unterschätzen würden. Das eigene Engagement dieser Fraktion in der Sache blieb abstrakt und unverbindlich.

Das in der Konzeption des "Prisma" formulierte programmatische Selbstverständnis, das hieß, die Jugendlichen zur "SELBSTBESTIMMUNG" zu befähigen, wurde im Team nie richtig im Hinblick auf seine Realisierbarkeit eingeschätzt. Weder wurde reflektiert, ob Selbstbestimmung im Jugendfreizeitheim überhaupt ein realisierbares Ziel ist, noch wurden einzelne gangbare Schritte formuliert.

Im September 1972 wurde zwar Einigkeit darüber erzielt, daß dem Team in bezug auf die gemeinsam beschlossene Zielgruppenarbeit mit Schulabgängern der Hauptschule, Auszubildenden und Jungarbeitern, die dazu notwendigen Kenntnisse fehlen. Es wurde beschlossen, sich gemeinsam in bezug auf diese Zielgruppe einen gleichen Minimalkenntnisstand anzueignen. Zu diesem Zweck wurden arbeitsteilig dafür infrage kommende Bücher von einzelnen gelesen, um anschließend Zusammenfassungen im Team durchzuarbeiten. Dies wurde nicht konsequent durchgeführt. Zur Abklärung und Beseitigung von bestimmten, allen Teamern bewußten Arbeitsblockierungen wurde Oktober 72 eine Klausurtagung durchgeführt.
Ein Aufbrechen der Situation durch das gemeinsame Aufarbeiten der

Spannungen wurde dort scheinbar erreicht. Die Spannungen und Vorwürfe bestanden aber - wie sich danach herausstellte - genauso wie vor dem Seminar.

Es läßt sich nicht mehr rekonstruieren, wie aus der vorgesehenen - und wie man heute sagen muß - abstrakt und unklar gebliebenen Selbstbestimmung die Forderung nach Selbstverwaltung geworden ist. Es bleibt nur eine folgenreiche Unterlassung festzustellen: die Selbstverwaltungsforderung wurde innerhalb des Teams nicht politisch diskutiert und im Hinblick auf mögliche, auch personelle Konsequenzen analysiert. Das führte dazu, daß die Auseinandersetzungen innerhalb des Teams auf die subjektive Ebene verlagert, d.h. zweifellos vorhandene politische und pädagogische Differenzen wurden personalisiert und psychologisiert.

Das machte sich wie folgt bemerkbar: konkrete Situationen wurden ebenso wenig wie zuvor dazu benutzt, um im Team zusammen darüber zu diskutieren. Es wurde nicht mit den jeweils Betroffenen über mißverständliche Situationen gesprochen, sondern man verfuhr - wie gehabt - nach der Methode, Gespräche untereinander zu führen. Manchmal fand man sich in der nahe gelegenen Curry-Wurst-Bude zusammen, um sich gegenseitig sein Leid zu klagen.
Diese Situation hielt bis Februar 73 an. Ein Teil des Teams hatte sich in einer "konspirativen Sitzung" getroffen, um unter sich über die Situation im "Prisma" zu beraten. Das Ergebnis dieser Sitzung war: zwei hauptamtliche Mitarbeiter und drei Honorarkräfte bildeten eine Fraktion und postulierten, die wissenschaftliche Mitarbeiterin habe zu kündigen. Der Team-Rest, zwei Hauptamtliche, eine Honorarkraft, wollte sich dieser Forderung nicht anschließen. Sie hielten die Gründe nicht für stichhaltig, die Art der Problemlösung für falsch und fraktionierten mit der Leiterin.
Mit den Jugendlichen wurde der Konflikt - wie sich später herausstellte - zu früh diskutiert.

Wenn wir sagen, daß der Team-Konflikt mit den Jugendlichen zu früh diskutiert wurde, dann heißt das zunächst: zu unvorbereitet. Da innerhalb des Teams die Positionen und daraus folgende Konsequenzen nicht abgeklärt waren, konnten sie auch den Jugendlichen nicht auf einer sachlichen politischen Ebene vermittelt werden, so daß die Diskussion mit den Jugendlichen zu einem Kampf um Machtpositionen der Mitarbeiter in der "Prisma"-Öffentlichkeit führte, was für die Jugendlichen nutzlos war. Letztendlich vermittelte keine der Fraktionen den Jugendlichen, daß ihre Forderung: "Selbstverwaltung ohne Sozialpädagogen" eine Illusion war, weil sie die Schließung des Hauses zur Folge gehabt hätte. Denn diese personelle Entscheidung hätte gegenüber dem Bezirksamt nicht politisch vertreten werden könne.

Die Wiederherstellung der Vertrauensbasis zwischen den Mitarbeitern konnte zu diesem Zeitpunkt faktisch ausgeschlossen werden, an erneute Zusammenarbeit war nicht zu denken.
Verbitterte Grabenkämpfe kennzeichneten die Situation, jede Seite versuchte, um jeden Preis "Boden" zu gewinnen: die eine Fraktion versuchte, die Stärke der gegnerischen Kerngruppe zu schwächen: sie wandte sich an den Bezirksjugendpfleger und trug Sorge, daß die

Verträge der Honorarkräfte nicht verlängert wurden. Die anderen hingegen betrieben in anderen Jugendzentren "Basisverbreiterung".

Ende April erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt: beide Gruppen unternahmen den Versuch, die konzeptionellen Differenzen gegenüber den Jugendlichen und der Verwaltung schriftlich zu fixieren. Dieser Versuch, die Diskussion zu versachlichen, schlug fehl. Stadtrat und Bezirksjugendpfleger filtrierten aus den vorliegenden Darstellungen die Überzeugung, die Unmöglichkeit der Zusammenarbeit sei mit den tatsächlich minimalen Konzeptionsunterschieden nicht zu erklären. Damit war der Versuch gescheitert, die Behörde parteiisch zu engagieren, sie war nicht bereit, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden. Im "Prisma" selbst war der Konflikt mittlerweile "ausserhalb der Kontrolle"! Auf einer Vollversammlung Ende April 73 gelang es keinem der Anwesenden (nicht dem Bezirksjugendpfleger, nicht den Mitarbeitern, nicht den Jugendlichen), sich für ihre Argumente Gehör zu verschaffen. Die Mobilisierungskampagne zeigte bedenkliche Ergebnisse: Gruppen, obwohl mit dem im "Prisma" existierenden Problem nicht vertraut, dominierten die Versammlung. Bei vielen schien gar nicht mehr das Interesse an der Sache im Vordergrund zu stehen, sie waren eher in der Hoffnung auf ein spannendes Spektakel ins "Prisma" gekommen. Die Entwicklung gewann ihre Eigendynamik.

5. Zur Rolle des Sozialarbeiters im Freizeitheim

"Insbesondere soll die Jugendpflege Möglichkeiten zum Einüben einer Vielzahl sozialer Rollen (soziales Lernen) und zum Bewältigen von Konfliktsituationen privater und gesellschaftlicher Art anbieten. Wichtigste Voraussetzung eines derartigen sozialen Verhaltens sind die Ermöglichung von Autonomie, die Ermutigung zur Mündigkeit und die Befreiung von Angst... Eine sich demokratisch verstehende Gesellschaft muß es für wichtig halten, Konflikte auszutragen. Jugendpflege soll daher Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit der Konfliktaustragung in der alltäglichen gesellschaftlichen Praxis aufzeigen."
(Jugendpflegebericht der Westberliner Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport, 1973, S. 3)

Der Jugendpflegebericht für Westberlin muß neben Konfliktsituationen privater immerhin auch solche gesellschaftlicher Art zur Kenntnis nehmen. Als Lösungsmöglichkeit sieht er ein Feld - Jugendfreizeitheime -, innerhalb dessen Konflikte ausgetragen werden können, Autonomie, die Ermutigung zur Mündigkeit und die Befreiung von Angst, unter sozialpädagogischer Hilfestellung, erlernbar sind.
Dahinter steht die alte Auffassung von Sozialisationsdefiziten, die notwendigerweise Klassenunterschiede und ihre Äußerungsformen im Verhalten, bei der Artikulierung und Entstehung von Bedürfnissen, leugnen muß, will sie das nivellierte Idealbild des mündigen, demokratisch aktiven Bürgers, der den Mittelstandsvorstellungen entspringt, aufrechterhalten.

Staatliche Jugendpolitik befindet sich immer in dem Dilemma, in ihrer Arbeit von der Aufteilung des staatlichen Haushalts abhängig zu sein und damit von den Stellen, in denen die Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung notwendigerweise absolutes Primat hat.

Nicht nur in den Zeiten wirtschaftlicher Krise, in denen mittels Eventualhaushalten, Steuervergünstigungen für Unternehmen, erheblicher Einsparungen im Bereich des sogenannten Systems sozialer Sicherungen der wirtschaftliche Aufschwung wieder eingeleitet werden soll, sondern auch in Zeiten sogenannter Hochkonjunktur stehen nur minimale Mittel zur Verfügung.
Gegenwärtig befinden wir uns in einer Periode, in der nicht einmal der verbale Anspruch aufrecht erhalten werden kann, stattdessen an den "Gemeinsinn" appelliert wird, der da heißt: "Unternehmergewinne sichern". (Anmerkung: Zumindest in Westberlin ist die Tendenz der Jugendbehörde zu erkennen, in den Verwaltungsbezirken sich aus der praktischen Jugendfreizeitarbeit zurückzuziehen. Die Tendenz äußert sich, entgegen den formulierten Ansprüchen des Jugendpflegeberichtes, einerseits darin, daß die Arbeit mit Kindern (Miniclub) in den Heimen absoluten Vorrang hat, und die Jugendarbeit an die Kirchen delegiert wird, andererseits modellhaft 'Häuser der Familie' entstehen, in denen 'vorbeugend' gearbeitet werden soll, d.h. durch Beratung und Therapie bei Kindern und Eltern eine Generation heranwächst, von der man offensichtlich hofft, daß sie die Schwierigkeiten der jetzigen Jugendfreizeitheimbesucher nicht mehr haben wird.
Daß diese Konzeption zu einer Zeit zum Tragen kommt, in der die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit die Verwaltung zu entsprechenden Maßnahmen zwingt, die gegenläufiger Natur sind, kann wohl nur damit erklärt werden, daß die Planung und deren Umsetzung innerhalb der Verwaltung mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung verbunden sind.
Hinzu kommt, daß in Zeiten wirtschaftlicher Krise, die höchstens noch Reformen, die nichts kosten, gestatten, die Jugendpolitik bei der SPD in den Hintergrund treten läßt. In diesem Bereich ist z.Zt. nichts zu holen. So ist es wohl auch kaum zufällig, daß von den 12 Westberliner Bezirken nach den Wahlen im März 1975 nur zwei Jugendstadträte der SPD angehören, die Jugendpolitik, die die SPD bisher als ihre politische Domäne ansah, sang-und klanglos an die CDU überging.)

Die Konsequenzen eines "progressiven Anspruchs" der Bürokratie und ihrer Unfähigkeit, diesen umzusetzen, schlägt voll in die Jugendfreizeitheime durch.
Die dort tätigen Sozialpädagogen stehen zwischen den Forderungen der Jugendlichen, der Erwartung des Anstellungsträgers, die "Probleme in den Griff zu bekommen" und ihrem eigenen Anspruch, mehr als nur im Vorfeld staatlicher Maßnahmefürsorge tätig zu sein.

Entgegen dem durch die Medien und linken Publikationen vermittelten Eindruck ist der Alltag der Jugendfreizeitheimarbeit nicht von der Forderung nach Selbstverwaltung, der Besetzung von Häusern, die mit oder ohne Polizeigewalt geräumt werden oder aber für die Jugendarbeit erkämpft werden können, bestimmt, sondern von den Schwierigkeiten der Sozialpädagogen geprägt, sich den Jugendlichen gegenüber ganz bestimmt verhalten zu müssen und zu wollen und zugleich ihrem Dienstherrn verpflichtet zu sein. Er ist bestimmt von dem Konflikt der in den Heimen Tätigen, den Freiraum, den die Bürokratie erst einmal einräumt, um Jugendliche in die Einrichtungen zu bekommen, sie sozialpädagogisch beeinflussen zu lassen, so nutzbar zu machen, daß ein gemeinsamer Lernprozeß erfolgen kann. Er ist bestimmt von der Unmöglichkeit der Aufhebung von Klassenunterschieden und deren

Auswirkungen auf die Arbeit, von der Schwierigkeit über die verbale Erkenntnis der "Lebenssituation der Arbeiterklasse" und der Notwendigkeit, diese zu verändern, ganz praktisch hinaus zu kommen.
(Anmerkung: Die staatliche Jugendpolitik befindet sich seit einigen Jahren in völliger Hilflosigkeit. Auf die Probleme der Jugendlichen weiß sie keine adäquate Antwort mehr zu geben, seitdem mit den Mitteln traditioneller Jugendarbeit die Häuser nicht zu füllen sind.
In diesem Zustand der Ratlosigkeit experimentierte sie notgedrungenermaßen, ließ auch 'linke' Projekte zu. Mit der allgemeinen Verschärfung staatlicher Eingriffe und Disziplinierung haben sich diese Möglichkeiten für uns erheblich reduziert, hat der Druck auf bestehende Projekte zugenommen, werden Angriffe gegen sie nicht nur frontal, sondern durch die Reduzierung und den Wegfall notwendiger staatlicher Zuschüsse gefahren.)

Diese Schwierigkeiten verhindern allzuoft, daß überhaupt der vorgegebene Rahmen ausgeschöpft wird und sich dann erweisen könnte, wieviel Emanzipation staatlicherseits zugelassen ist und welche Ansätze kollektiver Lernprozesse geeignet sind, darüber hinauszugehen, die Arbeit mit Jugendlichen mehr werden zu lassen als nur einen Bereich, innerhalb dessen die sonstige tägliche Misere wieder ertragbar wird. Für den Sozialpädagogen bedeutet dies, partiell die ihm staatlicherseits zugedachte Rolle zu verlassen: Allerdings kann dies nicht so geschehen, wie es während der letzten Jahre häufig propagiert wurde. Eine Bestimmung der Aufgaben des Sozialpädagogen, wie sie etwa in E + K Nr. 10/11-73 gegeben wird, läßt sich nach den Erfahrungen der letzten Zeit nicht aufrechterhalten. Dort heißt es:
"Ihre Funktion (die der Soz.Päd.) liegt aber gerade darin, daß sie alles das unterstützen, was Selbstorganisation und damit verbundene Erfahrungswerte ermöglicht. ... Ihr Verhältnis zu den Jugendlichen muß ein solidarisches sein und nicht ein pädagogisches." (E + K 10/11-73, S. 42) Was uns an der obigen Forderung problematisch erscheint, ist der linke Altruismus, der darin steckt. Was sollte denn Jugendliche dazu veranlassen, das Solidaritätsangebot derjenigen anzunehmen, die objektiv ihre Kontrolleure sind, auch wenn sie es subjektiv nicht sein wollen? Die Jugendlichen haben recht, wenn sie demjenigen mißtrauen, der sich so "selbstlos" für ihre Interessen einsetzen will, dabei vielleicht sogar seinen Job riskiert und scheinbar keine eigenen Interessen hat.

Die "Schlüsselszene" zu diesem Problem wurde von Jugendlichen auf dem Jugendpolitischen Forum 1974 in Frankfurt in einer kleinen Theaterszene dargestellt: Ein Sozialarbeiter erklärt sich solidarisch mit der Forderung der Jugendlichen nach Selbstverwaltung. Diese nehmen ihn beim Wort und verlangen den Hausschlüssel. Den aber kann der Sozialarbeiter nicht hergeben, ohne seine Stellung zu riskieren. Er versucht, sich zu erklären, bittet um Verständnis für seine Situation, windet sich. Die Jugendlichen lassen nicht locker, Stück für Stück zerbröckeln sie den solidarischen Genossen und locken den Funktionsträger hervor. Er muß schließlich eingestehen, daß er sein Solidaritätsversprechen nicht einhalten kann. Die Lektion, mit der sich die anwesenden Jugendlichen vom JUPOFO verabschiedeten, war klar: macht keine unhaltbaren Versprechungen und redet nicht von Gemeinsamkeit der Interessen, wo es objektive Interessengegensätze gibt. Was in der "Schlüsselszene" zusammenbrach, war nicht die Solidarität, son-

dern die Illusion des Sozialarbeiters davon. Der Verzicht auf eigene Intentionen, die Verdrängung eigener Interessen und die Zwänge, unter denen er selbst arbeiten muß, schlagen auf ihn zurück, indem er im entscheidenden Moment unglaubwürdig wird. Daß jemand sich selbstlos für ihre Interessen einsetzt, widerspricht den Erfahrungen der Jugendlichen. Wohl auch deshalb wird das Solidaritätsversprechen so hart auf die Probe gestellt, weil man wissen will, was man gewinnt, wenn man sich von seinen bisherigen Erfahrungen trennt. Selten geschieht das in so netter Form wie auf dem JUPOFO, oft werden diejenigen, die mehr versprechen, als sie einhalten können, provoziert.

Die Realität der Jugendlichen ist zu weit entfernt von der eigenen Realität, als daß sich gemeinsame Interessen konkret bestimmen ließen. Die wirklichen Differenzen lassen sich nicht durch die theoretische Konstruktion des "objektiven" gemeinsamen Interesses aus der Welt schaffen. Nur aufgrund der vermittelten Differenz der gesellschaftlichen Stellung von Sozialpädagogen und Jugendlichen scheint uns ein Verhältnis zu den Jugendlichen überhaupt möglich. Wenn man nicht nur Pseudo-Aktivitäten entfalten will, muß man sich auch dem Bewußtsein stellen, wie begrenzt die Möglichkeiten von Praxis gegenwärtig sind.

Mit der durch die Praxis zerstörten Vorstellung einer "sozialistischen Berufspraxis" ging die Strategiefindung einer wenigstens an bestimmten Punkten den staatlichen Auftrag verlassenden und überschreitenden Sozialarbeit einher. Auch im Bereich der Jugendfreizeitarbeit ist der verbale Anspruch, sich mit den Arbeiterjugendlichen zu solidarisieren, aufgrund der konkreten Schwierigkeiten einer Analyse unterzogen worden (z.B. in dem Aufsatz von A. Diemer in "betrifft erziehung" von Juli 75), die die Widersprüche im Verhältnis Sozialpädagoge/Arbeiterjugendlicher berücksichtigt. Dies schließt nicht aus, daß der Klärungsprozeß in unterschiedliche Richtungen innerhalb der Linken verlaufen ist. Während sich ein geringer Teil darauf beschränkt, die Phrase "dem Volke dienen" mit noch größerer Vehemenz weiter zu klopfen, hat die Mehrzahl der Linken den Versuch der Aufarbeitung von Erfahrungen und der Entwicklung von neuen Arbeitsansätzen unternommen, wie u.a. der Seminarbericht über Probleme der institutionalisierten JFZ-Arbeit zeigt *(E + K Nr. 17, S 15ff)*.
Arbeit im Jugendfreizeitheim bedeutet für den Sozialarbeiter zunächst - so banal das klingen mag, hier sei es gesagt - sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Hat er darüberhinaus einen politischen Anspruch, dann muß er die Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen auch am Arbeitsplatz analysieren und nutzen. Es wäre aber eine Fehleinschätzung zu glauben, daß sich innerhalb eines begrenzten Sektors der Sozialarbeit mehr bewirken ließe als sich insgesamt gesellschaftlich tut. Es ist aber möglich und notwendig, den Veränderungsprozeß am Arbeitsplatz mitzugestalten. Dieser Prozeß beinhaltet den Lernprozeß in der Arbeit mit Jugendlichen und umgekehrt, aber auch den Kampf um die Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen.

Wie die Aufarbeitung der Arbeit im "Prisma" und in anderen Freizeiteinrichtungen deutlich macht, sind es bestimmte, sich wiederholende Schwierigkeiten und Probleme, die die Arbeit behindern und zu denen man sich verhalten muß. Auf einige soll an dieser Stelle eingegangen werden.

Der institutionelle Auftrag von Sozialarbeit im Jugendfreizeitbereich

Staatliche Jugendpolitik verfolgt den Zweck, Kinder und Jugendliche vermittels außerfamiliärer Erziehung in die Gesellschaft einzugliedern. Der "Funktionsverlust" der Familie erfordert Ersatzeinrichtungen wie Kindergärten, Vorschulen und Jugendfreizeiteinrichtungen. Sind erstere vornehmlich, wie die Schule und die Berufsausbildung, auf die Zurichtung und "Qualifizierung" der späteren Arbeitskraft ausgerichtet, mit der Vermittlung von Werten und Normen beschäftigt, so dienen die Freizeiteinrichtungen als ein Teil staatlicher Daseinsvorsorge zur allgemeinen Sicherung der Verwertungsbedingungen, indem sie die Bereitschaft der Individuen dazu stärken, sie psychisch für den Alltag wieder fit werden lassen soll. Sie bildet einen Rahmen, innerhalb dessen ein Stück eigener Verwirklichung möglich sein soll, im Gegensatz zum Produktionsbereich, wo man beim Gang durchs Fabriktor sich seiner Persönlichkeit zu entäußern hat. Über die Unmöglichkeit der Realisierung dieses Auftrags ist bereits einiges gesagt worden. Man würde aber dem Spektrum staatlicher Jugendpolitik nicht gerecht, wenn man ihr einzig die Erhaltung und Zurichtung der Arbeitsfähigkeit als Antriebsmoment unterstellte. Vor allem deshalb nicht, weil mit einer solchen Erklärung die Ansätze progressiver Jugendpolitik, wie sie z.B. die Westberliner Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport betreibt, nicht erfaßt wären. Die progressiven Ansätze, die den subjektiv ehrlichen Anspruch einer emanzipatorischen Pädagogik einlösen sollen, bewirken jedoch objektiv die Vermeidung bzw. Reduzierung von Legitimationsverlusten des bestehenden Systems, die etwa dadurch auftreten können, daß die öffentliche Meinung sichtbare "Mißstände" der Jugendpolitik als Systemversagen interpretiert. Dies staatliche Interesse an der Vermeidung von Legitimationsverlusten kann für eine weitergehende politische Arbeit genutzt werden. Da die administrativen Organe selbst nicht wissen, wie im Detail Jugendarbeit auszusehen hätte, die das oben genannte Ziel sicherstellt, bleibt das "wie" wenigstens punktuell dem Sozialarbeiter überlassen. Das zur Verfügung stehende Disziplinierungsinstrumentarium reicht allemal, um notwendige 'Korrekturen' durchzusetzen, wenn nicht eine breite Solidarisierung dem gegenübersteht.

Nicht zufällig setzt die "progressive" Jugendpolitik auf die grundsätzlich erfolgreichere Interventionsmöglichkeit (wie sie meint) in Jugendfreizeitheimen. Unabhängig davon, daß die klassische Sozialarbeit sich schon lange als unfähig erwiesen hat und trotz aller Methoden aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse erweisen mußte, bietet sie doch noch immer Möglichkeiten, die gröbsten Auswirkungen kapitalistischer Produktionsweise wenigstens partiell anzugehen, zu "helfen", gleichzeitig kontrollierend und disziplinierend zu wirken.

Daß es der Sozialarbeiter, insbesondere im Kommunalbereich mit überwiegender Arbeiterbevölkerung, im Jugendfreizeitheim zwar mit den gleichen Problemen zu tun hat, aber eben nicht mit einer Vielzahl von Einzelfällen, sondern mit der Summe dieser "individuellen" Probleme per Gruppe, bedeutet, daß hier "rationeller" gearbeitet werden kann. Das ist von politischer Bedeutung, wenn man sich klar macht, daß mit der Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche das Potential der Klienten notwendigerweise größer wird.

Sozialarbeit, dies wird von bürgerlichen Theoretikern immer wieder hervorgehoben, ist, gemessen an ihren Kosten, ineffektiv. Zugleich bedarf man ihrer, wie oben ausgeführt.
Dieser klassischen Sozialarbeit sind vor allem finanzielle Grenzen gesetzt, denn letztendlich handelt es sich dabei um tote Kosten. Nicht zufällig hat die 'Einzelfallhilfe' ihren Vorrang an die 'Gruppenarbeit' abtreten müssen, bietet letztere doch die kostengünstigeren Möglichkeiten.
Staatliche Jugendfreizeitpolitik - darunter ist auch die anderer Träger zu verstehen, die mittels staatlicher Zuschüsse und in staatlichem Auftrag stellvertretend tätig werden - ist als eine Verbindung von klassischer Sozialarbeit (Hilfen und Disziplinierung bzw. Kontrolle) und der Gestaltung eines spezifischen Lebensbereiches (Freizeit) anzusehen.
Diese Verbindung führt einerseits dazu, daß der in diesem Bereich Tätige von der Vielzahl 'individueller' Schwierigkeiten erdrückt wird, hat andererseits den Vorteil, daß die sonstige behördlich übliche Vereinzelung (der 'Klient' trifft den anderen 'Klienten' höchstens beim Warten auf dem Flur) schon von der Arbeitsanlage her ausgeschlossen ist. Der Widerspruch, Jugendliche in Freizeiteinrichtungen 'sozialpädagogisch beeinflussen' zu lassen, zugleich aber Möglichkeiten kollektiven Lernens und Handelns mit einräumen zu müssen, die durch Kontrolle und das gesamte Instrumentarium der möglichen Disziplinierung der Sozialpädagogen kalkulierbar gehalten werden soll, ist der wesentliche Ansatz, von dem linke Sozialpädagogen ausgehen müssen.

Der behördlich angestellte Sozialpädagoge, aber auch der bei einem Freien Träger angestellte Freizeitheimarbeiter, wird sich dem 'Erziehungsauftrag' immer nur in mehr oder weniger engen Grenzen entziehen können. Insofern muß zur Kenntnis genommen werden, daß dieses 'Handlangerverhältnis' nicht per persönlichem Kraftakt aufzuheben ist. Was allgemeingesellschaftlich anerkannt ist, nämlich, daß das subjektive Wollen die objektiven Bedingungen zwar beeinflußt, nicht aber die objektiven Gegebenheiten ersetzen kann, scheint sich innerhalb der Jugendfreizeitarbeit nur sehr allmählich durchzusetzen. Es ist deshalb nur sehr bedingt widersprüchlich, wenn in den vergangenen Jahren trotz Kenntnis der Verhältnisse (zumindest theoretischer) viele Linke in den Jugendfreizeiteinrichtungen arbeiteten. Auf die unterschiedlichen Beweggründe wird später noch eingegangen.

Zum Verhältnis Sozialarbeiter und Jugendfreizeitheimbesucher

Eine wesentliche Erfahrung war, daß wir uns nicht nur schwer taten, wenn es darum ging zu bestimmen, an welchen Punkten wir uns - notwendigerweise gegen die Bürokratie - mit den Jugendlichen zu solidarisieren hatten, wie diese Solidarität auszusehen und welche Konsequenzen, bei Zugrundelegung welcher Kriterien man auf sich zu nehmen hatte, sondern daß wir es mit einem Teil des Proletariats zu tun hatten und haben, das sich keineswegs so verhält, wie analytisch angenommen. Obwohl uns bekannt war, daß die sogenannte Entpolitisierung ziemlich erfolgreich ist, waren wir doch vom 'Erfolg' und dessen Konsequenzen bestürzt. Daß Klassenzugehörigkeit und Klassenbewußtsein durchaus zwei verschiedene Schuhe sein können, zeigt sich nicht zuletzt an den auch bei Arbeiterjugendlichen häufig vorfind-

baren faschistoiden Denkschemata, die eben nicht allein per besserem Argument der Linken aufgehoben werden, sondern nur in einem längerfristigen Prozeß, innerhalb dessen das emotionale Verhältnis von Jugendlichen zu den Sozialpädagogen häufig von entscheidender Bedeutung ist: die Erfahrung, daß man sich auf den Typ verlassen kann, daß er sich für die Durchsetzung von Interessen der Freizeitheimbesucher (und nicht nur auf den Freizeitbereich beschränkt) einsetzt.

Die wenig reale Kenntnis dessen, was proletarischer Lebenszusammenhang tatsächlich bedeutet, inwieweit Arbeit in der Produktion, die dortige totale Unmündigkeit entsprechendes Freizeitverhalten produziert usw., zwingen den Sozialpädagogen, von den Arbeiterjugendlichen in einer Weise zu lernen, die sich erheblich von dem üblichen verbalen Anspruch unterscheidet. Dieses Lernen, das - entgegen dogmatischer Verkündigung - jedoch ein gegenseitiges ist, bildet die Grundlage für einen Prozeß, innerhalb dessen erst langfristig die Umsetzung eines politisch bestimmten Verständnisses von Pädagogik 'Erfolge' erkennen läßt. Zu diesem Lernen gehört, bestehende Interessenunterschiede zwischen Sozialpädagogen und Jugendlichen nicht einfach unter den Tisch zu kehren, zumal die Erfahrung zeigt, daß dieses von den Jugendlichen auch längerfristig nicht akzeptiert werden kann.

Verdeutlicht werden soll das an dem Beispiel von Freizeit (Jugendliche) und Arbeit (Sozialpädagogen). Es ist sicherlich schwer zu vermitteln, daß der Sozialpädagoge für die Freizeitgestaltung der Jugendlichen bezahlt wird und daß diese Bezahlung zur Reproduktion seiner Arbeitskraft notwendig ist. Ähnlich verhält es sich mit den Öffnungszeiten der Einrichtungen. Hier hat der Jugendliche notwendigerweise ein Interesse, seine Freizeitbedürfnisse extensiv zu befriedigen, während der Sozialpädagoge an der Einhaltung seiner Arbeitszeit interessiert ist, nicht nur, weil gewerkschaftlich erkämpfte Rechte im Freizeitheim auch Gültigkeit haben müssen, sondern weil zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft des Sozialpädagogen mehr als nur das Gehalt erforderlich ist: das Zusammenleben mit den Genossen in der Wohngemeinschaft, der Familie usw., sowie der politischen Arbeit, die nicht zuletzt den drohenden Identitätsverlust, der sich in der institutionellen Arbeit einstellt, aufzufangen suchen muß.

Am Beispiel des "Prisma" wird deutlich, daß die Zusammensetzung der Besucher, ihre unterschiedlichen Bedürfnisse, ihre Fähig- und Unfähigkeit, diese durchzusetzen, zu erheblichen Schwierigkeiten in der Arbeit führte. Im 'Kampf um die Selbstverwaltung', wesentlich von Oberschülern getragen, zeigte sich, daß dort, wo eine Interessenidentität gegeben schien, nämlich als die Mehrzahl der Freizeitheimbesucher die Selbstverwaltung aktiv forderte, doch erhebliche Differenzen darüber bestanden, was Selbstverwaltung beinhaltet. Ging es der kleineren Gruppe um eine Verwaltung in eigener Regie, mit eigener Programmgestaltung, der Verwaltung der Gelder usw., so verstand die Mehrzahl der Besucher, die Arbeiterjugendlichen, unter Selbstverwaltung - Schlüsselgewalt: Räume, in denen man die Freizeit unkontrolliert gestalten, mit der Freundin pennen kann, weil dies die häuslichen Verhältnisse nicht zulassen etc. Hier ist einer der Punkte erreicht, an dem sich der Sozialpädagoge die Frage nach der Solidarisierung stellen muß, nicht damit sich begnügen kann, daß die

Solidarisierung mit Jugendlichen notwendig und deshalb in jedem Fall vertretbar ist (hierbei wird von den Konsequenzen im Verhältnis zur Bürokratie einmal völlig abgesehen), sondern politisch verantwortlich handeln muß, seine eigenen Erfahrungen einbringen, die Möglichkeiten und Ergebnisse mit anderen besprechen und mit den Jugendlichen diskutieren muß.

Auch bei den bereits angesprochenen unterschiedlichen Bedürfnissen von Besuchern aufgrund ihrer unterschiedlichen Klassen- und Schichtzugehörigkeit, der daraus resultierenden Sozialisation, muß der Sozialpädagoge Stellung beziehen, diese Interessen soweit zusammenbringen, daß ein gemeinsames Handeln möglich ist, eine Entscheidung für sich mit den Jugendlichen fällen.
Dabei wird die Entscheidung in kommunalen Räumen mit überwiegender Arbeiterbevölkerung notwendigerweise zu deren Gunsten ausfallen müssen, nicht weil wir meinen, daß die Arbeit mit Oberschülern, Mittelstandsjugendlichen usw. politisch nicht notwendig und wichtig wäre, sondern weil wir davon ausgehen, daß - wenn beides nicht möglich ist - die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen der Arbeiterklasse nötiger ist. Damit soll nicht gesagt werden, daß wir ein gemeinsames Handeln unterschiedlich sozialisierter Kinder und Jugendlicher für unmöglich halten, sondern es wird lediglich auf die reale Situation in den Freizeitheimen Bezug genommen: fehlende personelle und räumliche Voraussetzungen, um auf unterschiedliche Interessen der Besuchergruppen eingehen zu können.

Der linke Sozialpädagoge kommt nicht umhin, Entscheidungen (s.o.) zu fällen und dabei seine Autorität geltend zu machen. Nicht allein deshalb, weil die Jugendlichen Autorität erwarten und weil es gerade bei einer politisch orientierten Pädagogik unabdingbar ist, Forderungen an die Jugendlichen zu stellen und auf die Einhaltung getroffener Obereinkünfte zu achten, sondern vornehmlich deshalb, weil es zum politischen Anspruch dazugehört, eine erarbeitete und an der Praxis überprüfte Konzeption dann durchzuhalten und weiterzuverfolgen, wenn sie im Interesse der Jugendlichen liegt. Wo dies nicht passiert, besteht die Gefahr, daß eine längerfristig sinnvolle Arbeit zugunsten spontaner Entwicklungen aufgegeben wird. Ein besonders negatives Beispiel dafür ist die Zerstörung einer Wohngemeinschaft für Straffällige zugunsten eines 'Jugendzentrums'. *("Kippe kaputt" - "links", Sozialistische Zeitung, Juni 1975)* Das völlig kritiklose Eingehen auf die Forderung von Jugendlichen, die Negierung eigener Bedürfnisse und Ansprüche bei der Konzipierung und Durchführung der Arbeit, hat in der Konsequenz lediglich 'linkscaritativen' Charakter und ist damit politisch perspektivlos.

Das Team

Obwohl im "Prisma" eine Arbeitskonzeption bestand, auf die alle Teammitglieder 'eingeschworen' wurden, resultierten die meisten Schwierigkeiten aus dem zeitweise völlig desolaten Zustand des Teams, bedingt durch die 'kleinen Alltagsquerelen' und die persönlichen Unzulänglichkeiten der Teamer. Auch darin scheint das "Prisma" bis zu einem gewissen Grad repräsentativ zu sein. Um sich überhaupt zwischen den verschiedensten Ansprüchen (Institution, Jugendliche, eigenen) verhalten und pädagogisch arbeiten zu können, ist mehr als

nur die verbale politische Obereinstimmung notwendig.

Die Voraussetzung ist eine Obereinstimmung darüber, was innerhalb des Bereichs möglich und nötig ist, welche konkreten Schritte notwendig sind, gemeinsame Zielvorstellungen auch tatsächlich erreichen zu können.
Entgegen der häufig vertretenen Auffassung, daß die eine wesentliche Voraussetzung für eine politisch orientierte Pädagogik die Zusammenarbeit von "Linken schlechthin" im Team ist, zeigt sich am "Prisma", daß diese 'Zusammenarbeit' so 'problemlos' gar nicht ist.
Insbesondere dann nicht,

- wenn Teamer aufgrund ihrer Ansprüche die Effektivität ihrer politischen Arbeit ausschließlich an der Anzahl und der 'Schwere' der Konflikte der Jugendlichen gegen die Bürokratie messen;
- wenn sie unter dem Zwang der immer als gegeben unterstellten Basisradikalität der Bewußtseinsveränderung durch Konfrontation das Primat einräumen, egal, was bei den Einzelnen in diesen 'Kämpfen' dabei zum Teufel geht;
- wenn sie sich selbst zu politischen Märtyrern stilisieren.

Es könnte der falsche Eindruck entstehen, daß innerhalb des Freizeitbereichs in Westberlin die Linken das Bild beherrschen, was nur sehr bedingt zutrifft. Vielmehr hat man es auch hier mit Kollegen zu tun, die sich keineswegs als "links" verstehen. Insoweit ist der "Prisma"-Teamkonflikt sicherlich auch innerhalb Westberlins nur sehr bedingt verallgemeinbar.

Die Zuverlässigkeit der Teamer ist von großer Bedeutung, dazu gehört die Einhaltung von Zusagen, Absprachen, Pünktlichkeit etc. Dies ist nicht nur im Interesse der Arbeit unabdingbar, sondern auch deshalb, weil Freizeitheimbesucher die Teamer an ihren konkreten Handlungen messen, z.B. kein Verständnis dafür haben, daß ein Termin, eine Veranstaltung nicht eingehalten werden kann, weil ein oder mehrere Sozialpädagogen nicht pünktlich sind, oder Absprachen nicht eingehalten werden. Die Erfahrung zeigt, daß diese 'persönlichen Schwierigkeiten' auch unter Linken nicht selten sind. Es ist sicherlich auch nicht zufällig, daß neben dem politischen Anspruch, in der Jugendarbeit etwas verändern zu wollen, die weniger starke direkte Kontrolle (im Verhältnis zu den Ämtern) auch dazu genutzt wird, sich persönliche Freiräume zu schaffen, die keineswegs immer vertretbar sind. Solche Probleme, die immer wieder auftauchen, müssen innerhalb des Teams solidarisch diskutiert werden, dort aber, wo durch das Verhalten einzelner Teammitglieder die gesamte Arbeit in Frage gestellt und eine Änderung trotz Diskussion nicht erreichbar ist, wird man die Trennung vollziehen müssen. Wie die "Prisma"-Erfahrung zeigt, zwingen notfalls die Jugendlichen die Teamer, 'klare Verhältnisse' zu schaffen.

Zu divergierenden Auffassungen kommt es auch häufiger zwischen fest angestellten Teamern und solchen, die auf Honorarbasis arbeiten. Über dieses Problem wird in dem Seminarbericht über die 'Probleme institutionalisierter Jugendfreizeitarbeit' *(E + K, Nr. 17, S. 15 ff.)* ausführlicher berichtet. Hier soll deshalb nur auf ein Moment hingewiesen werden: Honorarkräfte sind regelmäßig nur für eine begrenzte Zeit im Heim tätig. Sie kommen aus dem studentischen Be-

reich (überwiegend) und sind von daher weniger an einer längerfristigen Berufsperspektive im Jugendfreizeitheim interessiert. Da sie außerdem nur über einen geringen Einblick in die Zusammenhänge innerhalb der Bürokratie verfügen, insbesondere deren Möglichkeiten, Mitarbeiter zu disziplinieren, Auseinandersetzungen mit den Freizeitheimbesuchern auch auf subtile Art und Weise zu ihren Gunsten zu entscheiden (ohne spektakuläre Polizeieinsätze etc.), sind sie häufig 'risikobereiter' und agieren auch entsprechend.

Die Einflußnahme der Teamer und der Jugendlichen auf die Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern erscheint als eine zentrale Forderung, die Jugendliche und Sozialpädagogen gemeinsam vertreten müßten. Wo ein solches Mitspracherecht nicht eingeräumt wird (wobei dieses aufgrund der Personalhoheit des Dienstherrn wohl nur informellen Charakter haben kann), ist jede weitergehend konzipierte Arbeit dem Zufall überlassen, wenn nicht gar unmöglich.

Was kann der Sozialpädagoge tun?

Wir sind bereits am Beispiel des "Prismas" darauf eingegangen, daß der Kampf der Jugendlichen nur dort von ihnen aufgenommen wird, wo eine Veränderung ihrer Situation, die konkrete Wahrung ihrer Interessen, wobei es erst einmal unerheblich ist, ob es sich um von uns definierte scheinbare, tatsächliche, eigentliche, vordergründige oder hintergründige Interessen handelt, sichtbar ist. Hier liegt eine erhebliche nicht nur pädagogische Verantwortung derjenigen, die mit ihnen in den Freizeiteinrichtungen zusammen arbeiten. Für den Erfolg des Kampfes ist entscheidend, inwieweit die Solidarität im Stadtteil herzustellen, Gegenöffentlichkeit zu mobilisieren ist. Entscheidend ist auch die Einschätzung des politischen Kräfteverhältnisses (wie verhalten sich die entsprechenden Gremien: Jugendwohlfahrtsausschuß, Komunal- und Landesparlamente), wie ist die Kampfbereitschaft der Jugendlichen längerfristig gesichert, welche objektiven Grenzen sind zu berücksichtigen. Daß es dabei zu Fehleinschätzungen durch die Teamer kommt, ist durch die Praxis wiederholt bewiesen. Verschwiegen werden kann auch nicht, daß der Sozialpädagoge, stellt er sich auf die Seite der Jugendlichen, mindestens so viel wie diese, wenn nicht mehr zu verlieren hat, sich, wenn auch in rationalisierter Form (er meint die Verwaltung zu kennen) ängstlich und bremsend verhält. Deshalb die Erfahrungen des Sozialpädagogen bei der Einschätzung völlig negieren zu wollen, würde eine Verkennung dessen bedeuten, was Jugendliche auch vom Sozialpädagogen erwarten können, nämlich, daß sich auf die Seite der Jugendlichen stellen auch beinhalten muß, ihnen die Erfolgsaussichten, Risiken etc. mitzuteilen. Diese Haltung des im Freizeitheim Tätigen muß dadurch objektiviert werden, daß sich die politische Intention nicht nur auf das eigene Team reduziert, sondern zu anderen Freizeiteinrichtungen, Gruppen im Stadtteil (wie Wohnkollektive, Initiativgruppen) Kontakte hergestellt werden. Dies scheint auch notwendig, um mit dem 'Dauerfrust': ständige Auseinandersetzung mit dem Anstellungsträger (Zerstörungen in der Einrichtung, Veranstaltungsinhalte), politisch bei den Jugendlichen nicht schnell genug voranzukommen, ungünstige Arbeitszeit usw., fertig zu werden.

Im Freizeitheim trifft der Sozialpädagoge überwiegend auf Jugendliche, die von ihren sonstigen Lebenszusammenhängen (Arbeit, Familie, Schule) dermaßen frustriert sind, daß sie in ihrer Freizeit nicht auch noch mit Problemen konfrontiert werden wollen. Sie wollen den beschissenen Alltag vergessen. Selbst die Schließung der Freizeiteinrichtung - dem Ersatzzuhause - aktiviert nicht in allen Fällen. Die Aufklärung per Argument alleine hilft hier nur selten, vieles geht nur über persönliche Kontakte, durch die Intervention im Einzelfall, wie Beschaffung von Wohnraum, Gespräche mit den Eltern, Rücksprachen mit der Jugendgerichtshilfe oder dem Jugendrichter,um Haftverschonung zu erreichen etc. Um überhaupt solche 'Hilfen' geben zu können, bedarf es schon eines erheblichen Vorschusses an Vertrauen, denn die Jugendlichen, die die Erfahrung gemacht haben, daß Gespräche mit anderen über ihre Situation nichts ändern, teilen sich nicht bereitwillig mit. So befindet sich der linke Sozialpädagoge in dem Konflikt, scheinbar 'klassische Sozialarbeit' zu betreiben (mit erst einmal schlechtem Gewissen, versteht sich) und unter einem Legitimationszwang zu stehen, der in Fragen von Genossen nach der politischen Praxis gipfelt.
Und doch ist hier die Identität mit der klassischen Sozialarbeit nur eine sehr oberflächliche, weil sie eine weitergehende Zielsetzung hat, ohne außer Acht lassen zu können, daß psychische Verelendung, durch die kapitalistische Produktionsweise bedingt, ebenso wie die Verhinderung weiterer Deklassierung angegangen werden müssen. Wir meinen, daß es notwendig ist, diese Gegebenheiten nicht zu negieren.

Deshalb darf bei diesen Gegebenheiten auch von einer politisch notwendigen sozialpädagogischen Arbeit gesprochen werden, nicht im Sinne bürgerlicher Pädagogik, die meint, damit sei das Notwendige getan, sondern in dem Wissen, daß nur in Verbindung mit der Möglichkeit einer kritischen Reflektion des gesellschaftlichen Seins und die Erkenntnis in die Notwendigkeit von Veränderungen Arbeit im Interesse und mit den Jugendlichen möglich ist.
Auch dann, wenn es nicht gelingt, daß sich die Jugendlichen mit ihrer Lage auseinandersetzen und sich organisieren, ist die Arbeit notwendig und auch politisch sinnvoll.

Nicht nur aufgrund der "Prisma"-Erfahrungen muß weitgehend offen bleiben, ob im Rahmen von Freizeitarbeit in Jugendheimen die generelle Politisierung der Besucher eine reale Perspektive darstellt. Erfahrungsgemäß gelingt es nur einem kleinen Teil der Besucher, aufgrund von Lernprozessen politisch aktiv zu werden. Schon in diesen wenigen Fällen ist es sehr schwierig anzugeben, welche Einzelfaktoren dazu beigetragen haben, insbesondere welche Einflüsse außerhalb der Freizeiteinrichtung (insbesondere im Betrieb, im Wohnviertel) wirksam wurden. Völlig unbeantwortet bleibt im Regelfall auch die Frage, weshalb unter scheinbar gleichen Voraussetzungen eine Politisierung erfolgte bzw. nicht erkennbar war, wobei ebenfalls offen ist, wie sich Politisierung für den Sozialpädagogen relevant zu äußern, innerhalb welchen Zeitraumes sie zu erfolgen hat, ob sie sich überhaupt im Freizeitheim äußern muß oder nicht in erster Linie im Betrieb usw. Erfahrungsgemäß ist es zudem äußerst schwierig, mit Hilfe schon politisierter Jugendlicher die Arbeit in der Einrichtung voranzubringen, weil die 'Ungleichzeitigkeit' politischer Bewußtwerdung notwendigerweise auch anders geartete Bedürfnisse produziert.
Nicht selten reicht den politisch aktiv werdenden Individuen und

Gruppen der Rahmen der Freizeiteinrichtung nicht, sie werden im Betrieb (Gewerkschaft) oder im Stadtteil (Initiativgruppen) tätig oder wollen gemeinsam eine Wohngemeinschaft bilden. Der Zusammenhang zum Freizeitheim wird,wenn überhaupt, nur in sehr lockerer, unverbindlicher Form aufrechterhalten.
Auch dann, wenn sich solche Gruppen weiter im Haus treffen, sind sie notwendigerweise an der Aufarbeitung der sie interessierenden Probleme interessiert, bilden sich im Laufe der Zeit Gruppenstrukturen heraus, wird eine Verbindlichkeit in der Arbeit gefordert usw., die es schwierig macht, 'Neue' zu integrieren.

Es muß deshalb als Frage an die Leser weitergegeben werden, ob es unter den geschilderten Bedingungen nicht das 'Schicksal' der in den Freizeiteinrichtungen Arbeitenden ist, daß die mit ihrer Hilfe politisch bewußt gewordenen Jugendlichen die Einrichtung verlassen und daß kollektive Lernprozesse (bei quantitativer und qualitativer Deckung) die Ausnahme von der Regel bleiben?

6. Was heißt, an den Bedürfnissen ansetzen?

In Veröffentlichungen zum Thema Jugendarbeit ist eine häufig an zentraler Stelle anzutreffende Forderung, daß man als Sozialpädagoge an den Bedürfnissen der Jugendlichen anzusetzen habe. Die alte Formel der methodischen Sozialarbeit, "anfangen, wo der Klient steht", scheint damit eine durch den Bedürfnisbegriff bezeichnete Konkretion gefunden zu haben.
Die Schwierigkeit jedoch, diese Formel in die Praxis umzusetzen, ist durch die Redeweise von den Bedürfnissen nicht aufgehoben. Wenn es zunächst scheint, als sei mit dem Bedürfnisansatz eine gemeinsame Erfahrungsbasis von Jugendlichen und Sozialarbeitern gegeben und damit die Verständigung erleichtert, so wird die Sache in dem Moment schwierig, wo dieser Ansatz zur Grundlage eines Arbeitskonzepts werden soll. Was anscheinend sinnliche Gewißheit ist, zu wissen, was Bedürfnisse sind, wie man sie erkennt und was man mit ihnen anfängt, löst sich auf in eine fast unendliche Vielfalt von Annahmen darüber, was denn nun die Bedürfnisse derer sind, mit denen man in der Arbeit konfrontiert ist: sind deren Bedürfnisse identisch mit den eigenen? Sind Bedürfnisse nur je individuelle oder sozusagen "objektiv", nach bestimmten Kategorien verallgemeinbar aufzufassen, evtl. nach Lebensalter, Arbeitsbedingungen, Klassenlage? Gibt es im Katalog der Bedürfnisse einige, die grundlegend, "allgemein menschlich" sozusagen sind und die deshalb als "Grundbedürfnisse" bezeichnet werden könnten? Gibt es weiterhin eine Rangordnung der Bedürfnisse, derentsprechend wesentliche und unwesentliche unterschieden werden können und schließlich; hilft einem die Differenzierung in "richtige" und "falsche" Bedürfnisse bei der Suche nach einem Ansatz weiter? Wenn ja, wie erkennt man die richtigen, wenn diese hinter den falschen verschwunden sind?

Schon diese kurze Erörterung verdeutlicht, daß mit dem Bedürfnisansatz so ohne Probleme nicht umzugehen ist. Wenn wir im Folgenden versuchen, Antworten auf die angeschnittenen Fragen zu skizzieren, so geschieht das in aller Unvollständigkeit und bedarf weiterer Konkretion. Im übrigen ist unser Problem nicht, zu klären, was Bedürfnisse "an sich" sind, oder welche verschiedenen Inhalte der "Begriff" haben kann, etwa im Sinne einer Natur-, bzw. Sozialgeschichte der Bedürfnisse. Was wir zu klären haben ist vielmehr, was "an den Bedürfnissen ansetzen" unter dem Gesichtspunkt sozialpädagogischer Arbeit heißt. Um diese Frage beantworten zu können, erscheint es uns notwendig darzulegen, durch welche gesellschaftliche Konfliktkonstellation die Formen der Bedürfnisäußerung allgemein bedingt sind.

Vermittlung von Natur und Gesellschaft im Bedürfnis

Jedes Bedürfnis enthält Momente der physischen und psychischen Natur des Menschen. Diese Naturbasis der Bedürfnisse ist jedoch nicht als statisch, ein für allemal festgelegt aufzufassen, sondern unterliegt einem historischen Entwicklungsprozeß, sie kann immer nur als bereits gesellschaftlich vermittelt in Erscheinung treten. Die wesentliche Seite der Sache ist für unseren Zusammenhang nicht die Natur - sondern die gesellschaftliche Bestimmtheit der Bedürfnisse; die historische Form,in der sie befriedigt werden, sowie die mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion gegebene Entwicklung der Bedürfnisse selbst und deren Modifikation durch die gesellschaftlichen Verhältnisse im weitesten Sinne. Essen, Schlafen, Sexualität, Verkehr mit anderen Menschen, sind allgemeine Bedürfnisse zu jeder Zeit. Wie aber gegessen, geschlafen, Sexualität und sozialer Umgang praktiziert werden, darin unterscheiden sich die historischen Epochen. *(MEW Bd. 3 S. 71 "Die verschiedene Gestaltung des materiellen Lebens ist natürlich jedesmal abhängig von den schon entwickelten Bedürfnissen, und sowohl die Erzeugung wie die Befriedigung dieser Bedürfnisse ist selbst ein historischer Prozeß..."*

"Hunger ist Hunger; aber Hunger, der sich durch gekochtes, mit Messer und Gabel gegessenes Fleisch befriedigt, ist ein anderer Hunger, als der rohes Fleisch mit Hilfe von Hand, Nagel und Zahn verschlingt." (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 52, S. 13)
Analog gilt für alle Bedürfnisse. Diese entwickeln sich aus der Naturroheit in dem Maße, wie durch die Entwicklung der Produktion sowohl die Gegenstände der Bedürfnisbefriedigung als auch deren Art und Weise verändert werden. Die erweiterte Produktion schafft Bedürfnisse, die über Naturbedürfnisse hinausgehen. *"Diese Erzeugung neuer Bedürfnisse ist die erste geschichtliche Tat." (MEW, Bd. 3, S. 28)* Bedürfnis ist also keine aus der menschlichen Natur oder aus individuellen Eigentümlichkeiten der Persönlichkeit abzuleitende, sondern eine gesellschaftliche Kategorie, die Natur einschließt.
"... das gesellschaftliche und das natürliche Moment des Bedürfnisses lassen sich nicht als sekundär und primär voneinander abspalten, um danach eine Rangordnung von Befriedigungen aufzustellen." (Adorno, Gesammelte Schriften Bd. 8, Ffm. 1972, S. 392)

Nun haben die Mittel der Bedürfnisbefriedigung in keiner bisherigen Gesellschaft allen Individuen gleichermaßen zur Verfügung gestanden. Die Formen der Produktion und der Aneignung des Produzierten vollziehen sich nach gesellschaftlichen Gesetzen, deren wesentlichstes die Klassenherrschaft ist.
Die Ungleichheit der Individuen mißtsich an der Verfügung oder Nichtverfügung über die materiellen Bedingungen der Bedürfnisbefriedigung,

stets hat eine herrschende Klasse über diese Bedingungen derart verfügt, daß die Mehrheit der Menschen auf einem - an den gesellschaftlichen Möglichkeiten gemessen - zurückbleibenden Niveau der Bedürfnisbefriedigung zu leben gezwungen war.

Die kapitalistische Produktionsweise hat daran grundlegend nichts geändert. Sie hat, bezogen auf die Bedürfnisbefriedigung, den alten Gegensatz von Reichtum und Knappheit in scharfer Weise reproduziert. Armut und Elend sind noch immer die Kehrseite einer Produktionsweise, die wie keine andere vorher den gesellschaftlichen Reichtum entwickelt hat.
Die für den Kapitalismus grundlegende Tatsache, daß eine Ware nicht um ihres Gebrauchswertes, sondern um ihres Tauschwertes willen produziert wird, hat weitreichende Folgen für die Art und Weise der Bedürfnisbefriedigung: Das entscheidende Kriterium der Herstellung einer Ware ist nicht die Frage: was nützt sie, sondern: wie läßt sie sich verkaufen; nicht das Gebrauchswertinteresse, sondern das Verwertungsinteresse bestimmt, was produziert wird. Das auf den Gebrauchswert gerichtete Bedürfnis der Individuen ist daher immer erst durchzusetzen gegen den bestimmenden Zweck der kapitalistischen Gesellschaft, die Mehrwertproduktion.
Diejenigen, die nicht über die materiellen Bedingungen der Produktion verfügen, sind in ihrer Bedürfnisbefriedigung vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängig; ihre Lebenszeit wird weitgehend in Arbeitszeit verwandelt.

Dies betrifft nicht nur die materiellen, aus der physischen Natur sich ergebenden Bedürfnisse, sondern in ähnlicher Weise die Bedürfnisse, die aus der Eigenart der menschlichen Existenz stammen. Diese werden, etwa von Fromm, als Bedürfnis nach Verbundenheit, nach Verwurzelung, nach Identität und Orientierung beschrieben. *(Erich Fromm, Der moderne Mensch und seine Zukunft, Ffm. 1967, S. 27 ff.)*
Diese Bedürfnisse können unter dem Stichwort soziale Bedürfnisse zusammengefaßt werden. Anders als bei den materiellen Bedürfnissen, wo die soziale Vermittlung nur Mittelcharakter hat, ist hier die Sozietät unmittelbar der Zweck, etwa in dem Sinne wie Marx von einem "Bedürfnis des Verkehrs mit anderen Menschen" spricht. Unter dem Druck übermächtiger gesellschaftlicher Verhältnisse werden die Bedürfnisse auch in der Privatheit und Freizeit, wo sie der Ideologie zufolge ihr Reservat haben, nur als deformierte erscheinen können. Die deformierten Bedürfnisse sind Folge des Arbeitsprozesses, der die Menschen zwingt, *"...außerhalb der Arbeit sich auf die Reproduktion der Ware Arbeitskraft zu reduzieren!" (Adorno, a.a.O. S. 393)*

Da in der kapitalistischen Gesellschaft Arbeit und Leben getrennt sind, ist die Arbeit bloßes Mittel, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen.
"Der Mensch rechnet die Arbeit nicht selbst in sein Leben ein, sie ist vielmehr Opfer seines Lebens. Das Leben fängt da für ihn an, wo diese Tätigkeit aufhört, am Tisch, auf der Wirtshausbank, im Bett. Der Arbeiter fühlt sich eher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Hause. ... Weshalb arbeitet er denn? Aus Lust am Schaffen, aus Naturtrieb? Keineswegs. Er arbeitet um des Geldes Willen, um einer Sache Willen, die mit der Arbeit selbst gar nichts zu schaffen hat." (Marx, ök.phil.Manuskript, S. 101)

Das Leben, die Möglichkeit, Bedürfnisse zu befriedigen, ist auf die Freizeit beschränkt. Die Freizeit ist aber nur zum Schein individuell disponible Zeit, sie ist zunächst bestimmt als eine Art von Rest, den die Arbeit dem Individuum zum Leben übrigläßt. *(Habermas: Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit, S.219)*
Die Lebensäußerung des Menschen in Form von produktiver Arbeit und seine Selbstverwirklichung kann nicht mehr bei der Arbeit oder durch die Arbeit geschehen, sie findet, wenn überhaupt, in der Freizeit statt. Jedoch setzt sich in der Freizeit die Form des am Wertgesetz orientierten Lebens fort, d.h., daß der Anspruch auf Selbstverwirklichung auch hier durch den entfremdeten Arbeitsprozeß deformiert ist.

Die Zwänge, die aus dem Arbeitsprozeß resultieren, sind nach Feierabend nicht aufgehoben. Produktivität und Phantasie, die den Jugendlichen während der Arbeit ausgetrieben werden, sind in der Freizeit nicht umstandslos wieder vorhanden. Deshalb ist es der Freizeitindustrie gelungen, die Inhalte der Freizeit weitgehend vorzuschreiben, indem sie an Träumen, Wünschen und Vorstellungen der Jugendlichen anknüpft und diese in ihrem Interesse funktionalisiert (Tanzabende in Diskotheken und Jugendclubs, eine Vielzahl von Plattenangeboten, Film und Fernsehen, Jugendtourismus). Mit diesen deformierten Bedürfnissen, die nicht mehr als zielgerichtete Bedürfnisse artikuliert werden, sondern sich in Formen von Aggressionen, Konkurrenz, Langeweile, Phantasielosigkeit, Resignation und ziellosen Aktivitäten äußern, hinter denen aber der Anspruch auf Selbstverwirklichung steht, ist der Sozialarbeiter im Jugendfreizeitheim konfrontiert. Wenn daher die Rede davon ist, eine sinnvolle Arbeit mit Jugendlichen habe an den Bedürfnissen anzuknüpfen, so gilt es sich deutlich zu machen, daß man es nicht mit Bedürfnissen unmittelbar, sondern mit durch objektive Zwänge vermittelten Erscheinungsformen von Bedürfnissen zu tun hat. Obgleich man davon ausgehen kann, daß die Bedürfnisstruktur bei allen Menschen gleich ist, so ist doch ihr Erscheinungsbild von einer Anzahl von realen Lebensbedingungen abhängig. Insbesondere sind Arbeits-, Wohn- und Familienverhältnisse zu nennen, Sozialisation und Lebensalter spielen sicher eine Rolle. Es wäre also, um den Bedürfnisansatz fruchtbar zu machen, notwendig, über die allgemeinen Lebensbedingungen der Jugendlichen einiges zu wissen.
Die generelle Schwierigkeit des Bedürfnisansatzes liegt allerdings darin, daß die wesentlichen gesellschaftlichen Bedingungen, die die Deformation der Bedürfnisse verursachen, nicht unmittelbar aufhebbar sind. Daß die Reduzierung der produktiven Fähigkeiten des Menschen auf bloßes Funktionieren im Prozeß der Kapitalverwertung und damit zusammenhängend die Isolierung der Individuen durch die Konkurrenz sich täglich reproduzieren, macht ja die Schwierigkeit aus, sich einen sinnvollen gesellschaftlichen Zusammenhang überhaupt noch vorzustellen, geschweige denn zu schaffen.

Verinnerlichung des äußeren Zwanges

Die gesellschaftlichen Zwänge bleiben den Betroffenen nicht äußerlich, sondern greifen in die Bedürfnisstruktur selbst ein.
"Die Gefahr der Einwanderung der Herrschaft in die Menschen ... ist nicht ein Ketzerglaube, der durch Bannsprüche zu exorzieren wäre, sondern eine reale Tendenz des späten Kapitalismus." (Adorno, a.a.O. S. 393)

Für die sozialen Bedürfnisse gesprochen ist das so aufzufassen, daß die aus der Tauschabstraktion abzuleitende Erwägung der Nützlichkeit und die aus der Konkurrenz hervorgehenden Ängste einen entsprechend sich verhaltenden Sozialcharakter bilden. E. Fromm legt anschaulich dar, wie sehr das soziale Leben der Gegenwart (hier ist das sog. Privatleben angesprochen) nach den Maßstäben des Geschäftslebens ausgerichtet ist: in einer Art kaufmännischer Rechnungsweise wird darüber Buch geführt, ob diese oder jene Handlung, sei's ein Abend mit der Freundin, ein Gespräch oder ein Spaziergang, eine Reise oder ähnliches die Zeit bzw. das Geld wert gewesen sind. *(Vgl. E. Fromm, a.a.O. S. 134f.)* Die quantitative Messung nach den Kriterien kaufmännischer Buchführung wird auch im Privaten zum Orientierungsmaß sozialer Bedürfnisse. Tauschabstraktion und die weitgehende Verwandlung der Lebenszeit in Arbeitszeit erzwingen eine Orientierung der sozialen Bedürfnisse nach der Ökonomie des Geldes und der Zeit, ohne daß dies den Individuen als solche bewußt wird.

Die Absicht Marcuses, der den Begriff "falsche Bedürfnisse" gebraucht, ist wohl zu klären, wie die einzelnen Bedürfnisse zum Fortbestand des Bestehenden sich verhalten. "Falsch" sind dann all die Bedürfnisse, die die Erkenntnis der Veränderbarkeit verhindern. Darin steckt eine Aufforderung zur Askese, die verkennt, daß die Bedürfnisbefriedigung in unmittelbarer Form sich nicht unendlich aufschieben läßt! Marcuses Ausführungen sind auch deshalb problematisch, weil sie eine universelle Manipulation unterstellen, (die als solche nur bedingt gilt), so wenn er schreibt: *"Die meisten der herrschenden Bedürfnisse, sich im Einklang mit der Reklame zu entspannen, zu Vergnügen zu benehmen und zu konsumieren, zu hassen und zu lieben, was andere hassen und lieben, gehören in diese Kategorie der falschen Bedürfnisse." (Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Neuwied/Berlin 1962, S. 25)* Der manipulative Eingriff ist aber erst sekundär, primär ist die Deformation der Bedürfnisse durch die Organisation des Produktionsprozesses selbst.

Das Verwertungsinteresse heftet sich insbesondere auch an die sozialen Bedürfnisse und verheißt deren Befriedigung durch den Warenkauf. In Form des Konsums soll sich das frustrierte Individuum Ersatz schaffen für die sozialen Beziehungen, die kaum mehr zu realisieren sind. Die Ware wird so zum Surrogat der zerstörten sozialen Verhältnisse, wobei in manchen Werbespots der Anschein erweckt wird, daß der Konsum mit der Realisierung der sozialen Bedürfnisse unmittelbar verbunden sein könnte, der Ersatz gibt sich nicht als solcher, sondern als die Sache selbst. Es könnte sich ergeben, daß schließlich nicht mehr unterscheidbar ist, was Bedürfnis und was Ersatz ist, das heißt, der Ersatz kann selbst derart zum Bedürfnis werden, daß die Intention wirklicher Befriedigung dahinter verschwindet. *"Wahrscheinlich"* so Haug, *"meint die Rede von den falschen Bedürfnissen nichts anderes als diese Verschiebung". (W.F. Haug, Kritik der Warenästhetik, Ffm. 1971, S. 65)*

Das von Marcuse in diesem Zusammenhang formulierte Problem stellt tatsächlich ein schwerwiegendes Hindernis der Aufklärung und der Bildung kritischen Bewußtseins dar: ein Tribunal kann die Autorität der Entscheidung darüber beanspruchen, welches wahre und falsche Bedürfnisse sind, diese Frage muß von den Individuen je

selbst beantwortet werden, diese aber sind nicht frei, ihre eigene Antwort zu geben. Solange sie (die Individuen) davon abgehalten werden, autonom zu sein, solange sie bis in ihre Triebe hinein geschult und manipuliert werden, kann ihre Antwort auf die Frage nicht als ihre eigene verstanden werden. *(W.F. Haug, a.a.O., S. 67)* Das "falsche Bedürfnis" ist letztlich das korrumpierte Bedürfnis, eins, dem seine eigentlichen Intentionen im wahrsten Sinne des Wortes abgekauft worden sind: *"Das bessere Leben und die Mittel und Wege dazu werden den Individuen unvorstellbar.")Marcuse, a.a.O., S. 26)*

Die vom Kapital erzwungene Reduzierung der Individuen auf das bloße Funktionieren scheint das falsche Bewußtsein geradezu notwendig zu machen, die verdinglichte Existenz scheint anders nicht auszuhalten zu sein. Gleichwohl, das ist der Widerspruch, in der durchs Kapital vermittelten und modifizierten Bedürfnisstruktur lassen sich die Bedürfnisse nicht restlos deformieren, korrumpieren und funktionalisieren. Die "Modellierung der Sinnlichkeit" *(Haug)* hat ihre Grenze und erzeugt eine eigene Dynamik. Der Ersatz kann als solcher zu weitergehenden Ansprüchen führen, die auf reale Befriedigung zielen und nicht mehr durch individuellen Konsum zufriedenzustellen sind. So kann z.B. die Kollektivität, die die Werbung verspricht, nicht in der Ware mitgeliefert werden. *(Vgl. W.F. Haag, S. 67 ff.)*

Auch wird der Anspruch auf Selbstverwirklichung den Individuen nicht restlos auszutreiben und zunichte zu machen sein. Die zumindest vorhandene Ahnung - wenn auch zunächst nicht das Bewußtsein - daß das, was man schließlich bekommt, das nicht ist, was man wollte, bleibt ein unruhiges Moment. Der Kompromiß, zu dem das Kapital zwingt, bleibt den Individuen als solcher spürbar, darüber können sie resignieren, aber auch zu Bewußtsein kommen, sich Gedanken darüber machen, wie man die eigene Realität verändern könnte. Die scheinbare Ziellosigkeit, mit der die deformierten Bedürfnisse sich auf diese und jene Art befriedigen, enthält letztlich die Suche nach Möglichkeiten der Selbstverwirklichung. Sie kann somit nicht nur Anknüpfungspunkt für Surrogate sein, sondern auch von Aufklärung und einem Bewußtsein, das sich nicht mehr in der Privatheit und im individuellen Konsum isolieren läßt, sondern öffentlich und kollektiv, also politisch seine Zwecke verfolgt.

Die Erscheinungsformen, in denen Jugendliche im Freizeitheim ihre Bedürfnisse äußern, die Rangordnung der Bedürfnisbefriedigung, die sich anscheinend "spontan" und "naturwüchsig" dabei herstellt, drückt nur aus, was sie am nötigsten haben. Wer säuft und Beat hört, zeigt damit auch, daß er im Moment nicht mehr kann. Diesem eine Rangordnung der Bedürfnisse entgegenzusetzen, die man als Sozialpädagoge für richtig hält, kann nicht gelingen. Dennoch ist der Sozialpädagoge gegenüber den Jugendlichen die Autorität, die begründet Alternativen darstellen muß, wenn er mehr als bloßer Aufpasser sein will. In dem Kompromiß, den die Jugendlichen zu machen gezwungen sind, steckt ein Stück Ohnmachtserfahrung gegenüber den verdinglichten Verhältnissen. Diese Ohnmachtserfahrung aufzugreifen, und zwar derart, daß überhaupt wieder andere Erfahrungen gemacht werden können, ist der Zweck des Ansetzens an den "Bedürfnissen".

Ein solcher Ansatz ist politisch, sofern er die gesellschaftlichen

Verhältnisse ausgehend von der eigenen Situation der Jugendlichen als veränderbar erfahrbar macht. Er ist zugleich therapeutisch, wenn es gelingt, die Resignation, die aus der Erfahrung der eigenen Aktivität als sinnlos resultiert, zu bekämpfen. Er ist pädagogisch, sofern er Bewußtsein herstellt über die Verhältnisse, in denen die Bedürfnisse der Individuen ihnen selbst unklar sind.
Diese 3 Momente, von denen keins als vorrangig oder nachrangig angesehen werden kann, sind nur analytisch, nicht aber in der praktischen Arbeit voneinander zu trennen.

7. Thesen zu einer bedürfnisorientierten Arbeit im Jugendfreizeitheim

Das Freizeitverhalten der Jugendlichen ist hauptsächlich durch ihre Arbeits-, bzw. Schulsituation bestimmt. Lohnarbeit und Lernarbeit wirken sich ähnlich aus, so daß wir davon ausgehen können, daß die Freizeit für alle Jugendlichen die gleiche Hauptfunktion erfüllt, nämlich die der Regeneration der Arbeitskraft. In Jugendfreizeitheimen treffen wir daher hauptsächlich auf folgende Aktivitäten:

- zum einen Entspannen, Musik hören, mit Freunden zusammensein, gammeln, abschalten.
- zum anderen Tätigkeiten, die an den in der Arbeits- bzw. Schulsituation erworbenen Fähigkeiten anknüpfen: Körperliche und technische Fähigkeiten drücken sich z.B. bei Arbeiterjugendlichen aus in Tanz, Moped-Basteln usw., bei Schülern im Diskutieren, Literaturgruppen usw.

Dabei überwiegt allerdings der "Gammelbereich". Bürgerliche Pädagogen stehen oft verständnislos der Tatsache gegenüber, daß Menschen, die z.B. auf technischem Gebiet qualifiziert, sogar Spezialisten sind, nur über sehr verkümmerte Fähigkeiten verfügen, aktiv Freizeitinteressen zu entwickeln. Das ist allerdings nicht erstaunlich, da bei der derzeitigen Entwicklung der Produktion nur diejenigen Fähigkeiten entwickelt werden, die für den Produktionsprozeß relevant sind. Die übrigen Fähigkeiten, wie etwa Genußfähigkeit, verkümmern in der Scheinbefriedigung durch die Konsumindustrie.

Die genannten Freizeitpädagogen, Kulturkritiker und auch linke Pädagogen ziehen sich aus der Arbeit im Freizeitheim oft zurück mit der Begründung, in der Freizeit wollten die Leute halt nur ausspannen (gelegentlich geben sie sogar zu: zu Recht), dort könne man nicht qualitativ etwas verändern, deshalb könne man nur dort ansetzen, wo dieses Verhalten entsteht, nämlich im Produktionsbereich: eine geläufige Argumentationsweise in der Auseinandersetzung um antikapitalistische Jugendarbeit.
Das bedeutet jedoch eine kurzsichtige und schematische Ausgrenzung von Bedürfnissen, die sich in der Freizeit äußern und bietet den Genossen, die in Freizeitheimen arbeiten, keine Perspektive.
Dagegen wäre folgender Ansatz produktiv zu machen:
"In der Geschichte der Arbeiterbewegung traten immer wieder Ansprüche der Arbeiter gegenüber der Öffentlichkeit auf, die von den Organisationen der Arbeiterklasse nur unbefriedigend beantwortet wurden. Von diesen Bedürfnissen kann man sagen, daß sie entweder im Sinne einer proletarischen Öffentlichkeit sich entfalten, oder aber sie werden - ... - zu einem Instrument der Unterdrückung der Arbeiter." (Negt/Kluge, Proletarische Öffentlichkeit, Ffm.)

Das heißt: Bezeichnen wir doch das Konsumverhalten und die unverbindlichen Kommunikationsformen nicht mehr nur als unpolitisch, vorpolitisch, als Fluchttendenzen - deuten wir dieses Verhalten doch mal von seinem unbewußten Anspruch, von seinem emanzipatorischen Potential her: Als Bedürfnis nach sinnlich faßbarer Solidarität, *"in dem sich der im Produktionsprozeß erreichte Stand von Vergesellschaftung, Kooperation, gegenseitigem Schutz ausdrückt."* (Negt/Kluge)
Wie stark dieses Bedürfnis besonders bei Jugendlichen ist, sieht man auch daran, daß selbst nüchtern, langweilig, unerotisch wirkende Jugendfreizeitheime als Angebot (und sei es nur als Aufenthaltsraum) wahrgenommen werden ,um irgendwie aus den elterlichen vier Wänden herauszukommen.

Dieses Bedürfnis nach physischer, direkter Kommunikation ist nicht an sich emanzipatorisch, es kann sich auch reaktionär auswirken; es sind nicht wenige Arbeiter in der SA mitmarschiert - es sind deklassierte Arbeiterjugendliche, die sich in Rockergruppen organisieren. Bedürfnisse bleiben eben nicht auf der Straße liegen (Negt), sie werden von links aufgegriffen oder von rechts. Aus diesen Überlegungen müßten sich Konsequenzen für die offene Arbeit in Freizeitheimen ergeben, die nicht die Entspannungs- und Kommunikationsbedürfnisse der Jugendlichen abwerten, die diese nicht nur (notgedrungen) akzeptieren, sondern die sich an ihnen so orientieren, daß diese Bedürfnisse in emanzipatorischer Absicht organisiert werden, d.h. den scheinbar ziellosen Aktivitäten eine Richtung gegeben wird.

Marx hat einmal bemerkt, daß man von der sinnlichen Erfahrung nie wisse "wohin" und "woher" (MEW 2, S. 23). Das macht es so schwierig, die Bedingungen anzugeben, unter denen sich Erfahrungen bzw. Bedürfnisse "organisieren" lassen, noch schwieriger zu sagen, wohin sich die organisierten Erfahrungen und Bedürfnisse entwickeln werden. Die Menge von Konstruktionen und Spekulationen in diesem Punkt sind nur Hinweise auf diese Schwierigkeit, nicht schon Lösungen. Falsch werden sie dort, wo sie sich selbst als Lösungen verstehen. Das zeigt sich z.B. an der Stelle, wo die Autoren von E + K die Tatsache, daß Jugendliche in der Auseinandersetzung um die Selbstverwaltung bestimmte Erfahrungen machen und Bedürfnisse befriedigen konnten, zum Ausgangspunkt einer Klassenkampfperspektive erklären.

Wenn Jugendliche durch so etwas wie Selbstverwaltung nur um weniges freier werden, ist das eine wichtige Veränderung für sie. (Vgl. E + K 10/11-73) Daß aber *"das Bedürfnis nach einer unkontrollierten und selbstbestimmten Freizeit sich weiterentwickelte zu dem Bedürfnis, den Kampf auf andere Lebensbereiche auszudehnen"* (E + K 10/11-73, S. 23). ist in der Einfachheit falsch. Welchen anderen Lebensbereich gibt es denn außer der "Freizeit"? Wenn man den Arbeitsbereich meint, hätte man das sagen können. Nur sind dort die Zwänge härter, die Auseinandersetzungen um eine Veränderung am Arbeitsplatz erfordern andere Mittel als in der Freizeit, andere Organisationsformen etc.. Damit nicht genug, es wird auch noch der Kampf, bzw. dessen Ausdehnung zum "Bedürfnis" erklärt. Das ist nicht nur eine unzulässige Naturalisierung des Kampfes, sondern Unsinn. Daß schließlich die in der Freizeit entwickelten Autonomiebestrebungen in dem *"Bedürfnis, den Klassenkampf (!) überall zu führen"* (E + K 10/11, S. 26) kumulieren sollen, ist eine Redensart, die wohl eher den Wunsch der

Autoren als die Realität der Jugendlichen ausdrückt. Kampf, zumal "Klassenkampf" ist eine äußere Notwendigkeit, der man sich stellt, weil man dazu gezwungen ist, nicht weil er zum Bedürfnis würde. Er setzt auch, wie Seve bemerkt, Toleranz gegenüber Nichtbefriedigung voraus. *(Vgl. L. Sêve, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Ffm. 73, S. 324).* Diese wiederum bedarf der Kompensation.

Es wäre der Rede wert, zu überlegen, welche Bedingungen dazu notwendig sind. Ein lockerer Zusammenhang im Freizeitheim genügt dazu nicht. Die in E + K geschilderten Akteure einer Hausbesetzung lassen keine Anhaltspunkte der bei Seve als Bedingungen des "Kampfbedürfnisses" geforderten Leistungen erkennen. Gerade ihre Intoleranz gegenüber Nichtbefriedigung, das nicht mehr Aushalten des Bestehenden scheint sie zu verbinden, hat sie eine Gemeinschaft der Desintegrierten bilden lassen. Ihr primäres Ziel scheint zu sein, erstmal nach dem Lustprinzip zu leben oder, wie sie es ausdrücken, "aus diesem Haus die Scheiß-Arbeit und das Profit-System herauszuhalten." *(E + K Nr. 10/11, S. 17).* Es ist legitim, daß diese Jugendlichen erst mal nachholen wollen, woran sie zu kurz gekommen sind. Nichts spricht auch in dem eigenen Bericht der Jugendlichen dafür, daß es nach dem 1. Schritt zur Realisierung des Programms "Nieder mit der Arbeit - her mit dem Reichtum" *(E + K, Nr. 10/11, S. 17)*, der Hausbesetzung, einen 2. Schritt geben wird. Die Radikalität der Parole verdeckt nur mühsam die Enttäuschung, die ansonsten aus dem Bericht spricht. Daß ein "Bedürfnis,den Klassenkampf überall zu führen"jenen Jugendlichen unterstellt wird, ist bloße Phrase. Ebenso wie die Parole, daß "das,was man braucht, man sich nehmen muß und daß dies möglich ist" *(E + K, Nr. 10/11, S. 40)*, mit der die Autoren jene Jugendlichen belehren, die sich ein Jugendhaus vom "Staatsapparat" haben schenken lassen, statt dafür zu kämpfen, und die eben jenes nicht gelernt hätten. Solche Belehrung ermutigt nicht, sondern macht mißtrauisch, weil sie ebenso arrogant wie unwahr ist.

Da die Arbeit der Lohnabhängigen Arbeit für andere ist, die sich ihre Ergebnisse aneignen, sind sie, wie Marx sagt, in der Arbeit außer sich und nur außerhalb der Arbeit bei sich. Ihre Bedürfnisse richten sich auf ein befriedigendes Zusammenleben im Freizeitbereich, auf Erkenntnis ihrer sozialen Umwelt, besonders aber auf ihre Alltagsprobleme im weitesten Sinne: Familie, Berufsausbildung/ Beruf/Betrieb, Schule, Sexualität, Freizeit, Meinungsbildung ebenso wie Probleme des Verhaltens in konkreten Lebenssituationen, *"sei es nun, ob man in die Kirche geht oder was man anziehen soll oder wie man sich in einem betrieblichen Konflikt verhalten, ob man in die Gewerkschaft eintreten oder den Kriegsdienst verweigern soll"*

Die Möglichkeit zur genaueren Bestimmung ihrer Bedürfnisse durch die Jugendlichen selbst setzte voraus, daß sie bereits gelernt hätten, die eigenen Interessen und die Möglichkeiten ihrer Realisierung zu erkennen. *"Gerade das ist ihnen jedoch durch die bundesrepublikanischen Erziehungseinrichtungen weitgehend erschwert worden". (Damm)* Das äußert sich in den bereits beschriebenen Verhaltensweisen, aber auch - ein Hauptproblem der Arbeit im Jugendfreizeitbereich - im Fluchtverhalten mit Hilfe von Alkohol, Drogen u.ä.

Hier liegt die Aufgabe einer "problemformulierenden Bildungsarbeit" (dieser Ausdruck stammt von dem brasilianischen revolutionären Erwachsenenbildner Paulo Freire). Die Aktivitäten lassen auf die genannten Bedürfnisse schließen, diesen Bedürfnissen wiederum liegen bestimmte Situationen zugrunde: z.B. die Situation der Ausbeutung, der Fremdbestimmung, der enttäuschten Hoffnungen, der Isoliertheit; Situationen, die sich als Probleme stellen, die in den Freizeitheimen spezifisch untersucht werden müssen (z.B. das Problem türkischer Jugendlicher, ohne Hauptschulabschluß zu sein, oder das Problem, Arbeitermädchen zu sein). Diese Situationen als Problem zu formulieren, das heißt nicht, den Wünschen, Sehnsüchten, Hoffnungen, ihren reduzierten Befriedigungsformen intellektuell kritisch zu begegnen, sondern es müssen angemessenere Befriedigungsformen oder -richtungen gefunden werden.

Die Möglichkeit hierzu ergibt sich daraus, daß in den Freizeitaktivitäten immer ein "Überschuß" enthalten ist: Sie sind stets mehr, als sie zu sein scheinen und beinhalten den Anspruch nach wirklicher Befriedigung. Die subjektiv in Aktivitäten geäußerten Bedürfnisse sind in diesem Sinne nur die Spitze eines Eisbergs, nur die Aktivitäten, die gesellschaftlich zugelassen sind (wozu auch die ungelenkten Aggressionen, die scheinbar sinnlosen Zerstörungen gehören).
Wird aber die Dimension der bisher unerprobten Möglichkeit eröffnet, so können sich die Aktivitäten ganz anders entfalten: *"Alle anderen Bedürfnisse, Bedürfnisse nach erweiterter Reproduktion, Bedürfnisse danach, zu lernen, zu lieben, zu leben, werden ständig abgedrängt und deshalb auch nicht spontan formuliert. Man unterhält sich normalerweise über Freundinnen, Motorräder, Fußball oder ähnliches. Aber wir wissen, daß Arbeiterjugendliche sehr plastisch über ihre ungelösten Probleme und unterdrückten Bedürfnisse reden, wenn ihnen das persönlich oder politisch lohnend erscheint" (Medienzentrum Kreuzberg).* Das heißt, daß realisierbare Verhaltensalternativen gezeigt und erprobt werden müssen.

Bedürfnisse sind letztlich nicht isoliert zu organisieren. Darauf weist der Zusammenhang von kommunikativen und Problemlösungsbedürfnissen hin: mehr oder weniger bewußt ist den Individuen die Reduziertheit verschiedener Bedürfnisformen gegenwärtig und hoffen sie auf Befriedigung nicht nur in vereinzelten, sondern in allen Lebensbereichen. *"So würde ich unterstellen, daß sich das Orientierungsbedürfnis eines jungen Gewerkschafters, das er an eine Gewerkschaftsgruppe heranträgt, nicht nur auf Fragen des Verhaltens im Betrieb, sondern ebenso auf das in der Familie, gegenüber dem Freund bzw. der Freundin usw. bezieht" (Damm*
Hierin liegt die Problematik der bedürfnisorientierten Arbeit in Jugendfreizeitheimen: Die dort geäußerten Bedürfnisse z.B. nach Problemlösung zielen über den Freizeitbereich hinaus und sind letztlich nicht in ihm zu befriedigen. Das gilt z.B. für das oft an ein Jugendfreizeitheim herangetragene Bedürfnis, dort zu übernachten oder zu wohnen, worüber in vielen Berichten geschrieben wird. Aus dieser Tatsache können Enttäuschungen resultieren, die Resignation oder aggressives Verhalten der Jugendlichen fördern. An diesen Punkten muß die Zusammenarbeit mit Gruppen und Institutionen über den Bereich des einzelnen Freizeitheimes hinaus angestrebt werden: mit Gewerkschaften, Schulen, Jugendgruppen, Bürgerinitiativen usw.

Möglichkeiten liegen auch in der Erweiterung der Freizeitheim-Arbeit zur Stadtteilarbeit (s. Artikel der Autorengruppe Bremen im Info Sozialarbeit Nr. 9). Ansätze gibt es ferner mit den Methoden der Projekt- und der medienpädagogischen Arbeit. - Am ehesten lassen sich noch Bedürfnisse nach Erholung und Entspannung sowie nach sozialer Anerkennung und nach Orientierung im Jugenfreizeitheim verwirklichen. Andererseits liegt aber die Chance der bedürfnisorientierten Arbeit darin, daß über die Art der Bewußtwerdung der eigentlichen Bedürfnisse und deren Reduzierung unter den gegenwärtigen Bedingungen weitere gesellschaftliche Zusammenhänge und eigene Interessen erkannt und Konsequenzen gezogen werden können.

8. Zusammenfassung

Als ein allgemeines Ergebnis unserer Diskussion anhand des vorliegenden Artikels ist festzuhalten, daß die Möglichkeiten politischer Arbeit im Jugendfreizeitbereich während der letzten Jahre falsch eingeschätzt worden sind.
Dies mag z.T. auch daran liegen, daß man sich die selbstorganisierenden Wohnkollektive, wie etwa das Rauch-Haus, als Modelle fortschrittlicher Praxis in Jugendfreizeiteinrichtungen vorgestellt hat. Hinzu kommt, daß der Wunsch nach politisch legitimierter Praxis - und das heißt gleichzeitig nach kurzfristig zu realisierenden und vorweisbaren Erfolgen - zu einer Vernachlässigung bzw. Unterschätzung der zähen täglichen Kleinarbeit geführt hat, welche die Bildung politischen Bewußtseins erfordert. (Dies Letzte gilt vorwiegend für die im "Prisma" im Rahmen ihres Projektstudiums zeitweise beschäftigten PH-Studenten).

Die falsche Bestimmung der politischen Arbeit im Jugendfreizeitheim liegt unserer Meinung nach darin, daß man meinte, Lernprozesse, die dort eingeleitet worden sind, müßten sich auch unmittelbar im Freizeitheim selbst auswirken, d.h. sich in auf das Freizeitheim bezogenen Aktivitäten und Aktionen, etwa der Erkämpfung der Selbstverwaltung, äußern. Wir meinen dagegen, daß in der Bildung politischen Bewußtseins der begrenzte Bereich des Jugendfreizeitheims nur einen möglicherweise geringen Anteil haben kann und daß die dort vermittelten Anregungen und Bewußtseinsprozesse in ganz anderen Lebensbereichen wirksam werden müssen und nicht im Freizeitheim selbst. Nichts wäre verkehrter,als die Aktivitäten der Jugendlichen im Freizeitheim zum Selbstzweck zu machen. Sie können ihre Probleme nicht <u>im</u> Freizeitheim lösen, sondern nur, wenn sie sich davon emanzipieren, d.h. sich kollektive und solidarische Lebenszusammenhänge schaffen, sei's in Wohngemeinschaften oder politischen Organisationen. Die Arbeit von Sozialarbeitern im Jugendfreizeitheim kann dazu Anstöße und Unterstützung geben, die - wenn überhaupt - sich erst langfristig und unüberprüfbar auswirken. Es steht in Frage, ob die Möglichkeiten zu einer solchen Arbeit wirklich ausgeschöpft worden sind oder ob nicht vielmehr ein kurzsichtiges Verständnis von politischer Arbeit blind gemacht hat für den oben genannten Zusammenhang und politische Arbeit reduziert wurde auf die unmittelbare Aktivität im und um das Freizeitheim.

★

Herbert Swoboda:

SOZIALARBEIT UND JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Nach der Drogenwelle sieht sich die Sozialarbeit einem neuen Problem gegenüber, an das sich ältere Sozialarbeiter noch gut erinnern können: dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit. Aufs engste verknüpft mit der allgemeinen Arbeitslosigkeit stellte die Arbeitslosigkeit Jugendlicher bereits in der Weimarer Republik - besonders in der Zeit von 1929 bis 1933 und in der BRD von 1945 bis 1954 - nicht nur die Sozialarbeiter in Jugendpflege und Jugendfürsorge vor eine Reihe schwieriger Aufgaben, sondern prägte auch das Bewußtsein der Betroffenen nachhaltig.

Es gibt wohl keine Arbeiterfamilie in der BRD, in der keine bitteren Erfahrungen aus diesen Zeiten zu berichten wären. Damit wird u.a. auch deutlich, daß Arbeitslosigkeit kein "Betriebsunfall" konjunktureller Art ist, sondern eine dem kapitalistischen Wirtschaftssystem notwendig innewohnende Erscheinung.

Ein bestimmter Prozentsatz von Arbeitslosen gehört nach Marx zum Wesensmerkmal des Kapitalismus: als industrielle Reservearmee. "Sie bilden eine industrielle Reservearmee, welche während schlechter oder mittelmäßiger Geschäftszeiten unter dem Wert ihrer Arbeit bezahlt und unregelmäßig beschäftigt wird oder der öffentlichen Armenpflege anheimfällt, die aber der Kapitalistenklasse zu Zeiten besonders lebhaften Geschäfts unentbehrlich ist, wie dies in England handgreiflich vorliegt, die aber unter allen Umständen dazu dient, die Widerstandskraft der regelmäßig beschäftigten Arbeiter zu brechen und ihre Löhne niedrig zu halten." *("Die Kategorie 'Deklassierung' bezeichnet den Versuch, die im Kapitalismus notwendig produzierte besondere Verelendung bestimmter Teile des Proletariats sowohl in ihrem prozesualen Ablauf als auch in ihrem Ergebnis begrifflich zu fassen (quasi als Kurzformel).")*

Bei allen Maßnahmen der Sozialarbeit muß daher klar sein: das Problem der Jugendarbeitslosigkeit kann grundsätzlich nur durch die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems gelöst werden.

<u>Keine dauerhaften Lösungen</u>

Auch die historischen Beispiele zeigen keine dauerhafte Lösung der Arbeitslosigkeit. Während das Hitlerregime die überzähligen Arbeitskräfte und weit mehr im Krieg verheizte (3 Millionen Männer in den besten Arbeitsjahren), hatte die BRD das "Glück", durch die verheerenden Lücken an qualifizierten Arbeitskräften mittelfristig, d.h. bis 1965/66, sowie durch den notwendigen Wiederaufbau und Kapitalspritzen aus den USA fast alle Arbeitswilligen - auch das Heer der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen - in der konjunkturell geprägten Wirtschaft unterzubringen.

Sie konnte es sich sogar "leisten", qualifizierte Kräfte aus der DDR abzuwerben und später Millionen unqualifizierter Arbeitsimmigranten aus den Randzonen Südeuropas ins Land zu holen.
Der letzte Ausweg für viele jugendliche Arbeitslose, in die Fremdenlegion zu gehen, wurde schließlich mit dem Aufbau der Bundeswehr unnötig. Heute bindet die Bundeswehr gut eine halbe Million jugendliche Arbeitslose.

Aufgrund dieser günstigen Umstände gelang es in der BRD jahrelang, die Jugendarbeitslosigkeit gering zu halten bzw. durch zeitliche Verzögerung zu verbergen. Um so krasser tritt sie jetzt ins Bewußtsein, wo eine Reihe von Entwicklungen so zusammenfallen, daß sie sich in ihrer Wirkung überlagern und enorm verstärken:

- Einführung neuer Technologien und damit Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen,
- Kapitalkonzentration und damit Pleitegehen vieler ausbildungsintensiver Klein- und Mittelbetriebe,
- Tiefstand des schleichenden Abbaus der Lehrstellenangebote, geburtenstarke Jahrgänge,
- personelle Absättigung von Bundeswehr, Polizei, Bundesgrenzschutz, Stagnieren der Berufsbildungsreform,
- Numerus clausus an den Hochschulen, und im Gegensatz zu früher (oder zu den USA): kein menschenver-
- schleißender Krieg, keine Enttrümmerung und akuter Wiederaufbau,
- Auflösung der Fremdenlegion.

Zur Debatte steht - wie z.B. in Irland seit Jahrhunderten und nach 1945 auch in Deutschland - die Auswanderung. Hierfür wirbt bereits Südafrika.

Selbst der Direktor der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, muß zugeben, daß man sich darauf einzurichten hat, mit einer gewissen Prozentzahl an Arbeitslosen zu leben. Keine rosige Zukunft also für Jugendliche, die bisher ohne Arbeits- und Lehrstelle sind, kaum Hoffnung für die geburtenstarken Jahrgänge, die im Sommer die Schulen verlassen werden. In dieser Situation wird den Sozialarbeitern die Aufgabe zugewiesen, die Jugendlichen "ausbildungswillig" zu halten, von der Straße zu holen, sie sinnvoll zu beschäftigen, kurz: bei guter Laune zu halten. Zu verhindern sei ferner das Abgleiten in die Kriminalität sowie das Zweifeln an der Funktionsfähigkeit dieses Wirtschaftssystems und dieses Staates - gemessen an den vitalen Interessen der jugendlichen Arbeitslosen.

Da nicht allein die Abwesenheit von Arbeit Probleme aufwirft, sondern eine Reihe weiterer Deklassierungserscheinungen *("Das Arbeitslager sollte nicht Selbstzweck, sondern Keimzelle sein; eine Schulungsstufe des Zusammenlebens, von der aus weitere Schritte zu einer genossenschaftlichen Überwindung der als strukturell erkannten Krise unternommen werden sollten. Das Arbeitslager war also nur der Anfang einer wahren inneren Kolonisation, die zu einer Intensivierung des Lebens, vor allem auf dem Lande führen sollte. Hier spielte der Gedanke der Siedlung naturgemäß die größte Rolle." (Raupach, Soziale Selbsthilfe freier Jugendgruppen, S. 93 in: Jahrbuch der Jugendarbeit, München 1949))* hinzutreten, ist die Zielgruppe der Sozialarbeit sehr differenziert und entsprechend unterschiedlich sind die Maßnahmen, die historisch getroffen wurden. Zur blanken Arbeitslosigkeit kommen hinzu Alkoholismus, Vagabundieren (auf Trebe gehen), Schwarzhandel, Einbrüche, Diebstähle, Dealen, Prostitution, gesteigerte Aggressivität oder Apathie.

Wie man in der Weimarer Republik der Jugendarbeitslosigkeit begegnete

In der Zeit von 1929 bis 1933 und später spielten die Arbeitsdienste und für Jugendliche die "Arbeitsdienstlager" eine große Rolle. Dabei wurde auf Selbsthilfeaktionen zurückgegriffen, wie sie z.B. die deutsche Jugendbewegung in der Weimarer Zeit in den Arbeitslagern für Arbeiter, Bauern und Studenten, in den Wohnheimen für Studenten und Werktätige und in der landwirtschaftlichen Genossenschaftssiedlung als neue Lebensformen der deutschen Jugend entwickelt hatte.
("Arbeitsmarktprobleme Jugendlicher", Arbeitspapier der BAA vom 29.1.1975, S. 32)

Am 3.3.1933 wurde zusätzlich die "Landhilfe" für jugendliche Arbeitslose eingerichtet, am 26.6.1935 ein "Reichsarbeitsdienstgesetz" erlassen. Hinzu kamen noch - speziell für Mädchen - das "hauswirtschaftliche Jahr" und das "Landjahr". Der Arbeitsdienst diente der Durchführung von Arbeiten, die der Wirtschaft wenig Profit brachten und die nun unter Umgehung tariflicher Vereinbarungen verrichtet wurden. Die geleisteten Arbeiten dienten zunehmend Kriegsvorbereitungen, etwa dem Bau von Befestigungsanlagen.

Nach dem Krieg waren die Arbeitsdienste verpönt, und man griff auf eine Reihe anderer Maßnahmen zurück, wie z.B.

- Jugendwohnheime für Lehrlinge und Jungarbeiter
- Vollberufsschulklassen für erwerbslose Jugendliche (eine Berliner Maßnahme von 1949, die durch Gesetz als Schulpflicht galt)
- Grundlehrgänge
- Jugendnoteinsatz
- Notstandarbeiten (z.B. Enttrümmerungen)

Bereits in der Weimarer Republik hatte man den arbeitslosen Jugendlichen eingeredet, daß der Arbeitsdienst zur Beseitigung ihrer Arbeitslosigkeit beitrage und ihre Lage verbessere. Im Gegenteil ging es aber um den Abbau der von der Arbeiterbewegung erkämpften tariflichen Vereinbarungen. Auch in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg ist bei allen Maßnahmen entscheidend, daß kein Arbeits- oder Dienstverhältnis im Sinne sozial- oder arbeitsrechtlicher Vorschriften zustandekommt, also auch keine Vertretung von Arbeitnehmerinteressen garantiert ist. Entscheidend ist ferner für die Mehrzahl der Maßnahmen, daß sie nicht auf die Lehrzeit angerechnet werden.

Beide Kriterien treffen im wesentlichen auch heute für die vorgeschlagenen und teilweise in Angriff genommenen Maßnahmen zu, wie etwa:

- Berufsschulgrundjahr
- Lehrgänge für berufs- und arbeitsunreife Jugendliche

MATERIALIEN ZUR JUGENDARBEITSLOSIGKEIT ★

1.) ARBEITSLOS - Analysen und Berichte zur Jugendarbeitslosigkeit Erziehung & Klassenkampf Nr. 2o/21, Verlag Roter Stern,Frankfurt

2.) JUGENDARBEITSLOSIGKEIT - Fakten - Analysen - Argumente Hessischer Jugendring, 62 Wiesbaden, Albrechtstr. 15

3.) WIE SAG ICH's DEM KOLLEGEN? - Allgemeinverständliche Erklärungen zum Thema Arbeitslosigkeit und zum Schluß "RATIONALISIERUNG BEI DER MEHRWERT-ZENTRALE(ein Rollenspiel): erarbeitet im Jugendzentrum Hamburg- Hamm; 35 S., DM 3,-- gegen Voreinsendung von Briefmarken/Scheck an: Dieter Lucke,Grevestr.17, 2 Hamburg 76, Telefon o4o/229 o8 23

4.) DIA-TON-SCHAU: "Vielleicht kommt 'ne Arbeitsstelle an mir rangeflogen! " – Berichte arbeitsloser Jugendlicher über ihre Lage; Kontakt: Medienzentrum 1 Berlin 41, Wielandstr. 42 a

- Nachholen des Hauptschulabschlusses (VHS)
- Sprachkurse für junge Ausländer.

Auch sie bieten keine Garantie für einen Arbeitsplatz.

Sozialarbeiter sind weder für die Jugendarbeitslosigkeit verantwortlich, noch können sie sie beseitigen. Sie sollten aber die ihnen zugewiesene Funktion, die Jugendlichen bei guter Laune zu halten, nicht durch Verbreitung von Illusionen erfüllen. Es gilt vielmehr, den Jugendlichen die Augen zu öffnen, mit ihnen die wahren Hintergründe der Arbeitslosigkeit zu erarbeiten *(siehe dazu die Tonbildschau "Berufliche Bildung und Arbeitslosigkeit" auszuleihen beim BDP/BDJ, 6 Frankfurt/M. 90, Hamburger Allee 49)* materiell für sie herauszuschlagen, was möglich ist, und den Deklassierungsprozeß aufzuhalten, indem sie die Jugendlichen an die organisierte Arbeiterbewegung heranführen.
Der Realisierung dieser mit Sicherheit richtigen Forderung stehen allerdings massive Hindernisse entgegen. Auf der subjektiven Seite gibt es psychische Mechanismen, die einerseits als Neid, andrerseits als Überheblichkeit bezeichnet werden können. Es gibt immer noch einige, denen es noch dreckiger geht, so daß man sich von diesen abheben kann. So wird das lädierte Selbstbewußtsein auf Kosten anderer aufgebessert.
Dadurch wird nicht nur einer auch von der herrschenden Ideologie betriebenen Spaltung der Arbeiterjugend in "Tüchtige" und "Versager", Normale und Randständige Vorschub geleistet, sondern auch innerhalb der deklassiert werdenden Teile zusätzlich Hierarchien geschaffen, die einer Solidarisierung entgegenwirken.
Tatsächlich ist aber die Arbeiterjugend insgesamt von Dequalifizierung und Deklassierung bedroht und eine Aussonderung deklassiert werdender Teile - die teilweise auch von Sozialarbeitern vorgenommen wird - bedeutet Spaltung.
Im Bereich der Interessenvertretung nimmt die Gewerkschaft diese Funktion bisher wahr: Arbeitslose Schulabgänger haben keine Möglichkeit, sich in der Gewerkschaft zu organisieren.

In den folgenden Praxisberichten werden einige Probleme einer Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen in den Institutionen der Sozialarbeit aufgezeigt.

Gerd Rieger:

ARBEITSLOSE JUGENDLICHE IM JUGENDZENTRUM

Die Euphorie und Überschätzung der politischen Möglichkeiten von selbstverwalteten Jugendzentren ist in Mettmann vorbei. *(Zur Entwicklungsgeschichte des JZ Mettmann, vergl. Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 9, S. 7-20; zur Zielgruppenarbeit mit Arbeitermädchen: Almut Jödicke, Arbeitermädchen im Jugendzentrum, Offenbach 1975).*
Die bisherigen Träger der Initiative, vor allem Gymnasiasten, anpolitisierte Lehrlinge und Studenten, haben sich aus der Jugendzentrumsbewegung zurückgezogen, als sie erkannten, daß ihre abstrakten Vorstellungen einer weiterreichenden Perspektive im erkämpften Haus sich nicht ad hoc verwirklichen ließen. Sie sind aus der Kleinstadt in Universitätsstädte gezogen, arbeiten heute in anderen politischen Zusammenhängen, kurz: sie kommen nur sehr selten in das Jugendzentrum.

Das Jugendzentrum wurde durch Schlägereien und Zerstörungen immer ungemütlicher. Der Mangel an finanziellen Mitteln verhindert ein qualitativ gutes Freizeitangebot, das den Interessen der Besucher und Organisatoren entspricht. Nur noch wenige Jugendliche kommen regelmäßig in das Jugendzentrum, meist arbeitslose Jugendliche und Ausländer.

Die Stadtverwaltung reagiert unter dem Druck der allgemeinen Finanzmisere mit zunehmender Repression auf die Praxisbereiche der Sozialarbeiter: Streichung der Mittel, Beendigung der Förderung der "Selbstverwaltung", keine zusätzlichen Planstellen, Einfrieren der bereits offenen Stellen, Dienstanweisungen. Den Sozialarbeitern wird die letzte Illusion genommen, Reformmodelle der Sozialarbeit zu verwirklichen und auszubauen. Die Verwaltung, die sich vor 2 Jahren entschlossen hat, ihre Fortschrittlichkeit durch den Bau des teuren Jugendzentrums und die Anerkennung der Selbstverwaltung zu beweisen, bemüht sich auf ihre Weise, das Gebäude vor Besucherschwund und Zerstörung zu retten. Sie schlägt vor, Ausweise an Jugendliche auszustellen, die farblich gekennzeichnet für verschiedene Altersgruppen ausgegeben werden sollen. Die Ausweise sollen eine bessere Kontrolle der Besucher gewährleisten, die Durchsetzung von Hausverboten erleichtern und die Registrierung arbeitsloser Jugendlicher und anderer Gruppen ermöglichen.

Wir Sozialarbeiter reagieren hilflos und defensiv auf den Besucherschwund, die vermehrten Zerstörungen und Schlägereien und auf die verstärkte Kontrolle und Angriffe der Stadtverwaltung auf unsere Praxis. Sie war bisher stark auf die Aktivisten der Jugendzentrums-Bewegung und deren Forderungen ausgerichtet. Die Forderungen und das Verhalten der Gymnasiasten bedeuteten für uns den Ausdruck der "objektiven Bedürfnisse" der Jugend. Wir fanden in dem Selbstverwal-

tungsmodell und dem Versuch seiner Umsetzung im Jugendzentrum politische Legitimation und Selbstbestätigung. Dies haben wir heute in Frage gestellt und bemühen uns, mit verschiedenen Zielgruppen ein neues Konzept zu erproben.

Das Jugendzentrum ist für die arbeitslosen Jugendlichen eine Art Asyl. Hier kann man sich ohne Konsumzwang aufhalten und trifft eventuell Freunde. Hier sind die Repressionen der Umwelt (Eltern, Verwandte, Nachbarn und Polizei) nicht so stark. Die oft zu engen Wohnungen, besonders bei den Ausländern, zwingen die Jugendlichen in das Jugendzentrum. Andere Möglichkeiten gibt es in Mettmann kaum. Einige Jugendliche schlafen bis mittags, andere werden schon früh auf die Straße gesetzt, weil in der Wohnung kein Platz für Faulenzer sei. Man trifft sich dann am Jubiläumsplatz, bei Tschibo, oder auf Spielplätzen bei Lambrusko oder Bier und wartet auf die Öffnung des Jugendzentrums.

Die Langeweile beherrscht das Leben stärker denn je. Sie tötet jeden Antrieb, aus der Lethargie auszubrechen. So baut der eine geduldig wochenlang an seinem Modellflugzeug, ein anderer läßt sich keine Sesamstraße im Fernsehen entgehen, ein dritter füllt sich die Zeit durch einen Karatekursus. Was soll man sonst auch machen? Irgendwann nach langem Hin und Her, der Lauferei von Amt zu Amt, von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle, wird einem alles egal. Man beginnt, sich mit seinem Schicksal abzufinden, sich als faul und minderwertig zu erfahren. Die Reaktionen der Umwelt bestätigen das täglich. Die Identifikation mit seiner Lage nimmt die letzte Möglichkeit, sich im gesellschaftlichen Zusammenhang wiederzufinden. Die ohnehin nicht sehr stabile Identität vieler Jugendlicher bricht total zusammen.

Der Haß auf die Urheber der Misere richtet sich gegen die eigenen Kumpels, im Jugendzentrum besonders gegen die Ausländer, die einen großen Teil der Schuld für die Misere tragen sollen. Die Tendenzen zur Individualisierung und dem Kampf aller gegen alle zerstört jeden Ansatz von Solidarität. Einen Job zu bekommen heißt in diesem Kontext, nur "Glück" zu haben. Arbeitslos sein heißt: kein Geld und viel Zeit, in der man "Scheiße bauen" kann.

Bei Mädchen macht sich die Arbeitslosigkeit nicht so direkt bemerkbar. Sie werden voll in den elterlichen Haushalt mit eingeplant und lernen kochen und putzen. Nur wenige haben sich beim Arbeitsamt gemeldet, weil sie wissen, daß ihre Chancen gering sind, eine Lehrstelle oder Arbeitsplatz zu finden. Im Jugendzentrum sitzen die Mädchen oft stundenlang fast regungslos auf den Bänken in der Disko und warten auf den Jungen, der sie zum Tanzen auffordert. Wenn keiner kommt, tanzen sie ab und zu mit ihrer Freundin. Im Vergleich zu früher sind die Mädchen unauffälliger und beteiligen sich nicht am Geschehen und den Aktivitäten im Jugendzentrum. *(Vgl. Almut Jödicke: Arbeitermädchen im Jugendzentrum, Offenbach 1975)*

Die Hilflosigkeit der Sozialarbeiter

Die Anwesenheit der arbeitslosen Jugendlichen bzw. das Fehlen der bisherigen "Basis" von Gymnasiasten im Jugendzentrum bedroht unser Selbstverständnis als Sozialarbeiter. "Politische Arbeit" (Durchführung des formal-demokratischen Selbstverwaltungsmodells, usw.) scheint nicht mehr möglich. Man muß sich beschränken auf die typischen Formen der Sozialarbeit: individuelle Hilfe für Systemgeschädigte, Kontrolle der industriellen Reservearmee, notdürftige Versorgung und eventuelle Disziplinierung. Unter allen Umständen muß das Abrutschen von Jugendlichen in die Deklassierung zu verhindern versucht werden. Hatten wir unsere Unsicherheit vor kurzem noch durch Hausverbote, Schließung des Jugendzentrums und Polizei überspielen wollen, versuchen wir, uns jetzt konkreter mit der uns relativ fremden Gruppe, den arbeitslosen Jugendlichen, zu beschäftigen. Dabei kann unsere Arbeit nicht mehr so offen sein, wie sie früher schien. Die Krise zwingt uns die Absicherung erreichter Positionen auf. Kämpften einige von uns noch vor einem Jahr gegen die formale Gremienpolitik im Jugendzentrum, so verteidigen wir heute die Einwirkungsmöglichkeiten der Jugendlichen auf die Jugendpolitik der Stadtverwaltung. Wir lernen defensiv: nur keine schlechte Presse, nur keine Erhöhungen der pädagogischen Kosten, nur keine neuen Stellenforderungen, kein Vertrödeln der Zeit mit überflüssigen Teamgesprächen. Die Fahrtkosten für die nebenamtlich arbeitenden Sozialpädagogen wurden mit Zustimmung und Unterstützung der hauptamtlich arbeitenden Sozialarbeiterin gestrichen. Ihr Anspruch, die Interessen der "lohnabhängigen und werktätigen" Bevölkerung zu vertreten und "gewerkschaftliche Orientierung" zu praktizieren, kehrt sich ins Gegenteil. In der täglichen Praxis wird aus der beliebten Parole "Preisstop", die angeblich darauf abzielen soll, den Reallohnabbau zu bekämpfen, die Aktion Lohnstop. Diese Rückzugsgefechte im Hinblick auf die "politische Arbeit" im Jugendzentrum verursacht im Zusammenhang mit der Erkenntnis, daß die Auswirkungen der Krise nicht mit Mitteln der Sozialarbeit zu beheben sind, resignative Tendenzen bei den Sozialarbeitern.

Die Leere im Jugendzentrum, die Perspektivlosigkeit der Arbeit und der Druck der Verwaltung auf die Praxis zwingen uns zur neuen Konzeptionserstellung: Zielgruppenarbeit mit Ausländern, Mädchen, Hauptschülern und arbeitslosen Jugendlichen. Die Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen erfordert im Gegensatz zur Arbeit mit festen Interessengruppen (Theater-, Foto-, Kochgruppe) viel mehr Zeit und persönliches Engagement. Auf Briefe und Plakate, die zur Gruppe einluden, reagierte niemand. So waren und sind wir gezwungen, die Jugendlichen zu Hause aufzusuchen, Vorurteile bei den Eltern gegen das Jugendzentrum auszuräumen, die Berufsschule zu besuchen, um auch andere betroffene Jugendliche, die noch nicht im Jugendzentrum verkehren, anzusprechen; Kontakte mit Gewerkschaften, Volkshochschule, Arbeitsamt und Sozialamt herzustellen, um eine bessere und schnellere Zusammenarbeit zu praktizieren, ein längeres Öffnen des Jugendzentrums für arbeitslose Jugendliche durchzusetzen, um gemeinsam mit ihnen ihre Freizeit zu organisieren. Unsere Perspektive neben dem allgemeinen Jugendzentrums-Dienst stadtteilbezogen mit den Jugendlichen zu arbeiten und gleichzeitig mit Kollegen bei freien Trägern, Stadtverwaltung und Bildungseinrichtungen zu kooperieren, kann durch den unzureichenden Etat und den Personalmangel nicht verwirklicht werden.

Das Dilemma der Sozialarbeit wird offensichtlich

Die Sozialarbeiter in Mettmann wollen mit ihrer Praxis die Verschlechterung der Lebenssituation der Jugendlichen verhindern. Dies gelingt ihnen im Freizeitbereich nur bedingt. Daraus wird ein schon immer bestehendes Dilemma der Sozialarbeit deutlich. Die in den letzten Jahren geführte Diskussion um die Verbindung von Produktions- und Reproduktionsbereich zur Bestimmung der Arbeit im Freizeitbereich, blieb bisher ohne praktisch richtige Konsequenzen.
Im Jugendzentrum Mettmann versuchten wir, diese Vermittlung durch sporadische Veranstaltungen und Diskussionen, z.B. über die Arbeitswelt, herzustellen. Auf diesen Veranstaltungen - eingestreut in den alltäglichen Betrieb neben Kicker, Disko und Tischtennis - propagierten wir die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung. Doch sie fanden nur bei den Jugendlichen Anklang, die eh schon gewerkschaftlich organisiert waren. Andere Jugendliche hielten sich lieber in der Disko oder Cafeteria auf. Unsere Sozialarbeiter-Praxis machte aber nach außen den Eindruck einer politischen Arbeit im Jugendzentrum.

Diese Aktivitäten vermittelten weder den Jugendlichen noch den Sozialarbeitern praktische Perspektiven zur Veränderung der Situation im Freizeitbereich. Das Image des selbstverwalteten Jugendzentrums wurde mit aller Kraft aufrecht zu erhalten gesucht. Da die Öffentlichkeit nicht wissen durfte, daß im Jugendzentrum nach und nach kaum noch Aktivitäten und Veranstaltungen waren und nur noch wenige Besucher kamen, wurde mit allen Mitteln versucht, "störende Elemente", die das Jugendzentrum in negatives Licht bringen könnten, zu unterdrücken. Selbst als das Haus noch voll mit Aktivitäten war, wurden die "Randgruppenjugendlichen" auch als solche von den Sozialarbeitern behandelt, nämlich als Randproblem. Der Kontakt zu diesen Jugendlichen stellte sich dann nur her über Hausverbote, Wegnahme von Alkohol, Streit schlichten und Disziplinierungen. Auseinandersetzungen wurden formal zu lösen versucht, Schlägereien verboten, weil der Ruf des Hauses leide, usw. Das Verhältnis zwischen den "guten, normalen" Jugendlichen und den übrigen Besuchern blieb unthematisiert, ebenso die Formen und Inhalte, durch die sich das Selbstbewußtsein der jeweiligen Gruppen hätte stärken können. Die Notwendigkeit der Arbeit mit den "Randgruppenjugendlichen" neben der Interessensgruppenarbeit wurde allenfalls in den Teamgesprächen formuliert. Man hoffte, daß sich irgendwann die Perspektive für die Jugendzentrumsarbeit entwickeln würde.

Da die repressiven Maßnahmen der Sozialarbeiter gegenüber den "Randgruppenjugendlichen" im Widerspruch zu unserem Anspruch standen, die Jugendlichen sich eh von diesen Disziplinierungen nicht beeindrucken ließen und weil es notwendig wurde, sich mit arbeitslosen Jugendlichen zu befassen, wurde im Jugendzentrum die pädagogische Arbeit neu überdacht.

Bisher haben die Sozialarbeiter versucht, formal die Einbeziehung des Produktionssektors in ihre Praxis herzustellen. Dadurch ist oft bei den Jugendlichen die Abwehr vergrößert worden, sich in der Freizeit mit Fragen aus dem Betrieb oder ihrer momentan als unbefriedigend erlebten Situation zu beschäftigen. Die Informationen aus dem

Produktionsbereich bei Filmen, Diskussionen, Politrockbands usw. hatten keinen direkten und praktischen Gebrauchswert für die Jugendlichen, weil sie nicht zu ihren unmittelbaren Bedürfnissen und Problemen hin vermittelt waren. Zum Beispiel können die Minderwertigkeitsgefühle der arbeitslosen Jugendlichen nicht per Postulat beseitigt werden, wie "Du gehörst zu uns", "Wir sind alle betroffen", usw.

Die Jugendlichen verschafften sich Gehör und Aufmerksamkeit durch Zerstörungen und Aggressionen. Die arbeitslosen Jugendlichen und auch minder qualifiziertere Jugendliche fühlen sich nicht anerkannt, zu nichts nutze und gesellschaftlich wertlos. Wie entfremdet und unbefriedigend die Arbeit im Kapitalismus auch ist, so bietet sie doch der arbeitenden Jugend zumindest die Möglichkeit, sich als nützlich zu erleben und als gebraucht zu fühlen.

Die Erfahrungen der letzten Monate mit einer Gruppe von arbeitslosen Jugendlichen im Jugendzentrum Mettmann haben aber deutlich gezeigt, bevor man zu Solidarität und gewerkschaftlicher Organisierung aufrufen kann, ist es notwendig, daß die Jugendlichen Anerkennung finden, Qualifikationen an sich entdecken und entwickeln und dadurch ihr Selbstbewußtsein herstellen können. Der Zusammenschluß als Gruppe ist eine Form der Abwehr gegen die pathologische Situation der Arbeitslosigkeit. Die Qualifikationen, die sie in dieser Gruppe entwickeln können, müssen nicht unbedingt den Charakter einer Behelfslehre oder eines Schulabschlusses haben, die eh nur schwer genug zu erreichen sind, sondern können auch Fähigkeiten bedeuten, die nicht auf dem Papier nachzuweisen sind, aber zur unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung und Stabilisierung der Jugendlichen beitragen.

Seit einem halben Jahr lief die Arbeitslosengruppe mit großer Begeisterung bei den Jugendlichen. Es gab kein isoliertes Rumhängen in der Disko mehr. Das Klima im Jugendzentrum wurde freundschaftlicher und kameradschaftlicher. Kommunikationsstrukturen hatten sich entwickelt, die schon lange nicht mehr im Jugendzentrum herrschten. Wir begrüßten uns stürmisch, quatschten oft den ganzen Abend und besuchten uns gegenseitig. Zu Silvester organisierten einige eine eigene Party. Im Jugendzentrum war wieder was los. In der Stadt sprach man wieder positiv über das Jugendzentrum. Und die Stadtverwaltung war erfreut über die Aktivitäten der Sozialarbeiter. Endlich ein Konzept! Endlich tun die Sozialarbeiter mal was!

Aber Neid und Konkurrenzängste verleiteten die Gruppe um die hauptamtliche Sozialarbeiterin, mit gefälschten Aussagen von Jugendlichen einen unliebsamen Kollegen abzuschießen, der in der Arbeitslosengruppe arbeitete. Das Vertrauensverhältnis zwischen den arbeitslosen Jugendlichen und den Sozialarbeitern wurde zerstört. Mit Recht fragen die Jugendlichen: "Wie soll man Leuten trauen, die ihre Kollegen auf so eine linke Tour in die Pfanne hauen ". Zwei Kollegen haben gekündigt. Die begonnene Arbeit ist gestorben und ebenso das Vorhaben, die Werkstätten im Keller des Jugendzentrum für eine Selbsthilfeinitiative auszubauen. Die Arbeitslosengruppe fällt allmählich auseinander. Einige haben vorübergehend Arbeit gefunden, für andere geht es weiter wie bisher.

Wir sollten hieraus lernen, uns unsere Hilflosigkeit und das Scheitern der Praxis offen zuzugestehen, daß andere daraus lernen können. Was nutzen all die guten Konzepte, die auf Solidarität aus sind, wenn selbst die Sozialarbeiter sich nicht einig sein können und unfähig sind, ihre Schwierigkeiten in der Praxis zu diskutieren. Durch eine Politik der Diffamierungen, Intrigen und Gerüchte werden eigene gute Ansätze liquidiert. Darunter leiden in erster Linie die Jugendlichen, denen kaum bessere Möglichkeiten offenstehen, als die Freizeit im Jugendzentrum zu verbringen. Die Erfahrungen im Jugendzentrum Mettmann bestätigen ihr Vorurteil: Sozialarbeitern kann man nicht trauen.

★

Peter Rich:

ARBEITSLOSE JUGENDLICHE IM JUGENDCLUB

Der Club ist eine Einrichtung des Vereins "Haus der offenen Tür" e.V., Frankfurt. Die Clubräume befinden sich in 3 leerstehenden Übergangswohnungen einer zur Sanierung anstehenden Obdachlosensiedlung in Frankfurt-Eckenheim. Die ständigen Besucher sind Krisenarbeitslose, Dauerarbeitslose, Aushilfen,Arbeiter, Lehrlinge, Hauptschüler, Sonderschüler, Verheiratete und Ledige, Väter und Mütter. Die Altersspanne reicht von 14 - 26 Jahren. Es stellen sich auch sehr oft einzelne Erwachsene ein. Betreut wird die Einrichtung von einer Sozialpädagogin und einem Sozialpädagogen.

Dem Thema entsprechend lassen sich viele Clubbesucher in drei Gruppen einteilen: Arbeitende, Arbeitssuchende und solche, die derzeit keine Lust haben, zu arbeiten. Das Engagement für die Belange des Jugendclubs ist bei allen drei Gruppierungen etwa gleich stark bzw. schwach. Eine durchgängige Beziehung der Gruppierungen untereinander läßt sich pauschal mit "Neid" bezeichnen. Die Arbeitslosen beneiden die Arbeitenden um die verdienten "Kohlen". Die Arbeitenden beneiden die Arbeitslosen um deren Freizeit und Unabhängigkeit. Eine nicht immer verständliche Position nehmen dabei die pädagogischen Mitarbeiter ein: sie sind die ganze Zeit im Jugendclub und werden noch dafür bezahlt. Die Schüler fühlen sich merkwürdigerweise trotz aller Gespräche und trotz allen Anschauungsunterrichtes bei Eltern und Clubbesuchern nicht von der Arbeitslosenproblematik betroffen. Sie sind der unerschütterlichen Hoffnung, daß sie nach der Schulentlassung eine Arbeitsstelle erhalten werden.

Die individuellen Wege zum Geld führen für die Clubbesucher über Glücksspiele bis zur Sozialhilfe. Von "Brüchen" ist seit langer Zeit nichts mehr an die Cluböffentlichkeit gelangt. Seit einigen Monaten greift bei den Jugendlichen auch eine Ämtermüdigkeit um sich. Für sie steht der Aufwand an Zeit und Energie auf die Dauer im umgekehrten Verhältnis zum Erfolg. "Was soll ich wegen ein paar lumpiger 'Kröten' oder wegen eines Krankenscheines 2-3 Tage zwischen Arbeitsamt und Sozialamt hin und her laufen? Wenn ich den Papierkram nicht zusammenhabe oder so'n Wisch nicht richtig ausgefüllt habe, werde ich höchstens von so'm Bürokraten noch zur Sau gemacht."
Also verlegt man sich auf gegenseitige Hilfen. Wer Geld hat, spendiert Bier und Zigaretten. Wer einen Job hat, sieht zu, daß er einen arbeitssuchenden Kumpel beim Chef empfiehlt, und wenn's "nur" um einen Aushilfsjob geht. Einige Väter und Bekannte der Clubbesucher sind selbständig im Metallverschrottungsgewerbe tätig. Auch hier gibt es öfters für harte Arbeit einige Mark zu verdienen.

Die pädagogischen Mitarbeiter unterbreiten unverbindlich Angebote:

1. Informationen über Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Fortbildungsmöglichkeiten.
2. Regelmäßig treffen sich Arbeitssuchende mit den Mitarbeitern im Büro, sehen die Stellenanzeigen in der Zeitung durch und machen mit den infrage kommenden Stellen sofort telefonisch Vorstellungstermine aus.
3. An Fortbildungsmaßnahmen nehmen die Jugendlichen nur teil, wenn es Spaß macht. Derzeit läuft ein Schreibmaschinenkurs. Eine Werkgruppe Holz ist geplant. Fortbildungsbemühungen auf eigene Faust, z.B. Führerschein, sind Ausnahmen (nicht zuletzt wegen der hohen Unkosten).

In unregelmäßigen Abständen breiten sich ansteckende Stimmungen entweder der "Arbeitsgeilheit" oder des Arbeitsüberdrusses unter den Clubbesuchern aus. Die Mitarbeiter kennen diese Phasen von sich selber. Um die Arbeitsmoral etwas zu unterstützen, wird an Arbeitstagen besonders auf pünktliche Schließung des Clubs um 24 Uhr geachtet. Die Wochenenden laufen dafür völlig nach den Vorstellungen der verschiedenen Besuchercliquen. Das Verlangen nach einem Ersatz-Zuhause kommt dabei stark zum Ausdruck. Mangels städtischer Zuschüsse wird das Improvisations- und Organisationstalent der Jugendlichen enorm gefordert. So werden die Überlegungen zur Gestaltung der Clubräume und des Programmes jetzt im Winter unter folgenden Gesichtspunkten angestellt: wärmer als draußen, gemütlicher als zuhause, billiger als in Diskotheken und Kneipen. Für einzelne Jugendliche müssen die Clubräume auch ab und zu mehrere Tage und Nächte als Quartier dienen, z.B. wenn bei Freunden nicht unterzukommen ist oder wenn zuhause dicke Luft herrscht.

Unter den geschilderten Bedingungen kommt es bemerkenswerterweise fast nur bei übermäßigem Alkoholgenuß zu Schlägereien, obohl die Luft manchmal spürbar aggressionsgeladen ist. Die Jugendlichen, besonders die Clubvorstände, bringen die Streithähne in der Regel jedoch schnell und wirkungsvoll auseinander.

Im Zuge der laufenden Bemühungen um die räumliche, finanzielle und juristische Absicherung des Clubs mit möglichst weitgehender Selbstbestimmung der Clubbesucher soll in Zukunft versucht werden
a) die jüngeren Clubbesucher mehr in das Geschehen mit einzubeziehen, damit sie lernen können, daß man auch Probleme wie die Arbeitslosigkeit gemeinsam angehen kann und
b) soll der Aufbau einer autonomen Wohngruppe für Clubbesucher mit den Jugendlichen diskutiert werden.

MATERIALIEN ZUR JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

1.) Ulrich Mückenberger: JUGENDARBEITSLOSIGKEIT UND KEIN ENDE? in Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit Nr. 4/76; AWO, 53 Bonn

2.) Ökonomie-Info Nr.9 zu Jugendarbeitslosigkeit und Jugendarbeitsschutz u.a.; DM 1.2o über Verband Progressiver Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer, Mengstr. 38, 24oo Lübeck 1

3.) JUGEND IN DER KLASSENGESELLSCHAFT - Arbeitspapiere,Berichte, Dokumente des Jugendpolitischen Forums 1974; 272 S., DM 8,--!bei größeren Mengen Rabatt; Bezug: Verlag Jugend & Politik, Hamburger Allee 49, 6 Ffm.

Traudel Lucius:

AUSWIRKUNGEN GEGENWÄRTIGER ARBEITSLOSIGKEIT AUF DIE SITUATION DEKLASSIERTER PROLETARISCHER MÄDCHEN

Die gegenwärtige Krise macht uns den unterdrückenden Charakter der Frauenlohnarbeit klarer, verdeutlicht wieder einmal die Tendenzen, wie sie schon seit den Anfängen der Industrialisierung bestanden haben.
Nur ein Drittel aller Frauen (Erwerbsquote 1972: 29,4 %, die Erwerbsquote der Männer lag 1972 bei 58,5 %) haben reell eine Chance zu arbeiten. Das verdeutlicht auch den überwiegend vorübergehenden Charakter von Frauenlohnarbeit. Hausfrau und Mutterdasein ist nach wie vor das Dominierende im Leben der Frau. Denn die Berufstätigkeit wird bei Heirat und Kindern häufig unterbrochen.

Kein Wunder, daß ein verstärkter Ausbau von Kindergärten und Ganztagsschulen überflüssig ist, solange nicht alle Frauen im Arbeitsprozeß stehen. Die Verhinderung der Abschaffung des § 218 drückt in diesem Zusammenhang die bestehende Realität und die Grenzen der gesellschaftlichen Funktion der Frau aus: mehr denn je wird der Frau verdeutlicht, daß ihr Platz daheim bei den Kindern zu sein hat. Schon der Pillenknick hat ja die Rentenversicherung gefährdet (!?). Jeder Ausbruch muß bestraft werden.

Für rund ein Drittel aller Frauen (unverheiratete, Frauen mit Kindern, die trotz der Kinder arbeiten gehen müssen) gilt zwar die Berufstätigkeit als kontinuierliche Perspektive. In Krisenzeiten erweist sich diese Perspektive gerade für die mit "einfachen" Arbeiten beschäftigten Frauen sowohl im Dienstleistungsbereich als auch in der Industriearbeit als unrealistisch. Von der Arbeitslosigkeit allgemein sind insgesamt Hilfsarbeiter und Angelernte verstärkt betroffen, die Jugendarbeitslosigkeit trifft in aufsteigenden Prozentzahlen Hauptschüler, Hauptschüler ohne Abschluß, Sonderschüler. Frauen sind darüberhinaus verstärkt die Leidtragenden der Krise, denn nach wie vor liegt ihre Qualifikation unter der der Männer. Für sie gilt die Reservearmeefunktion: in Hochkonjunkturzeiten können sie zu Hilfsarbeiten herangezogen werden, in der Krise verschwinden sie hinterm Kochtopf.

Das bisher Gesagte weist daraufhin, daß für proletarische Mädchen und verstärkt noch für deklassierte proletarische Mädchen, z.B. aus einem Obdachlosengebiet, die Chancen schon immer extrem mies waren, aus der traditionellen Rolle auszubrechen und zur Zeit fast aussichtslos sind. Insofern ist es auch 'logisch', daß die proletarische Sozialisation am stärksten darauf abzielt, Mädchen für Hausfrauen-, Geliebten- und Mutterdasein abzurichten. "Du heiratest ja doch, deshalb brauchst du nichts zu lernen", sind Ausdruck für die reale Lebensperspektive der Mädchen und läßt höchstens das notwendige Zuverdienerbewußtsein zu.

Die gegenwärtige Krise rückt diese Tatsache wieder ins Bewußtsein z.B. von Sozialarbeitern, die, wie ich, in einem Obdachlosengebiet arbeiten und mit diesen Auswirkungen direkt konfrontiert sind. Im Gegensatz zu der Zeit vor ein paar Jahren ist es nahezu aussichtslos, Lehrstellen oder Arbeitsplätze für Mädchen zu finden.
Wen wundert da noch, daß die Mädchen selbst von einer durch nichts zu erschütternden Apathie bezüglich künftiger Lohnarbeit durchdrungen sind. Sie sehen bei ihren Müttern, ihren Freundinnen die Aussichtslosigkeit ihrer Lage.

Ihre Hauptaktivität liegt demzufolge konsequenterweise darin, den Traummann zu ergattern. Daß dieser Traummann in der überwiegenden Zahl aus der gleichen Unterschicht kommt wie sie selbst, ist nur ein kleiner Schönheitsfehler, der sich zwar fatal auswirkt, so aber noch die Möglichkeit läßt, in Dreigroschenromanen weiter vom ritterlichen Mann mit viel 'Kohlen' zu träumen.

Drei Hauptfunktionen der Frauen sind mir aufgrund der Erfahrungen mit proletarischen, bzw. deklassierten proletarischen Mädchen wieder deutlicher ins Bewußtsein gerückt:
1. Heimchen am Herd
2. Prostitution, um den Traummann zu bekommen bzw. als Möglichkeit Geld zu verdienen
3. Aggressionsabladeinstanz für Männer

1. Heimchen am Herd

Geschwister beaufsichtigen, Kochen, Putzen, Einkaufen etc., dies alles sind Pflichten für Mädchen im Obdachlosengebiet, die sie schon früh erfüllen müssen. Dies gilt auch für andere proletarische Mädchen. Im Obdachlosengebiet gehen diese Pflichten soweit, daß deshalb der Schulbesuch häufig als zweitrangig angesehen wird. Dies ist zum Beispiel ein auffälliger Unterschied zu den männlichen Jugendlichen. Bei den Jungens legen die Eltern viel eher Wert auf regelmäßigen Schulbesuch. Spricht man die Eltern auf das Schuleschwänzen der Mädchen an, so stellt sich heraus, daß dieses Verhalten häufig genug von den Eltern verlangt wird.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß nach Beendigung der Schulpflicht die Mädchen die Mutter solange im Haushalt unterstützen, bis sie selber heiraten. Die Mädchen werden früh schwanger (ab 15 Jahren) und damit sind zusätzlich ihre Chancen aus dem 'vorbestimmten' Gang der Ereignisse auszubrechen, gleich Null. Häufig genug haben die Mädchen ihre Mutterrolle derart verinnerlicht, daß sie nicht einmal bereit sind, über Abtreibung im Falle einer Schwangerschaft als Lösungsmöglichkeit nachzudenken: 'Ich bin doch keine Mörderin'.

Auch wenn im Obdachlosengebiet überdurchschnittlich viele uneheliche Geburten zu verzeichnen sind, so ist häufig genug eine Schwangerschaft groteskerweise genau die Versorgungsmöglichkeit für die Mädchen im Rahmen einer eigenen Familie. So gesehen ist auch fehlende Empfängnisverhütung gleichzeitig ein Mittel, möglichst früh das gesteckte Lebensziel zu erreichen, auch wenn sich dies letztlich wiederum zum Nachteil der Mädchen auswirkt.

Die Chance, die Mädchen zum Beispiel an Förderkurse des Arbeitsamtes zu vermitteln, sind ziemlich gering und zwar auch von Seiten der Mädchen: "Wir haben keinen Bock drauf", "Bringt doch eh nichts". Sie werden auch von ihren Eltern nicht unterstützt, auch wenn gegenüber den Sozialarbeitern versucht wird, den Schein zu erwecken, daß man einen solchen Kurs für furchtbar wichtig und notwendig hält. Aber die Entbehrung einer Arbeitskraft daheim ist nur dann möglich, wenn es unumgänglich ist: bei Heirat oder wenn entsprechend Geld dabei herausspringt.

Die Hausarbeit in einem Obdachlosengebiet ist auch nicht zu vergleichen mit der in einem 'normalen' Vier-Personen-Haushalt. Bei der hohen Kinderzahl (in den Baracken durchschnittlich 4 Kinder) und den engen Wohnverhältnissen (2,8 qm pro Person im Extremfall) läßt sich diese Arbeit nicht so nebenbei machen. So kommt's, daß man als Sozialarbeiter eigentlich kaum noch die Chance hat, Erfolge bezüglich der Betroffenen vorzuweisen. Das Hervorzeige- und Starklientel, immer wieder Aushängeschild für geleistete Arbeit, verschwindet fast gänzlich. Was allerdings nicht nur negativ gesehen werden kann.

2. Prostitution der Mädchen

Der reale Rahmen der Mädchen ab 15 aufwärts ist das Helfen daheim. Daneben suchen sie einen Mann. Diese Suche erfordert sehr viel Energie und Aktivität: Gut Tanzen ist wichtig, scharfes Aussehen ebenfalls. Häufig putzen sich die Mädchen zusammen mit Freundinnen, üben gemeinsam das Tanzen mit soviel Ernst, daß man merkt, daß bittere Notwendigkeit dafür vorherrscht. Als Treffs bieten sich der Jugendclub in der Siedlung an und einige Diskotheken im Stadtzentrum. Hier ist die Chance vermeintlich größer, einen anderen als jemand aus der Siedlung kennen zu lernen. In Mannheim sind ziemlich viel amerikanische Soldaten stationiert. Die Kneipen und Diskotheken, in denen sich die Amerikaner aufhalten, sind ebenfalls sehr beliebt, weil die Vorstellung vom großen Glück in Amerika das höchste überhaupt ist.

Die Männer, die sie kennenlernen (gleichaltrige aus dem gleichen Milieu) sind allerdings nicht so sehr fixiert aufs baldige Heiraten. Sie wollen ne 'Alte' zum Bumsen, zum Angeben. Allerdings sind sie im Falle einer Schwangerschaft durchaus bereit, sich ins Unvermeidliche zu fügen. Den Sexualwünschen der Männer unterwerfen sich die Mädchen bedingungslos. Sie sind bereit, sofort die Beine breit zu machen, wenn sie nur einen Funken Hoffnung haben, daß der entsprechende Typ sie liebt. Sie glauben dies nur allzu oft und fallen immer wieder darauf rein.

Ganz kraß habe ich die ohnmächtige Situation der Mädchen in einer gemischten Jugendwohngemeinschaft in Mannheim erlebt. Für die Mädchen, die von zu Hause abgehauen waren, aus dem Heim kamen, aber aus dem Obdachlosengebiet stammten, wurde diese Wohngemeinschaft zu einem 'Puff' je mehr sich für sie die Aussicht auf Lohnarbeit verschlechterte (auch Aushilfsjobs gab's im Laufe der Zeit kaum noch).
Nicht, daß etwa die Mädchen für ihre 'Liebensdienste' bezahlt worden wären, viel schlimmer: die Mädchen pennten scheinbar wahllos mit den verschiedensten Typen, immer wieder in der Hoffnung, endlich einen

festen Freund zu bekommen. Daß die Männer sie gerade wegen ihrer 'Vögelbereitschaft' beschimpften und im Grunde ablehnten, bringt die Mädchen in einen Teufelskreis, der nicht selten in richtiger Prostitution endet. Für diese Mädchen ist in der Tat der Körper ihr einziges Kapital. Allerdings sind die Moralvorstellungen der Mädchen so 'konservativ', daß sie sich wegen ihres Sexualverhaltens furchtbar schämen und es zu vertuschen suchen, wo es nur geht und immer wieder die 'Ehrbare' versuchen zu spielen.
Dies sind auch die Mädchen, die ihren 'Marktwert' im Grunde kaum so wahrnehmen, daß es ihnen zumindest finanziell was bringt. Wenn sie vor lauter Liebe für einen Typ anschaffen gehen, also aufn Strich, dann sind sie auch bereit, ihm das ganze Geld zu überlassen.

Die Grenzen zwischen richtiger Prostitution und dem oben beschriebenen Verhalten sind fließend. So kann blitzschnell aus einem 'ehrbaren' Mädchen eine 'Prostitutierte' werden und umgekehrt. Entweder treibt sie Geldmangel oder die Suche nach einem Mann zu einem solchen Verhalten.
Ich persönlich würde es als ziemlich wichtig ansehen, daß man versucht, den Mädchen dieses Verhalten bewußt zu machen. Bewußt heißt in diesem Zusammenhang, daß die Mädchen begreifen, was sie wert sind und gegebenenfalls sich entsprechend bezahlen zu lassen. Nichts ist entwürdigender für eine Frau als die Illusion von Liebe, die zum Beine breitmachen zwingt.

Richtige Prostitution ist durchaus ebenfalls eine realistische Berufsperspektive. Sie moralisch zu verdammen, die Mädchen davor zu schützen, hieße, die ganze Verlogenheit dieses Systems zu unterstützen. Solange aber die Mädchen nicht einmal ansatzweise ihre Rolle bewußt sehen, sondern sich nur ausheulen und realistischerweise keine 'Hilfe' erwarten, da sie wissen, daß Sozialarbeiter, und seien sie noch so gutwillig, sie nicht aus ihrem Elend befreien können, solange sie noch auf den Traummann hoffen, für den sie alles machen, solange ist es auch fast aussichtslos, diese beschriebene Bewußtmachung zu erreichen.

Dieses beschriebene krasse Verhalten ist sicher nicht repräsentativ für die überwiegende Mehrzahl der proletarischen Mädchen. Im 'Normalfall' tritt das gleiche nur verschleierter auf, auch bei proletarischen Mädchen, da das Ergattern des Traummanns mit soviel sichtbarer Selbstaufgabe verbunden ist.

3. Aggressionsabladeinstanz für die Männer

Haushaltsdasein und Prostitution in den verschiedenen Ausformungen bilden die Voraussetzung dafür, daß die Frauen in einer Weise zur Stabilisierung des Systems beitragen, die in ihrer Wirkung einzigartig ist. Durch diese totale Entmündigung ist erst die Voraussetzung gegeben, für die Männer mit all ihren Frustrationen Aggressionsabladeinstanz zu sein. Nur wer eine solche entmündigte Rolle einnimmt, wie die Frauen, ist bereit alles zu ertragen, um das bißchen Glück, das sie zu besitzen glauben, nicht ganz zu verlieren. Die Aggressionen ertragen die Frauen geduldig. Wenn, wie im Obdachlosengebiet, die Arbeitslosigkeit infolge der Krise schlagartig zunimmt, die Männer beschäftigungslos zu Hause rumhängen, den Frauen zur Last fallen, sich

überflüssig vorkommen - kein Wunder, Hausarbeit haben sie nie gelernt -, verstärkt trinken, schlagen sie ihre Frauen. Nur weil es eine Gruppe gibt, an denen sie ihre Wut auslassen können, kann verhindert werden, daß sie ihre Wut an der richtigen Stelle auslassen. (Kein Wunder, daß also gerade bei der proletarischen Frau die Ideologie der Weiblichkeit am 'notwendigsten' ist).

Das eben Beschriebene spielte sich in der schon zitierten Wohngemeinschaft ab. Die Mädchen bekamen alle Aggressionen ab von den männlichen Bewohnern, von einem Teil der Jugendlichen aus dem Stadtteil (die zum größten Teil arbeitslos waren). Wenn man auch sonst ständig getreten wird und seine Interessen nicht durchsetzen kann, kann man immer noch mit den Mädchen ne Nummer machen, gegebenenfalls sie herumkommandieren. Der einmalig unternommene Versuch von mir, die Mädchen vor den Männern zu 'retten', erwies sich als zusätzliche Eskalation der angespannten Situation. Ihrer letzten 'legalen' Möglichkeit beraubt, ihre Aggressionen abzuladen, demolierten sie ein wenig das Inventar und besoffen sich bis zur Erschöpfung. Dies zeigt allerdings auch, daß es völlig falsch ist, stellvertretend für Frauen und Mädchen zu handeln, auch wenn sie noch so sehr darum bitten.

Ich habe versucht, an drei auffallenden Punkten die Perspektive von proletarischen Frauen zu verdeutlichen. Mir scheint es notwendig, diese Realität so kraß, wie sie sich darstellt, zu verdeutlichen, weil wir als Sozialarbeiter genau mit diesen Funktionen ständig konfrontiert sind in unserer Arbeit. Es ist notwendig, daß wir uns von Illusionen befreien bezüglich der Erfolgsmöglichkeiten unserer Arbeit. Dies ist zwar ernüchternd, aber hat auch seine Vorteile: man wird realistischer. Man sieht z.B. auch, daß die Emanzipation der proletarischen Frauen von Sozialarbeitern nicht angeleiert werden kann.

Ansatzpunkte für eine Arbeit liegen nicht darin, sich moralisch in die Lebenssituation von proletarischen und deklassierten Familien einzumischen und ihnen Vorschriften über richtiges Verhalten zu machen, sondern in der Bewußtmachung des beschriebenen Verhaltens, um ihnen so ein Wissen um die reale Rolle zu ermöglichen (z.B. was das Sexualverhalten betrifft) und in der Beratung von medizinischen, juristischen und finanziellen Fragen. Sicher werde ich auch nach wie vor versuchen, Mädchen in Kurse unterzubringen. Sicher werden wir weiter versuchen, Empfängnisverhütung bekannter zu machen. Wißt Ihr noch was??

★

Helmut Ortner:

ARBEITSLOSIGKEIT IM KNAST

Will man sich nicht auf die zensierte Öffentlichkeit der Justiz verlassen, so sind Informationen aus dem Knast oft nur sehr schwer zu bekommen. Der Knast wird systematisch vor jeglicher Öffentlichkeit abgeriegelt. Vor diesem Hintergrund zeigt sich auch die Schwierigkeit, genaue Zahlen und Informationen zum Problem "Arbeitslosigkeit im Knast" an dieser Stelle geben zu können. Statistiken, soweit sie von den einzelnen Länder-Justizministerien herausgegeben wurden, sind völlig unbrauchbar. Aus ihnen geht nicht deutlich hervor, wieviele der Gefangenen aufgrund der "aktuellen Situation" ohne Arbeit sind, bzw. es zuvor schon waren, oder aber ihre Arbeitskraft verweigern. Weiterhin werden die Untersuchungs-Gefangenen dort nicht gesondert aufgeführt, was notwendig ist, denn diese sind nicht zur Arbeit verpflichtet. So bleiben einzelne Informationen von im Knast arbeitenden Sozialarbeitern, sowie Aussagen von betroffenen Gefangenen oder entlassenen Gefangenen. Zunächst sollen hier einige grundsätzliche Äußerungen zur Arbeit im Gefängnis folgen:

Arbeit im Gefängnis ist primär durch die Ausgliederung des Gefangenen aus dem privatwirtschaftlichen Arbeitsmarkt (nicht aus dem privatwirtschaftlichen Produktionsprozeß !) gekennzeichnet. Ist der industrielle Lohnarbeiter in der Lage - bei allen praktischen wirtschaftlichen und politischen Zwängen - frei seine Arbeitskraft auf dem Markt anzubieten, zu verkaufen, ist gerade dies für die Gefängnisarbeit nicht gegeben. Der Gefangene verkauft nicht seine Arbeitskraft, sie wird ihm schlichtweg genommen, er wird ihrer beraubt.

Bereits die begriffliche Unterscheidung vom Arbeitsentgeld zum Arbeitslohn weist auf diesen grundsätzlichen Unterschied von Gefangenenarbeit zur Lohnarbeit hin.

Der Gefangene wird im Gefängnis doppelt ausgebeutet: er wird nicht nur des Wertes seiner Mehrarbeit wie in der "normalen" Lohnarbeit beraubt, sondern auch seiner einzigen "gesellschaftlichen" Eigenschaft: Arbeitskraft zu besitzen, die er verkaufen kann. Für das Kapital allerdings ist diese grundsätzliche Unterscheidung lediglich eine graduelle: für den Unternehmer stellen Gefangene billigere Arbeitskräfte dar, die im Rahmen der allgemeinen Produktions- und Ertragskalkulation eingesetzt werden können. Die Besonderheit der Zwangsarbeit schlägt sich für den Unternehmer in Ersparnissen (Lohn, Sozialleistungen etc.) und in einfacherer Regelung der Arbeitsdisziplin nieder: es gibt keine Kündigungsfristen, keinen Arbeitsschutz.

Nun ist der Kapitalismus in einer Krise und Teile der Arbeitskraft sind überflüssig geworden. Dies hat notwendigerweise auch auf die Arbeitsauftragslage der Gefängnisse sichtbare Auswirkungen. Weniger

Aufträge - weniger Arbeitsplätze. Dennoch: Arbeitslosigkeit ist im Gefängnis kein aktuelles Problem. Ein Großteil der Gefangenen ist während der Haftzeit periodisch ohne Arbeit.

Das Perfide am Arbeitssystem im Gefängnis ist, daß der Gefangene zwar merkt, daß er doppelt ausgebeutet wird, andererseits er selbst ein Bedürfnis nach Arbeit entwickelt. Hat er Arbeit, bekommt er Hausgeld, kann er davon teilweise einkaufen. Beim Einkauf ist es dem Gefangenen nicht gleichgültig, ob er monatlich für 5 DM oder aber für 25 DM einkaufen kann. Ist ein Gefangener ohne Arbeit, erhält er nur minimale finanzielle Unterstützung (in der Regel 0,90 DM/tgl.). Häufig bekommt er gar nichts. Dem Gefangenen ist also nicht gleichgültig, ob er Arbeit hat oder nicht, selbst Arbeit für Pfennigbeträge am Tag. Deutlich wird dies in den folgenden Aussagen eines Gefangenen:

"Mit Arbeit ist es hier schon seit Jahren mies. Wer Arbeit hat, der gehört zu den Glücklichen. Das ist hier schon so richtiger Wettkampf, wer denn Arbeit bekommt. Ich hab da relativ Glück gehabt bisher, das heißt, jetzt hat's mich auch erwischt. Erst war ich unten im Kartonagenkeller, das war der absolute Stumpfsinn. Für 2,70 DM den ganzen Tag irgendsolche Gratisproben verpacken... Dann war ich paar Monate mit zwei Mann auf Zelle, da haben wir dann so Art Schalter zusammengesetzt. Seit drei Wochen ist Schluß. Der Unternehmer hat die Aufträge zurückgezogen, jetzt sitzen wir alle hier. Sicher, die Arbeit war schon immer mies, aber irgendwie noch besser als gar keine. Auch die anderen Gefangenen, die draußen bei einer Neonröhrenfabrik gearbeitet haben, sind jetzt ohne Arbeit. Da war auch eine irre Stimmung dort in der Fabrik. Die Leute hatten Angst, daß ihnen die Leute aus dem Knast die Arbeitsplätze wegnehmen. Kann man sich ja vorstellen, was das für ein Klima war... Keine Arbeit hier und wenn man entlassen wird, sieht es auch recht trüb für uns aus..."

★

AKS Düsseldorf:

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IM BEREICH DER BEWÄHRUNGSHILFE

Die Situation der Strafentlassenen bzw. unter "Bewährung" stehenden Personen auf dem Arbeitsmarkt war und ist gekennzeichnet durch soziale und rechtliche Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen. Vor allem jugendliche Strafentlassene haben kaum Anrecht auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe.

"Die Anwartschaft (für das Arbeitslosengeld) hat erfüllt, wer in den letzten drei Jahren vor seiner Arbeitslosenmeldung wenigstens 26 Wochen oder 6 Monate beitragspflichtig beschäftigt war."

"Die Gewährung von Arbeitslosenhilfe setzt voraus, daß der/die Betreffende innerhalb eines Jahres vor der Arbeitslosenmeldung Arbeitslosengeld bezogen oder mind. zehn Wochen in entlohnter Beschäftigung gestanden haben. Die Arbeitslosenhilfe hängt außerdem von ihrer Bedürftigkeit ab."

Nach einem meist aufreibenden Hin und Her zwischen den Ämtern mit deren "Antragsausfüllflut" landet die Person, falls sie es bis dahin aushält, auf dem Sozialamt.
Größere Arbeitsämter sind dazu übergegangen, für den Personenkreis der Strafentlassenen eine hierfür bestimmte Anlaufstelle im Arbeitsamt einzurichten. Für diesen Sonderbereich der Arbeitsvermittlung hat sich die Situation im Verlauf der krisenhaften Entwicklung der Gesamtwirtschaft sehr verschärft.

An der persönlichen Einstellung der Firmenleitung bzw. des Personalchefs gegenüber straffällig gewordenen Personen hat sich sowohl an der tolerierenden als auch abweisenden Haltung nichts geändert. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten, neue Arbeitskräfte einzustellen, sind aber generell geringer geworden, obwohl es Unterschiede in den einzelnen Berufssparten gibt. Besonders in Gebieten, wo Monopolbetriebe ein Großteil der ungelernten Arbeiter an sich binden, wirkt sich die Arbeitslosigkeit der ehemaligen Straffälligen und unter Bewährung stehenden Personen noch härter aus. Die arbeitslosen jugendlichen Straftäter sehen sich zudem noch einer gleichzeitigen wachsenden Konkurrenz der arbeitslosen berufserfahrenen Erwachsenen gegenüber. Für einige der strafentlassenen Personen sind damit die evtl. erlernten Fähigkeiten im Strafvollzug - wie z.B. Schweißen, Drehen, in der Schreinerei, Schlosserei u.ä. - in der momentanen wirtschaftlichen Lage praktisch wertlos geworden.

In den Strafanstalten wurden seit Sommer dieses Jahres die ohnehin nicht ausreichenden "Freizeitangebote", z.B. Gesprächs- und Kreativitätsgruppen aller Art, mit Hinweis auf die Haushaltslage sofort ersatzlos gestrichen (JVA Siegburg). Selbst Kurse zur Erlangung des

Hauptschulabschlusses wurden in der JVA Hennen abgebrochen, da angeblich kein Geld mehr zur Bezahlung der Pädagogen da sei.

Vor allem die länger einsitzenden Straffälligen fühlen sich zusätzlich zu ihrem lächerlichen Entgelt und durch die Nicht-Versicherung im Rentenbereich abermals verschaukelt, da sie trotz wahrgenommener anstaltseigener Ausbildung nachher in diesem gelernten bzw. angelernten Bereich keine Anstellung finden.

Für die betreffenden Sozialarbeiter der Jugendgerichtshilfe, der Bewährungshilfe und in den Verbänden stellt sich gerade durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung eine neue, verschärfte Situation dar.

Anfang der 70er Jahre, zu der Zeit, in der "Reformpolitik" versprochen wurde, erwarteten nicht wenige Sozialarbeiter eine qualifizierte Verbesserung ihrer Arbeitssituation aufgrund des allgemeinen Interesses an Sozialarbeit, durch Aufstockung der Planstellen und durch die verstärkte Einrichtung von "Modellvorhaben".

Auch in der Bewährungshilfe und Jugendgerichtshilfe erwarteten die Sozialarbeiter eine positive Veränderung ihrer Arbeitssituation. Z.B. die Gewährleistung einer vernünftigen Nachbetreuung, Einrichtung von Gesprächsgruppen für die Betroffenen und die Hoffnung, daß überhaupt die eigene Sozialarbeit methodischer werden würde.
Diese Forderungen und Wünsche sind angesichts der heutigen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gegenstandslos geworden. So kommt es z.B. zur paradoxen Entwicklung, daß fortschrittliche Sozialarbeiter im Jugendamt, welche noch vor zwei Jahren gegen die Einführung der Teamarbeit in der vorgesehenen Form waren (Teamarbeit mit höher bezahltem verantwortlichen Teamleiter), heute vor der Situation stehen, die Teamarbeit verteidigen zu müssen, da das alte, noch starrere Konzept wieder eingeführt werden soll. In der jetzigen Situation gilt es für viele Sozialarbeiter, besonders für die, welche stark von Verwaltung oder Bürokratie im Arbeitsfeld abhängig sind, das bisher Erreichte rigoros abzusichern.

Neue Ideen und Versuche, anders geartete Formen der Sozialarbeit einzuführen, werden mit kurzem Hinweis auf die Finanzmisere abgewürgt, ohne daß es überhaupt zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung über Inhalte und Ziele dieser Sozialarbeit kommt. Von der Seite der Sozialarbeiter wird dann versucht, individuell wenigstens einigen Personen zu "helfen". Der übliche Weg ist der, daß man sich die "förderungswürdigen" Personen heraussucht und mit diesem Personenkreis eine intensive Zusammenarbeit praktiziert, auf die eigentlich alle Betroffenen ein Recht haben. Kriterium hierfür ist das eigene subjektive Empfinden. Je nach Kontakt des Sozialarbeiters gibt es auch im Einzelfall die Möglichkeit des illegalen Agierens. So ist es z.B. ohne viel Umstände für einen Sachbearbeiter im Arbeitsamt möglich, unter Wegfall einiger Papiere einem Ungelernten eine Umschulung zu gewähren.

Solche Wege können kurzfristig gewisse Perspektiven eröffnen, letztlich werden aber auch solche Versuche nicht die eigentliche Misere der Resozialisierung und vor allem die Ursachen der Straffälligkeit nicht beseitigen können.

Projektgruppe Münster:

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT: CHANCE ZUR WEITERBILDUNG?

Hinter diesem provokativen Titel verbirgt sich der Mißmut einiger engagierter Pädagogen über einen Modellversuch der Stadt Münster im Rahmen des Volkshochschulprogrammes zur Erlangung des Hauptschulabschlusses für arbeitslose und "sozial auffällige" Jugendliche. Eine evt. im Artikel anklingende Polemik basiert nicht auf einer resignativen Haltung der Verfasser bezogen auf zukünftige Fortbildungsmaßnahmen, sondern bezieht sich allein auf die Geschehnisse dieses noch laufenden "Modellversuchs".
Unseren Mißmut konnten wir positiv kanalisieren in einer dokumentarischen Auswertung unserer Erfahrungen und Tätigkeit im Rahmen dieses Modells. Die Dokumentation kann gegen Vorauszahlung von DM 5.- + -.70 DM Porto auf Postscheckkonto 5390-100 Berlin-West (Hermann Behlaus Sonderkonto) über AG Spak-Publikationen, Friesenstr. 13, 1 Berlin 61 bezogen werden.
Der Bericht soll einen Überblick geben über die wesentlichen Inhalte dieser Dokumentation.

Entwicklungsgeschichte

Im Herbst 1974, aufgrund der sich zuspitzenden Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt - 3,4 % der Arbeitslosen sind unter 20 Jahre/in regionalen Gebieten z.B. Dortmund ca. 28 % -, planten Sozialarbeiter in freier Verantwortung die Einrichtung eines Kursus, in dem die von ihnen betreuten Jugendlichen aus öffentlicher Erziehung und sogenannten sozialen Brennpunkten den Hauptschulabschluß nachholen konnten. Diese Jugendlichen besitzen in den seltensten Fällen die Qualifikation, um die Einstiegsanforderungen einer Lehre zu erfüllen. Uns war von Anfang an klar, daß eine rein schulische Maßnahme nicht den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Jugendlichen entsprechen kann, deren Situation sich so darstellt:

Mangelnde Erfahrung von Zuwendung seitens Eltern, Lehrer und sonstiger Erzieher ist bei den meisten Jugendlichen die Ursache dafür, daß sie kaum Selbstwertgefühl entwickeln konnten. Diese Unsicherheit versuchen sie oft durch aggressives Verhalten gegen andere wie auch gegen sich selbst zu überspielen, sie werden anfällig für kriminelle Handlungen und für Drogenmißbrauch. Da sie immer wieder erfahren, daß sie vor den Anforderungen in der Schule und am Arbeitsplatz versagen, daß sie es nicht schaffen, sich aus eigener Kraft "zu bewähren", geraten sie in eine fatalistische Haltung. Die fehlende Einsicht in die von ihnen nicht verschuldeten Bedingungen ihrer Situation und fehlende Verhaltensalternativen bestätigen den Teufelskreis, in dem sie leben. Verstärkt werden die "persönlichen" Schwierigkeiten zum einen dadurch, daß diese Jugendlichen von ihrer Umgebung zur Randgruppe ge-

stempelt werden, zum anderen durch ihre finanzielle Armut im Vergleich zu vielen anderen Gleichaltrigen.

In diesem Sinne konnte es nur darum gehen, die Jugendlichen erst lernfähig zu machen. Der zweite Schritt, der tatsächliche Schulabschluß, sollte sich dann anschließen. So strebten wir eine Lernsituation an, die sich vom herkömmlichen Schulunterricht äußerlich wie inhaltlich unterscheiden sollte: Auswahlkriterien und Einrichtungsvorstellungen der "Schulräume" sollten sich nicht an den bisherigen Erfahrungen, die jeder mit der Institution Schule verbindet, orientieren. Stattdessen sollten in einer unkonventionellen Art und Weise die Räumlichkeiten ausgesucht und eingerichtet werden, daß ohne Angst und Assoziationen zu Vorerfahrungen mit der Schule die Jugendlichen die Räume als ihren Bereich annehmen konnten, das sollte auch heißen , daß die Räume nach dem Unterricht noch für Freizeitaktivitäten genutzt werden. Es sollte Wert darauf gelegt werden, daß die Jugendlichen als Gruppe sich verstehen, um gemeinsam die allen gemeinsame Mißerfolgsserie zu überbrücken.
Die anzusprechenden Lehrer sollten die besondere Lage der Jugendlichen kennen und verstehen und die Jugendlichen nicht überfordern.

Im November 1974 verlief die Suche nach Geldgebern für dieses Projekt zunächst negativ. Schließlich bot sich die VHS Münster als formaler Träger an, die Planung und inhaltliche Vorbereitung und Ausgestaltung sollten weiterhin bei den Initiatoren liegen. Während der Vorbereitungsphase tauchten dann parallel dazu Bestrebungen von Seiten der VHS auf, das Projekt in alleiniger Regie durchzuführen. So wurden wir, mir nichts dir nichts, von der weiteren Planung und Durchführung des Kursus ausgeschlossen. Unser Projekt wurde von nun an in der Öffentlichkeit als Projekt der Stadt Münster und der VHS dargestellt. Damit war uns jegliche Verantwortung für die weitere Gestaltung des Kursus aus den Händen geglitten.
Ergebnis: Das Projekt entfernte sich vom ursprünglichen Konzept und entwickelte sich zu einer traditionellen Schulmaßnahme.

<u>Situationsschilderung März 1976</u>

Heute nach gut 1 1/2 Jahren (zur Zeit laufen die ersten inoffiziellen Prüfungen für diesen Kursus) sieht die Situation folgendermaßen aus: Durch die Verschulung änderte sich notwendigermaßen die Zielgruppe des Kursus, das bedeutet also, daß die Jugendlichen, für die der Kursus ursprünglich geplant war, den Anforderungen nicht gewachsen sein konnten. Sie gingen entweder von selbst oder sie wurden von der VHS aufgrund mangelnden Schülerverhaltens vom Unterricht ausgeschlossen. So besteht der heutige Kursus aus Jugendlichen, die auch keinen Hauptschulabschluß haben, die aber nicht ähnliche Lern- und Verhaltensschwierigkeiten aufweisen.

Der von den Institutionen erzwungene Verschulungsprozeß und seine Konsequenzen waren zunächst nicht erkennbar und hinterließen sowohl bei den Jugendlichen als auch bei einigen Lehrern ein Gefühl des persönlichen Versagens.

Ziele der Dokumentation

Durch die Auswertung des Kursverlaufs haben wir die Ursachen für das Scheitern des Projektes an Hand der folgenden Punkte entwickelt:
- schwerste organisatorische Fehlplanungen von Seiten der VHS;
- Konzeptionslosigkeit vor allem im pädagogischen Bereich;
- Verantwortungslosigkeit hinsichtlich der Problematik der Zielgruppe seitens der VHS und des Jugendamtes;
- Projekt als Profilierungsobjekt einzelner und von Institutionen;
- Ablehnung der Verantwortung für das Scheitern des Kurses, Abschieben der Schuld auf das Verhalten der Jugendlichen von Mitarbeitern des Jugendamtes und von Vertretern der VHS;
- Desavouierung der pädagogischen Bemühungen und Arbeit eines freien Trägers der Jugendhilfe;
- Verschwendung und nicht sachgerechte Anwendung von öffentlichen Geldern.

Daß diese sieben Punkte den allgemeinen Rahmen für eine solche institutionalisierte Arbeit ausmachen, soll in der Dokumentation abgeleitet werden. Wir hoffen, mit der Dokumentation einen solidarischen Beitrag zu leisten für eine zukünftige Arbeit in diesem Bereich im Interesse aller betroffenen Jugendlichen.

Elke Becker:

ALS SOZIALARBEITER IN DER PROVINZ

Die Verfasserin arbeitet seit Januar 1975 in Limburg in einem Jugendzentrum, dem einzigen Jugendtreff am Ort neben traditionellen Vereinsangeboten, eingerichtet von der evangelischen Kirche. Hier werden Eindrücke, Assoziationen zu einem Thema geboten, für dessen systematische Bearbeitung der Verfasserin die Zeit fehlt - oder wie sie in einem Begleitbrief schreibt: "Die Bedingungen der offenen Arbeit lassen es nicht zu, meine Erfahrungen festzuhalten, zu überarbeiten und zu verallgemeinern." Den Beitrag haben wir mit freundlicher Genehmigung aus der Zeitschrift des Hessischen Jugendrings "hessische Jugend" Nr. 5/6-1975 entnommen und verstehen ihn als Aufforderung, stärker als bisher auch die Situation und die politische Arbeit in der Provinz zu diskutieren.

Ein erster Besuch

Alte Fachwerkhäuser, enge Gassen, herausragender Dom, zusammengedrängte - sich einigelnde Innenstadt, Abgeschlossenheit, Kirchen, Touristen, schöne alte Wohnhäuser, Gemütlichkeit, Freundesgruppen; muß doch schön sein, hier zu wohnen!
Wenn es nur nicht so katholisch wäre. So eine Stadt mit Bischof bedeutet ja auch Tradition, und Tradition bedeutet auch Rückständigkeit, sieht man ja schon am Wahlergebnis - absolute Mehrheit der CDU.

Was willst Du nur? Die SPD würde sich hier als Regierungspartei auch nicht viel anders gebärden! Oberschätze nicht die Großstadt! Sie kommt Dir nur deshalb so fortschrittlich vor, weil Du fast immer unter Leuten bist, die Deiner Meinung sind - aber sieh Dir mal die ganze Stadt hier an, Du wirst feststellen, daß der größte Teil der Bewohner nicht so fortschrittlich ist.
Außerdem: die Probleme dieser Gesellschaft machen nicht vor den Toren dieser Stadt halt, und das bringt mit sich, daß es auch Leute gibt, die diese Probleme erkennen, vielleicht sogar versuchen, verändernd zu wirken. Vielleicht sogar - "Linke"?

Anpassungsdruck!? Die Revolution geschieht nicht durch linke Sprüche und vergammelte Jeans, gerade auf dem Land ist es doch notwendig, politisch zu arbeiten. Ich muß die Realität sehen - es gibt sie noch, die Bürger, man muß versuchen, sie zu verstehen, beim Anspruch packen. Ist doch egal, ob man es Solidarität oder Nächstenliebe nennt, auf den Inhalt kommt es an.

Wir werden nicht akzeptiert werden, wir sind doch nicht verheiratet - die Schwierigkeiten hatten wir auch in der Großstadt. Mensch, denk' doch daran: wir haben die einmalige Chance, zusammen leben und arbeiten zu können.

Kontaktaufnahme

Verschlossene Häuser, verschlossene Gesichter. Unsicherheit darüber, was die von uns erwarten. Wie verkauft man sich am besten? Wie holt man Informationen heraus, ohne zu direkt zu sein und unhöflich zu werden? Was bezwecken die mit der Frage? Welche Antwort wollen sie hören? Welche Antwort kann ich geben?

Vielleicht ist das ja ein fortschrittlicher Pfarrer!? Ich war schon seit 10 Jahren nicht mehr in der Kirche. Muß ich jetzt den "Religiösen" rauskehren? Wovon sprechen die eigentlich? Ich verstehe die Leute überhaupt nicht: ein Menschenbild bei Gott? Und wie ich mir danach meine Arbeit vorstelle? Muß das nicht, wenn schon, eher heissen: Wie ist das Gottesbild bei den Menschen? Ich will doch mit Jugendlichen arbeiten!

"Wenn Sie ein bißchen auf die Leute hier eingehen, werden Sie schon gut mit ihnen auskommen!" Aber das Mißtrauen, die undurchschaubaren Verbindungen ... "Sie müssen das verstehen, alteingesessene Bürger ...!"

Verstecken der eigenen Person, oberflächliches Geplänkel, nur die Fassung wahren - wie weit kann ich jetzt gehen? "Oh, en femme terrible. Naja, sie ist noch jung, aber doch sehr nett. Nettes junges Paar. Ihre Vorstellungen sind doch gar nicht so unvernünftig."

Vorstellungen von meiner Arbeit

Direkten, kontinuierlichen Kontakt zu den Jugendlichen, nicht nur auf Seminaren (weit weg von der konkreten Situation). Keine Tips zur Problemlösung geben, sondern "vor Ort" erleben, wie Konfliktbewältigung aussieht. Ich will spüren, wo persönliche und gesellschaftliche Grenzen meiner Arbeit sind. Schulen müssen doch mal aufgeknackt werden. In den Kleinbetrieben herrschen wahrscheinlich noch feudale Zustände. Die Fortschritte in Bezug auf Zusammenleben, gewerkschaftliche und politische Arbeit müssen doch auch in die Provinz gebracht werden, eine Gegenkultur zu den traditionellen Angeboten schaffen, Jugendliche über ihre Situation aufklären, in Gruppen Alternativen entwickeln, Kontakte zu anderen Verbänden und Gruppen. Langsam aber sicher ein Netz von Andersdenkenden und Andershandelnden spinnen - bis hin zu öffentlichen Protesten.

Beziehungen zum Träger

Hoffentlich falle ich nicht gleich als "Linke" auf. Erst muß ich eine Basis unter den Jugendlichen haben, die werden ganz schön kontrollieren, Unruhestifter dulden die nicht, ich muß mich formal absichern - da versuchen sie zuerst, mir eins auszuwischen, auf einen Rauswurf kann ich es erst ankommen lassen, wenn die Jugendlichen es gelernt haben, ihre Interessen selbst zu vertreten, die merken doch bald, daß sie jemanden bezahlen, der nicht in ihrem Interesse arbeitet.

"Sie tun mir richtig leid, jeden Tag diese desinteressierten Jugendlichen." "Verzweifeln Sie nicht an den vielen Problemen?" "Meinen Sie,

es ist richtig, wenn im Jugendzentrum geknutscht wird?" "Es sind ja auch Hascher da." "Vielleicht sollte kein Alkohol verkauft werden." "Ein bißchen unsauber, aber wenn es den Jugendlichen gefällt." Sind das wirklich die Probleme meines Arbeitgebers? Was steckt hinter diesen Fragen? Irgendwo bin ich Fachautorität, jedenfalls greifen sie mich nicht an und widersprechen auch nicht, wenn ich etwas erkläre. Sie kommen mir verunsichert vor, überfordert von den Problemen, die auf sie eingestürzt sind.
Aber sie bleiben mißtrauisch bis hin zur Ablehnung durch Nichtbeachtung, ganz wenige Sympathiebeweise und Unterstützungsangebote.
Manchmal bemerke ich auch Verwunderung, wenn ich Interesse an ihrer Arbeit zeige, z.B. Redaktionssitzung für das Gemeindeblatt: Wer ist Verbündeter - wer ist Feind? Ich durchschaue nicht, was "bei denen" abläuft.

Immer sind sie mir mit Informationen einen Schritt voraus, über Kanäle, die ich nicht kenne. Ich durchblicke nicht das System, über das die Finanzierung, die Materialbeschaffung u.a. läuft. Wer hat denn nun schon wieder mit wem gemauschelt? Es gibt doch Gesetze, die meine Rechte beinhalten und um mein Recht zu bekommen, gibt es öffentliche Wege.
Es ist doch Vertrag, daß Kreis und Stadt das Jugendzentrum mitfinanzieren - warum soll ich ein Dankesfest arrangieren? Die Presse muß natürlich auch dabei sein, heute loben wir die guten Taten des Herrn Landrat und dafür wird morgen der eigene Verein lobend erwähnt und vor allem bei der nächsten Mittelvergabe nicht vergessen.
Nur: ich komme mir doch etwa komisch in dem Getriebe vor. Wo bleibt mein politisches Verständnis, wenn ich Leuten die Hand geben muß, die ich bekämpfen will?
Unumgängliche Repräsentationspflichten? Anpassung? Könnte ich nur mal sagen, wie dumm ich ihre Reden finde: "Die jugendlichen Pflanzen, die man gießen, hegen und pflegen muß, damit sie wachsen und erblühen!"

Öffentlichkeit

Die Stadt ist zu eng und damit das Beziehungsgeflecht, ich sehe nicht, wo Freund ist und wo Feind, hier schlagen sie sich, dort sitzen sie am Stammtisch und duzen sich. Sind die Auseinandersetzungen nicht nur Scheingefechte? Bestimmend ist der eigene Vorteil, egal, woher genommen. Ich denke, der ist Genosse? Was macht der im Vorstand des Schützenvereins? Der duzt sich ja sogar mit diesem offensichtlichen Faschisten!
Die sogenannte Öffentlichkeit ist die Öffentlichkeit ausschließlich der Vereinsvorstände und in denen sitzen ausschließlich die Honorationen.

Ich werde wohl vom gesellschaftlichen Leben Limburgs ausgeschlossen bleiben. Ich habe keine einflußreichen Bekannten, lasse mich nicht bei gesellschaftlichen Ereignissen wie Orgelkonzert, Limburger Fasenacht u.ä. einführen. Ansonsten gibt es anscheinend nur Leben hinter geschlossenen Wohnungstüren, ich weiß von keiner Wohngemeinschaft, von keinem Fest, wo man mal vorbeischauen kann. Nicht mal Sozialarbeiter, zu denen ich Kontakt über die Arbeit habe, treffen sich privat.

Ich komme mir vor wie ein Außenseiter: undefinierbar, was arbeitet die den ganzen Tag? Jugendzentrum - kennt man doch aus der Zeitung: "Brutstätte für Radikalinskis und langhaarige Gammler!"

Unverheiratet lebt sie auch noch mit einem zusammen, einen Jugendlichen in der Wohnung aufgenommen, keine Referenzen - könnte ja ruhig Juso sein, dann wenigstens wüßte man, wohin mit ihr.

Sind das die Stimmen der Öffentlichkeit? Wenn doch wenigstens offene Angriffe kämen, aber so komme ich mir wie von der Öffentlichkeit totgesagt und doch lebend vor.

Die Jugendlichen

Die Jugendlichen haben das gleiche Mißtrauen wie ihre Eltern. Sie kennen die Gruppen, in denen man sein muß, um anerkannt zu sein. Sie wehren sich gegen mich, die sie als Erwachsene sehen, in der Hoffnung, doch anders zu werden. Wenige sind bereit, mich zu akzeptieren und mit mir Freundschaft zu schließen.
Ich bin für sie "eine Studierte", "ein Besserwisser", "ein Aufpasser". Jedesmal, wenn ich etwas sage, was mit Verhalten zu tun hat, bin ich auch nur so ein intoleranter, verständnisloser, autoritärer Erwachsener.

Sie haben keine Freiräume, ständige Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Jeder kennt jeden, Nachbarn setzen Eltern unter Druck, Lehrer haben noch Allmacht, im Betrieb ist kein Chef, sondern ein neuer Vater.
Der ganze Frust wird natürlich im Jugendzentrum abgeladen - wo auch sonst? Doch wo bleibe ich? Ihr könnt mich doch nicht darauf reduzieren, "Organisationsheini", "Problemlöser", "Beschäftiger" für Euch zu sein! Wenn ich Interessen oder Ansprüche habe, habt Ihr "keinen Bock", und ansonsten: Welch ein Fluch, daß ich immer sehr müde und geschafft bin und kaum Zeit habe, etwas anderes zu tun als Jugendzentrumsarbeit.

Es gibt nämlich kein Büchergeschäft mit nur einem linken Buch, kein Kino mit anspruchsvolleren Filmen als "Liebesgrüße aus der Lederhose", kein Theater - außer Gastspiele drittrangiger Ensembles, keine verräucherte Kneipe zum zwanglosen Treffen, keine Leute in meinem Alter - studieren entweder in Frankfurt oder sind verheiratet, haben zwei Kinder und andere Sorgen und sehen abends fern. Keine großen Kaufhäuser, wo man wenigstens mal seinen Kummer sublimieren kann, keine Sportmöglichkeit, Sporthallen und -plätze sind an Vereine vergeben, denen man beitreten muß, Sportclubs nehmen "unsereins" nicht auf.

Der Artikel ist nicht so resignativ gemeint, wie es jetzt vielleicht erscheint. Er ist aus der augenblicklichen Situation heraus geschrieben. Um diesen Erfahrungen Struktur und Perspektive zu geben, muß m.E. das PROBLEM "Sozialarbeit in der Provinz" an folgenden Fragen weiter diskutiert werden (mal abgesehen von politisch-ökonomischen Bedingungen):

- Von welchem Anspruchsniveau her messen Sozialarbeiter ihre Erfolge?
- Was wird allgemein als Erfolg in der politischen Arbeit angesehen?
- Faktor "Zeit".
- Veränderung durch Vorleben alternativer Lebensformen?
- Abfragbares Wissen oder Verhaltens- und Einstellungsänderung?
- Verhältnis: eigenes Verhalten - politische Ansprüche.
- Erfahrbarmachen des politischen Verständnisses.

★

UJZ Kornstr., Hannover:

PARLAMENTARISCHER KAMPF UM DIE WEITERFÖRDERUNG DURCH DIE STADT

Wir haben, wieder einmal, eine Weiterförderung unseres Jugendzentrums durch die Stadt durchsetzen können. Gegen die Stimmen der CDU hat der Stadtrat von Hannover - nun schon zum vierten Mal - für eine Weiterförderung des UJZ in der Kornstr. stimmen müssen. Diese liegt an der unteren Grenze des Existenzminimums, aber ohne diese öffentlichen Mittel wären wir augenblicklich nicht in der Lage, das Jugendzentrum zu halten. Diese Mittel sind uns nicht geschenkt worden, wir mußten sie erkämpfen. Ein entscheidendes Mittel war dabei die Auseinandersetzung mit den politischen Parteien im Stadtparlament. Die Argumentation der CDU war nichts als demagogisch und versuchte, das UJZ als ein Hort von Extramisten, Staatsfeinden und Rechtsbrechern darzustellen. *("Hier soll das Feuer für die Weltrevolution und den Klassenkampf geschürt werden." So das Zitat eines CDU-Ratsherrn.)* Die CDU war allerdings gehandicapt: einer ihrer Sprecher, Stadtrat Wedekind, hatte wenige Monate vorher vom Verwaltungsgericht untersagt bekommen, weiterhin, wie in der BILD, zu behaupten, das UJZ Kornstr. "sei fest in kommunistischer Hand".

Die Verwaltung, insbesondere der Dezernent für Jugend, Gesundheit und Sport, Klaus Beste, versuchte, nachdem sie zunächst eine Weiterförderung zu verhindern getrachtet hatte, sich abzusichern und forderte den Trägerverein des UJZ auf, seine Stellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zum Grundgesetz schriftlich zu präzisieren. (s. Dokument) Innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion setzten sich jene reformistischen Kräfte durch, die im UJZ ein Modell fortschrittlich-sozialintegrativer Jugendarbeit sehen. Ein SPD-Ratsherr meinte, man "müßte das UJZ Kornstr. schaffen, wenn es so etwas nicht bereits gäbe." "Es sei immer schwierig, Jugendliche in die Gemeinschaft einzuführen. Das gelte insbesondere für die, die aus irgendwelchen Gründen kein konkretes berufliches Ziel vor Augen hätten oder die arbeitslos seien."

Aus diesem Diskussionszusammenhang veröffentlichten wir zwei Papiere, mit denen wir direkt in die parlamentarische Auseinandersetzung eingegriffen haben. Sie ermöglichten es der Verwaltung, ihre Rechtsstaatlichkeit zu wahren und, unter Hinweis auf die "hervorragende Sozialarbeit" im UJZ einer Weiterförderung zuzustimmen. Desgleichen konnten die SPD- und FDP-Ratsherren - teilweise erst nach intensiven Diskussionen mit Leuten aus dem UJZ - in ihren Fraktionen Mehrheiten für die Weiterförderung zustandebringen. Mit dem zweiten hier veröffentlichten Papier versuchten wir, diesen für die entscheidenden Sitzungen im Jugendwohlfahrtsausschuß und Rat gegen die undifferenzierte CDU-Motzerei Argumentationshilfen in die Hand zu geben.

Dokument: Argumentationshilfe

Daß selbstverwaltete Jugendzentren, auch wenn sie sich "unabhängig" nennen wie das UJZ Nordstadt in der Kornstr. Hannover, nicht wirklich unabhängig vom bürgerlichen Staat stind, ist eine Binsenweisheit. *(Die Jugendpolitik der Stadt Hannover, Erziehung und Klassenkampf 10/11, 1974)* Die Notwendigkeit, von den regionalen Stadtverwaltungen finanzielle Zuschüsse zu fordern, macht diese Zentren notwendigerweise zu einem Bestandteil staatlicher Jugendpolitik. Der Grad der "Unabhängigkeit" ist ein Reflex der verschiedensten Tendenzen innerhalb der bürgerlichen Fraktionen im Staatsapparat selbst, in denen sich immer auch widerspiegelt die Stärke und Macht reformistischer Teile, deren Durchsetzungsmöglichkeiten gebunden sind an die Entfaltetheit und Mobilität der Arbeiterbewegungen. Es ist eine weitere Binsenweisheit, wenn wir konstatieren müssen, daß der Organisationsgrad der Arbeiterbewegung in der BRD gering ist und das Kapital sich in der Offensive befindet.

Notwendigerweise sind der sozialistische Anspruch und die Möglichkeiten antikapitalistischer Politik innerhalb eines Arbeiterjugendzentrums auch gebunden an die Entwicklungen der Arbeiterbewegung selbst. Wir haben - insbesondere in der letzten Zeit - nie verhehlt, daß es notwendig ist zu akzeptieren, daß wir im Jugendzentrum in diesen Zwiespalt eingebunden sind. *(A. Diemer, Bericht aus einem unabhängigen Jugendzentrum, leben - lernen - kämpfen, betrifft erziehung, 7, 1975)* Konkret heißt das: die vom UJZ praktizierte sozialistische Tendenz hängt ab von dem Bewußtsein und den Lernmöglichkeiten der Arbeiterjugendlichen, die ins Zentrum kommen, dem Organisationsgrad der Linken in Hannover (die halt auch nicht mehr und nicht weniger darstellt als die Linke in der BRD insgesamt) und der Reformbereitschaft der regionalen Stadtverwaltung (die desgleichen nicht außerhalb des bundesrepublikanischen Staatsapparats hängt). Das Umschlagen der Reformansprüche in blanke Restaurations- und Stabilisierungsstrategie im Staatsapparat muß notwendigerweise auch ein Reformprojekt wie unser UJZ infrage stellen. Wir aber meinen, daß es gerade im Augenblick entscheidend ist, u.a. selbstverwaltete Jugendzentren, die einen Anspruch fortschrittlicher Jugendpolitik stellen und zu realisieren trachten, zu halten, auch wenn in der augenblicklichen Situation keine sogenannte "Jugendzentrumsbewegung" dahinter steht.

Nach der keineswegs ganz verfassungskonformen Logik eines CDU-Ratsherrn allerdings geht das nicht an: "Jeder könne in dieser Bundesrepublik denken, was er wolle" aber, so "wolle er noch in diesem Zusammenhang erinnern", daß es nicht anginge, "daß jeder für jeden Denkprozeß auch öffentliche Mittel bekommen solle", denn - so der welthistorische Purzelbaum - einer Rosa Luxemburg "sei es zu keiner Zeit eingefallen, Geld von denen zu nehmen, deren Macht sie zu beseitigen angetreten sei." Da hat sich der CDU-Mensch aber ganz schön in der Arbeiterbewegung geirrt. Auch wenn es uns schmeichelt, in den historischen Zusammenhang einer Rosa gebracht zu werden, so wollen wir doch konsequent und dialektisch nach ihren Prinzipien handeln. Mindest in der Geldfrage. Denn natürlich wollen wir Geld von denen, die die Macht haben, gerade um sie ein wenig weniger mächtig zu machen. Reformen wollen wir natürlich, sofern sie die

Lage und Organisierungsfähigkeit der Arbeiterklasse verbessern. Da sind wir ganz Luxemburgisten.

Es ist richtig und wichtig, gerade in einer Phase,in der derartige Plattituden unseres CDU-Mannes zur Staatstheorie werden, sich konsequent auf die in der Verfassung verankerten Recht zu beziehen. Gerade wo allüberall die sozialistische Tendenz sich in der Defensive befindet und der kapitalistische Staat dies ausnutzt, um aus dem Grundgesetz eine Waffe gegen sämtliche emanzipatorische Ansätze zu machen, ist es notwendig, erkämpfte Positionen zu erhalten, auch durch Rekurs auf die "Rechtsstaatlichkeit". Die Arbeiterbewegung braucht Luft zum Atmen - wir sollten uns nicht freiwillig ersticken lassen. Unsere Erfahrungen und Argumentationen könnten auch für andere selbstverwalteten Jugendzentren, die im Clinch mit der Staatsverwaltung stehen, brauchbar sein.

★

DOKUMENTATION

★★★

AUF 96 SEITEN DIESER DOKUMENTATION WIRD DER IN DER GESCHICHTE DER JUGENDZENTRUMSBEWEGUNG WOHL EINMALIGE FALL DER AKTION JUGENDHAUS WERTHEIM DARGESTELLT. DIESE INITIATIVE KÄMPFT SEIT 7 JAHREN (!) FÜR EIN JUGENDHAUS UND HAT TROTZ DREIER HAUSBESETZUNGEN 1971 , 1973, UND 1975 HEUTE IMMER NOCH KEIN JUGENDHAUS.

DIE GESCHICHTE DER AKTION JUGENDHAUS
IST EINE GESCHICHTE VON HAUSBESETZUNGEN

DIE DOKUMENTATION SCHILDERT NICHT NUR DIE ERFAHRUNGEN IN BEZUG AUF DIE 3 HAUSBESETZUNGEN' SONDERN BEFASST SICH MIT DEN GRUNDLIEGENDEN PROBLEMEN DES JUGENDHAUSKAMPFES IN DER PROVINZ; INSOFERN IST DIESE DOKUMENTATION EINE BEREICHERUNG DER THEORIEDISKUSSION INNERHALB DER JUGENDZENTRUMSBEWEGUNG.

DIE DOKUMENTATION IST GEGEN VOREINSENDUNG VON DM 5,–– + DM 1, –– PORTO AUF DAS KONTO DER AKTION JUGENDHAUS,SPARKASSE WERTHEIM NR. 3 8 o 6 3 7 9 ERHÄLTLICH. BEI MEHRFACHBESTELLUNG GIBT ES RABATTE. WIR KÖNNEN " UNSER WERK" NUR GEGEN VORAUSZAHLUNG ABGEBEN, DA WIR UNS KEINE DEFIZITE LEISTEN KÖNNEN. WIR BEKOMMEN VON DER STADT KEIN GELD UND WURDEN IN DEM IM MÄRZ 1975 BESETZTEN HAUS REGELRECHT "AUSGEHUNGERT". EINE BESTELLUNG,SPENDE ODER NUR DIE BEZAHLUNG IST DAMIT EIN TEIL VON SOLIDARITÄT.

★★★

AKTION JUGENDHAUS

Portugal-Solidarität

SPENDEN FÜR PORTUGAL – SOLIDARITÄT MIT DEN PORTUGIESISCHEN KINDERN

Im Info Nr. 12 haben wir den Kindergarten in Pragal/Almada vorgestellt und zur Unterstützung aufgerufen.
In einem Brief vom 9.2.1976 berichtet der Rat der Einwohner über die weitere Entwicklung. Wir drucken Auszüge aus diesem Brief ab und fordern alle Kollegen und Genossen auf, ihre Unterstützung nicht zu versagen.
Der Kindergarten benötigt dringend finanzielle Hilfe, sowie folgende Arbeitsmaterialien: Filz- und Wachsstifte, Knetmasse, Marionetten, Spielzeug, Puzzles, Puppen, Musikinstrumente (Xylofon, Triangel etc.)

Sachspenden nimmt entgegen:
Friedericke Borlinghaus-Adami, Rosenplatz la, 4400 Münster

Geldspenden sind einzuzahlen auf das Sonderkonto Portugal, Michael Schwelien, Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach Nr. 17455702.

★

Rat der Einwohner
Quinta da Horta-Pragal
Pragal-Almada

"Genossen,
wir fühlen uns sehr glücklich zu wissen, daß unser Kampf in Eurem Land bekannt ist. Wir meinen, daß das Geld, das Ihr für den Kinderhort besorgt habt, sehr nützlich sein wird. Schon seit langem planen wir eine Treppe zu bauen, die den unteren Teil des Hauses mit der oberen Etage von innen verbindet.

Die Erzieherinnen sind ideal. Die Art, wie sie die Kinder erziehen, gefällt uns sehr gut. Den Größeren bringen sie bei, wie der Garten versorgt wird und wie die Tiere betreut werden. Sie haben selbst einen Stall gebaut und Kaninchen und Küken reingetan. Die Kinder machen viele handwerkliche Arbeiten. Sie lernen singen. Sie machen Tischlerarbeiten. Sie haben sogar eine kleine Werkstatt in einer Ecke des unteren Raumes. Dieser Raum war die Garage des Colonels. Wir haben sie nämlich in den Aufenthaltsraum für die Kinder umgewandelt. In diesem Raum sind die 4-6jährigen Kinder. Im oberen Raum die 3-4jährigen. Da ist auch ein Teil für die Babies.

Bisher hat uns der Staat nur unterstützt, indem er die Gehälter der Erzieherinnen bezahlt. Wir haben außerdem 3 Hilfskräfte. Aber diese verdienen sehr wenig, denn zu ihrer Bezahlung dient das Geld, welches die Eltern am Monatsende bezahlen. Das ist sehr wenig, denn die Eltern können auch nicht mehr zahlen. Wäre das nicht so, wäre es auch

kein Volkskinderhort. Aber die drei Helferinnen sind gewissenhafte Personen, denn es ist so, daß wir alle unsere Arbeit haben, und darum haben sie großes Interesse an der Arbeit, obwohl sie nur so wenig verdienen - 2 200 Escudos/Monat.

Hier im Rat von Almada gibt es 5 Volkskinderhorte, unserer inbegriffen. Wir wollen nicht eitel sein, aber die Personen, welche unsern Hort besuchen kommen, meinen, daß unserer am besten funktioniert. Von den 5 Horten sind zwei, die bisher nicht geöffnet waren, denn sie hatten Schwierigkeiten mit der Herrschaft wegen Besetzung,und jetzt müssen sie noch einige Bauarbeiten machen. Jeden Samstag versammeln sich die Vertreter der Horte. Wir bereiten eine Liste mit Forderungen vor, um sie der Regierung vorzulegen, in der wir finanzielle Unterstützung für die Horte verlangen.

Der 25. November war ein Putsch der Rechten. Das war ein schwerer Schlag gegen die Organisationen des Volkes. Man spürte danach eine schwere Entmutigung bei den Leuten. Trotzdem, die bewußtesten Genossen aus der Bevölkerung wissen, daß es nötig ist, auf allen Gebieten gegen den Vormarsch des Faschismus zu kämpfen.

Hier in Pragal arbeitet der Rat weiter. Aber wir müssen wachsam sein. In Bezug auf den Hort hat man gut gearbeitet, und wir sehen nicht die Möglichkeit, daß der Colonel uns rausschmeißen könnte. Der Hort funktioniert schon 4 Monate und die Bevölkerung empfindet ihn als ihr Eigentum.
Die Kaserne von Almada, die mit sehr fortschrittlichen Kräften belegt war, welche uns bei den Besetzungen unterstützten, wurde durch die Regierung aufgelöst. Einige Militärs wurden durch den 25. November eingesperrt und andere wurden rausgesäubert.
Trotzdem, in Bezug auf den Hort sind wir nicht sehr ängstlich. Wir vertrauen, daß das Volk seine Errungenschaften zu verteidigen weiß, wenn es ausreichend organisiert ist.

Darum hat die Regierung bisher nicht die Einwohnerräte verboten. Sie bereitet ihnen die größtmöglichen Schwierigkeiten oder versucht, sie für ihre Zwecke zu gebrauchen. Aber wir wissen, was wir wollen und sind vorbereitet.

Hier in Pragal haben wir schon begonnen, dagegen zu kämpfen, daß eine Herrschaft einen Mieter auf die Straße wirft. Seit dem 25. November haben die Faschisten ihre Häupter erhoben. Vor etwa 15 Tagen wollte die G.N.R. in Lissabon Bewohner, welche ein Haus besetzt hatten, auf die Straße werfen. Aber die Bevölkerung hat das nicht zugelassen. Und so müssen wir es auch in Pragal machen. Und müssen es auf andern Stellen machen.

Revolutionäre Grüße - Rat der Einwohner von Pragal"

★

Redaktionskollektiv:

REPRESSION UND POLITISCHE ARBEIT IM SOZIALBEREICH
- Zur Strategie im Arbeitsfeld Sozialarbeit -

Wenn wir uns in der folgenden Argumentation mit einigen Tendenzen der Organisierung linker Sozialarbeiter und Erzieher streckenweise überpointiert kritisch auseinandersetzen, so geht dieser Vorgehensweise die Einschätzung voraus, daß die Entwicklung der letzten Jahre unseren Arbeitsansatz grundsätzlich bestätigt hat: nämlich an den Interessen und Bedürfnissen der Genossen im Sozialbereich konkret anzusetzen und organisatorische Schritte nicht von vorgegebenen dogmatischen Konzepten, sondern von der Aufarbeitung gemeinsamer Erfahrungen abhängig zu machen. Der engere Arbeitszusammenhang um den Info hat sich gefestigt, die Abonnentenzahlen steigen und das Arbeitsfeld Sozialarbeit im Sozialistischen Büro ist zu einem verbindlichen überregionalen Bestandteil politischer Arbeit im Sozialbereich geworden.
Vor diesem durchaus erfreulichen Hintergrund mag der nachstehende Artikel als Beitrag zu den Organisationsbestrebungen des Sozialistischen Büros und der damit verbundenen Strategie-Debatte manchen Genossen provozierend erscheinen. Als ersten Anreißer für eine intensivere Auseinandersetzung halten wir freilich die Betonung gerade der wunden Punkte für nützlich.

<u>Zur Problematik des Organisationsprozesses im Arbeitsfeld</u>

Die beiden letzten AF-Tagungen in Schnackenburg (Mai 75) und in Kassel (Nov. 75) haben Problemstellungen aufgeworfen, die die bisherige AKS-Arbeit, die überregionale Zusammenarbeit, sowie die bislang praktizierte Konzeption des Informationsdienstes Sozialarbeit in Frage stellen, freilich ohne daß eine klare Perspektive für die weitere Arbeit schon in greifbare Nähe gerückt ist.

Auf der Tagung in Schnackenburg wurde erstmals in größerem Rahmen der Versuch unternommen, über die im Editorial des Infos Nr. 1 definierte Funktion des Infos und des sich daran festmachenden überregionalen Zusammenhangs der AKS-Gruppen hinauszugehen. In dem Editorial heißt es: "Durch den Info soll den Gruppen und arbeitenden Genossen dadurch Unterstützung gegeben werden, daß sie die Möglichkeit erhalten und aufgefordert werden, ihre Erfahrungen, unmittelbaren Probleme, Konflikte und Bedürfnisse darzustellen und mit anderen Gruppen in einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch zu treten." (Info Sozialarbeit, Heft 1, S. 7) Diese Ausgangsbasis entsprach in pragmatischer Weise den Anforderungen der damaligen Situation und bestimmte den Rahmen der Zusammenarbeit als einen locker-assoziativen.

Der Vorstoß in Schnackenburg bewegte sich allerdings noch vorwiegend auf der Ebene organisatorischer Regelungen und kaum spezifizierter Postulate. Es wurden zwei Delegierte des AF für den Delegiertenrat

des Sozialistischen Büros (SB) gewählt. Damit wurden formal die organisatorischen Anstrengungen des SB nachvollzogen. Andererseits war den Beteiligten eigentlich klar, daß dieser Schritt über eine nur vage inhaltliche Basis verfügte, denn niemand konnte sagen, welche politische Perspektive des Arbeitsfeldes die Delegierten im Delegiertenrat vertreten sollten. Dazu wären nämlich politische Kriterien notwendig, um die eigene AF-Praxis einschätzen zu können und konkrete Vermittlungsschritte zu einer übergreifenden sozialistischen Politik mit den Genossen der anderen AF (Betriebe, Lehrer, Gesundheitswesen etc.) zu entwickeln.

Obwohl in Schnackenburg als "gemeinsame Erkenntnis" angegeben wurde, "daß die Arbeitsfeld-Organisationsform des SB den Interessen und den Problemen in der Arbeit von Sozialarbeitern,-pädagogen angemessen ist" (Info 10,S. 59), zielte diese erste Etappe im Prozeß der politischen Selbstdefinition des Arbeitsfeldes zunächst einmal auf eine Problematisierung der Handlungsstrategien linker Sozialarbeiter in ihrer Berufspraxis ab, konnte aber noch keine konkreten Schritte formulieren, die über Ansprüche hinausgehen, wie sie bereits auf einer Info-Tagung im Oktober 1973 vage angerissen wurden. Schon damals hieß es: "Notwendig scheint uns jetzt ... eine gründliche theoretische Bearbeitung und politische Einschätzung von Praxiskonflikten..." und "...zu einer kontinuierlichen Diskussion über eine sozialistische Strategie im Reproduktionsbereich zu kommen." (Info Nr. 5, S. 11-12)

Was wir mit dem Gesagten verdeutlichen wollen und was real auf der Kasseler Tagung auch voll zum Ausbruch kam, ist der Widerspruch zwischen kaum inhaltlich angerissenen Postulaten politischer Arbeit im Arbeitsfeld, die sich nicht zuletzt an dem halbherzig hergestellten Bezug zum organisatorischen Zusammenhang des SB festmachen, und der konkreten Praxis der AKS-Gruppen, die durch eine zunehmende Orientierungslosigkeit gekennzeichnet ist. Spätestens in Kassel wurde offenbar, daß nicht nur der Bezug zum SB noch weitgehend unvermittelt ist, sondern daß auch die gesellschaftlichen Bedingungen, die die bisherige Praxis der AKS-Gruppen begründeten und zu einem pragmatischen Selbstverständnis beitrugen, andere geworden sind. Vor dem Hintergrund der ausklingenden Studentenbewegung und einer scheinbaren breiten Öffnung zu den Zielen reformistischer Politik trugen die Vorstöße der Linken im Sozialbereich in Form von Projekten und Alternativmodellen im Bereich der Heimerziehung, mit Wohnkollektiven und Jugendzentren, zu einer zeitweiligen Verunsicherung der Sozialbürokratie und der institutionellen Träger von Sozialarbeit bei, die uns leicht ein trügerisches Gefühl der eigenen Stärke vermittelte. In dieser Phase war die spontane Initiierung von AKS-Gruppen in Verbindung mit Projekten der naturwüchsige organisatorische Ausdruck der Bewegung. Jetzt - in Zeiten ökonomischer Krise und politischer Repression und mit dem Wegfall offensiver Alternativmodelle verbunden mit zusätzlicher Einschüchterung und begründeter Realangst vor Disziplinierung - ist eine Situation eingetreten, die die bisherige AKS-Arbeit in Frage stellt.

Wir halten es für zentral wichtig, diese praktischen Arbeitsschwierigkeiten der Gruppen in einen Zusammenhang zu stellen mit der Frage bereichsübergreifender Organisierung im SB. Werden die praktischen

Schwierigkeiten nicht mit der generellen Problematik sozialistischer Politik in der Phase der "zweiten Restauration" vermittelt, ist die Festschreibung der zirkulären Verlaufsformen von Arbeitsfeld-Tagungen unvermeidlich:

- Erfahrungen werden ausgetauscht, aber eher summiert, als analytisch begriffen und politisch orientierend verarbeitet;
- das Info wird auf die Abhandlung von Schwerpunkt-Themen reduziert, die die jeweilig schreibende Gruppe zeitlich okkupiert;
- der Bezug zum SB bleibt ein auf der allgemeinen Ebene abstrakt hergestellter, der eher der Legitimation nach außen dient, als praktischen Notwendigkeiten entspringt.

Mit den folgenden Ausführungen wollen wir diesen Zusammenhang verdeutlichen, indem wir einmal näher auf die historisch veränderten Bedingungen und ihre Bedeutung für die Praxis des Arbeitsfeldes eingehen, um dann den Bezug zwischen Arbeitsfeld und SB an einigen Problemstellungen zu konkretisieren.

Methodisch ergeben sich dabei notwendigerweise Verallgemeinerungen, deren grobe Raster nicht ganz unproblematisch sind. Unsere Ebene der Analyse blendet die Ungleichzeitigkeiten und lokalen Differenzierungen der Entwicklung von AKS-Gruppen weitgehend aus. Die Berücksichtigung dieser jeweils besonderen Bedingungen und spezifischen Lernprozesse soll nicht einfach unterschlagen werden. Vielmehr fordern wir die Gruppen auf, diesen höheren Präzisierungsgrad durch die Reflexion ihrer eigenen Erfahrungen stärker in die Arbeitsfeld-Diskussion einzubringen. So wollen wir nicht verschweigen, daß sich entgegen der von uns vorrangig bezeichneten Tendenz durchaus einige AKS-Gruppen über die Auseinandersetzung mit Konflikten in Institutionen gebildet haben. Gerade ihre Erfahrungen sind aber im Info- und Arbeitsfeld-Zusammenhang bisher unterbewertet worden.

Von der Modelleuphorie in die Defensive

Im Zuge der Studentenbewegung und durch die Beschäftigung mit Randgruppen entstanden 1968/69 im gesamten Bundesgebiet eine Vielzahl von Basisgruppen, die sich im Sozialbereich engagierten. Die Gründung von AKS-Gruppen war das Ergebnis der Einsicht, daß die katastrophale Lage der "Klienten", die unzulänglichen Arbeitsbedingungen in den Ämtern, Heimen und Tagesstätten, die Abhängigkeit von Sozialbürokratie, die praxisferne Aus- und Fortbildung nur geändert werden könnten, wenn wir unsere Interessen selbst vertreten und uns nicht länger auf Berufsverbände und Parteien verlassen würden. Den Anspruch der Sozialarbeit ernstnehmend, versuchten wir, die Funktion der Sozialarbeit vor dem Hintergrund der eklatantesten Widersprüche dieser Gesellschaft neu zu bestimmen. In vielen Städten organisierten sich Sozialarbeiter in Arbeitsgruppen, beteiligten sich gemeinsam mit Studenten an Randgruppenprojekten mit Fürsorgezöglingen, Obdachlosen, psychisch Kranken oder gründeten Vereine zwecks Organisierung von Alternativmodellen (z.B. Jugendwohnkollektive). Höhepunkt dieser Bewegung, in der sich Elemente radikaldemokratischer, liberaler bis hin zu sozialistischen Positionen zusammenfanden, war das vom SB und der "Sozialpädagogischen Korrespondenz" initiierte gemeinsame Auftreten zum Jugendhilfetag 1970 in Nürnberg als "Sozialistische

Aktion". Die Existenz dieser spontan gebildeten Basisgruppen konnte sich durch die verunsichernde Wirkung legitimieren, die sie in der Auseinandersetzung mit den Fürsorgeverbänden und den traditionellen Institutionen der Sozialarbeit ausübten (bes. sichtbar auf dem Deutschen Jugendhilfetag in Nürnberg), wobei sie auch gewisse Teilerfolge erreichten. Katstrophale Mißstände wurden in das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit getragen, verwiesen die Sozialbürokratie auf ihre totale Konzeptionslosigkeit und veranlassten sie zu Konzessionen in besonders eklatanten Fällen.

Indem die radikale Kritik fortschrittlicher Sozialarbeiter die realen Legitimationsschwierigkeiten der Sozialbürokratie bloßlegte, bewegte sie sich primär noch auf der Ebene des Einklanges von Postulaten einer "besseren Sozialarbeit". Vor diesem Hintergrund konnte die anvisierte Form von Sozialarbeit und der Anspruch politischer Arbeit selbst schon als eine Identität begriffen werden.
Das in dieser Atmosphäre entstandene Gefühl der eigenen Stärke weckte Illusionen, alternative Modelle im Sozialbereich absichern zu können und dadurch die etablierte Sozialarbeit in Zugzwang zu bringen. Besonders auch durch die linke Publizistik (und nicht zuletzt auch im Info) wurde der Stellenwert alternativer Sozialarbeit oft überzogen dargestellt.

Das Verhältnis von theoretischer Reflexion und konkreter Praxis stellte sich merkwürdig unvermittelt dar. Auf der einen Seite führte die Arbeit im "beschränkten" Praxisbereich zu Hoffnungen und Illusionen, so etwas wie sozialistische Keimzellen kreieren zu können, andererseits bewegten sich die Versuche gesamtgesellschaftlicher Analyse auf der allgemeinsten Ebene der Rezeption marxistischer Grundbegriffe, die, da sie nicht imstande waren, die allgemeine Logik des Kapitalverhältnisses mit der besonderen historischen Ausprägung des Reproduktionsbereiches differenziert zu vermitteln, weder eine adäquate Reflexion der praktischen Arbeit noch eine mittelfristige perspektivische Orientierung ermöglichten. Kurzfristigen Erfolgen stand die relativ abstrakte Einsicht von der Totalität gesamtgesellschaftlicher Strukturen gegenüber, nach dem Motto, daß alles mit allem zusammenhängt.

Die in dieser Phase der Sozialbürokratie abgetrotzten Zugeständnisse (in Form von Jugendwohnkollektiven, Jugendzentren usw.) erwiesen sich zum größten Teil als kurzlebige "sozialistische Inseln". Diese Kurzlebigkeit überdeckte zudem die oftmals vorhandene inhaltliche Ratlosigkeit bei den Sozialarbeiter-Genossen. Administratives Abwürgen der Arbeit durch Hinhaltetaktik oder Polizeieinsatz trug zu einer tendenziell aktionistischen Vorgehensweise bei, die wiederum eine realistische Auseinandersetzung mit Fragen verhinderte, was zum Beispiel soll eigentlich nach der Erkämpfung eines Hauses im selbstverwalteten Jugendzentrum laufen? oder, wie geht man mit alltäglichen Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen und psychosozialen Abläufen etwa in einem Jugendwohnkollektiv um, wo Hinweise auf die Klassenlage der Betroffenen noch nicht viel weiterhelfen. Der Hinweis, von den Jugendlichen lernen zu wollen,sowie Bestrebungen, eine pädagogische Konzeption gleichzusetzen mit der Parole: "Zusammen leben, lernen, kämpfen", zeigten ihre desillusionierende Wirkung dort, wo es wirklich einmal gelang, Erfahrungen über einen längeren Zeitraum zu sammeln.

Überprüft man die linke pädagogische Literatur der letzten Jahre, so finden sich neben einer Unzahl von Kampfberichten nur sehr vereinzelt Arbeiten, in denen Erfahrungen so aufgearbeitet worden sind, daß sie einen praktischen Gebrauchswert für die tägliche pädagogische Kleinarbeit von Sozialisten besitzen (vergl. z.B. für die Hauptschule: Henning/Kuhlmann, Klassengemeinschaft, oder: den Bericht von Alvons Diemer über das UJZ Kornstraße, Hannover in: betrifft erziehung, Herbst 75)

Linke Sozialarbeiter stehen sehr leicht in der Gefahr, ihre eigene Arbeit in übertriebener Weise in politischen Postulaten wie "die Betroffenen organisieren sich selbst" aufgehen zu lassen und damit die anscheinend "unpolitischen" alltäglichen Schwierigkeiten zu ihrem persönlichen Problem zu machen. Das kann zu einer relativen Unfähigkeit führen, notwendige Strukturierungshilfen zu liefern, etwa im Umgang mit Aggressionen von Jugendlichen, beim Insistieren auf sachlichen Anforderungen etc. Vergessen wird oft, daß man es ja nie mit dem gewünschten Idealtypus des Arbeiterjugendlichen, sondern stets mit dem konkreten Peter K. oder Franz M. zu tun hat, die man schlechterdings nicht mit dem Hinweis auf die generelle Klassenunterdrückung aus der Verantwortung für ihr Verhalten entlassen kann.

Dem stand in den letzten Jahren die schnell wiedererwachende Fähigkeit der Träger von Sozialarbeit gegenüber, die fortschrittlichen Impulse der linken Modelle sozialtechnisch zu funktionalisieren. Zum Beispiel werden Wohngemeinschaften in Heimkonzeptionen eingearbeitet, zugleich aber der damit verbundene Anspruch, alternative Lebensformen zu initiieren, eingeebnet. Oftmals festzustellende Reaktionen in unseren eigenen Reihen: entweder zähneknirschend in diesen sozialtechnischen Einrichtungen seine Brötchen verdienen, oder sich flugs auf ein neues, scheinbar politisch relevanteres Praxisfeld zu stürzen, um dort nach einiger Zeit vor ähnliche Probleme gestellt zu werden.

Der überproportionale Stellenwert, der Alternativmodellen und neuen Ansätzen in der Sozialarbeit beigemessen wurde, findet seine sozialpsychologische Erklärung nicht zuletzt in der Notwendigkeit, der erkannten ideologischen Hohlheit des Systems eigene identifikationsfähige Projekte in eins mit einer entsprechenden Berufsperspektive entgegenzusetzen, verbunden mit der unbewußten Hoffnung, die diffizilen Widersprüche eben dieses Systems überspringen zu können.

Die Konsequenzen dieser problematischen Orientierung waren in dreifacher Hinsicht fatal:

1. es wurde unzureichend berücksichtigt, daß Sozialarbeit als Lohnarbeit den Sozialarbeitern eine Berufsperspektive aufzwingt, die per se nicht widerspruchsfrei sein kann. Faktisch waren auch die meisten Projekte über Finanzierung von Institutionen abhängig. Die notwendige Folgerung, parallel auch in den Institutionen zu arbeiten, wurde kaum praktisch umgesetzt (vergl. Info Nr. 5, S. 15-21).
2. "rechts liegen gelassen" wurden die Kollegen in den Institutionen selber, die nicht das "Glück" hatten, just in den Bereichen tätig zu sein, die gerade politisch "in" waren, sondern sich mit traditionellen Jobs im Sozialamt, Jugendamt, Familienfürsorge, Bewäh-

rungshilfe etc. herumschlagen mußten. Diese Kollegen wurden weitgehend mit der Frage alleingelassen, an welchen Punkten in der täglichen Kleinarbeit mit den von Sozialarbeit betroffenen Schichten der Arbeiterklasse sich eine fortschrittliche Berufspraxis festmachen läßt.

3. die wirklich autonomen Projekte, die logischerweise keine Berufsperspektive für Sozialarbeiter bieten, gleichwohl aber wichtige Impulse für linke Sozialarbeiter in Institutionen beisteuern, wie z.B. der SSK Köln, haben sich gegenüber fortschrittlichen Kollegen abgeschottet und sind einer produktiven Diskussion (z.B. auch mit unserem Info) aus dem Weg gegangen. Sinnvolle Kooperationsmöglichkeiten, die einer Isolierung dieser Ansätze in der Öffentlichkeit vorbeugen könnten, kamen bisher kaum zustande.

War es bis vor ca. zwei Jahren noch möglich, über eine unvermittelte und damit abstrakte Orientierung an der Interessenlage der Arbeiterklasse unter Ausblendung der eigenen Verstrickung als lohnabhängige Sozialarbeiter eine aktive und fordernde Rolle einzunehmen, erweist sich heute diese Strategie als vollends unpraktikabel, da die Genossen als Objekte staatlicher Repression nun selber Betroffene sind. Getroffen werden nicht mehr nur die aktivsten Köpfe, mittlerweile reicht die bloße systemkritische Gesinnung, um den verschiedensten Mechanismen von Disziplinierung, angefangen von der wohlmeinenden Aufforderung zur Duckmäuserei bis zum Rausschmiß, ausgeliefert zu sein. Herrscht, wie bereits aufgezeigt, weigehend Unklarheit darüber, wie Sozialarbeiter unmittelbar ihre eigenen Interessen wahrnehmen können, wird der solidarische Bezug zu den Betroffenen erst recht unmöglich gemacht.

Die "zweite Generation der AKS-Gruppen", die, die erst in jüngster Zeit entstanden sind, trifft dieses Dilemma völlig unvorbereitet. Sie setzen sich zum größten Teil aus Berufsanfängern und Berufspraktikanten zusammen. In der Ausbildung in keiner Weise mit den Widersprüchen der Berufspraxis vertraut gemacht, ist ihre Motivation und ihr Engagement bei Berufseintritt noch stark durch die Impulse aus der Projektphase der AKS-Gruppen bestimmt.

Die Initiierung von AKS-Gruppen lehnt sich an das Vorbild der älteren Gruppen an. Nach einigem frustrierenden Herumlaborieren mit der Unsicherheit, was man eigentlich machen soll, wird dann auf überregionalen Tagungen festgestellt, daß die Arbeitsschwierigkeiten nicht in erster Linie auf die besondere Unfähigkeit der eigenen Gruppe zurückzuführen sind, sondern die älteren AKS-Gruppen mittlerweile vor ähnlichen Problemen stehen. Angesichts der Tatsache, daß neue Handlungsperspektiven nicht greifbar erscheinen, leitet sich der soziale Zusammenhalt der Gruppen schwergewichtig über das individuelle Stabilisierungsbedürfnis der einzelnen Mitglieder her. Eine dogmatisch hergestellte Eindeutigkeit einer Strategie, wie sie von den K-Gruppen vertreten wird, steht nicht zur Verfügung und stößt berechtigterweise auf Skepsis. Immer mehr im Vordergrund steht die individuelle Betroffenheit, die sich aus dem Konflikt der eigenen linken Identität mit der professionellen und durchweg widersprüchlichen Rolle als Sozialarbeiter ergibt. Dieser Konflikt bezeichnet wie gesagt eine "Leerstelle", die durch die bisherige Praxis der AKS-Gruppen nicht adäquat ausgefüllt werden konnte, die nun aber die gemeinsame Basis darstellt.

Neben diesem Stabilisierungsbedürfnis sind die Möglichkeiten für offensive gemeinsame Veränderungsstrategien allenfalls nebulös, aber kaum konkret greifbar. Etwas polemisch überzeichnet ließen sich die AKS-Gruppen zur Zeit als "Notgemeinschaften zur kollektiven Pflege linker Identität ohne aktive Perspektive" definieren. Die für Sozialisten vorrangige Frage, wie wir jetzt arbeiten müssen, um unser Potential aktiv zu erweitern, schafft in der Regel Ratlosigkeit. Einen wichtigen Markierungspunkt auf dem Wege zu dieser Entwicklung stellte das Jugendpolitische Forum dar, das im Dezember 1974 unter maßgeblicher Beteiligung der in der Sozialistischen Aktion zusammengeschlossenen AKS-Gruppen als Antwort auf die Absage des 5. Deutschen Jugendhilfetages veranstaltet wurde. Indem es einerseits gelang, interessierte Kollegen und Genossen in breiter Zahl für die Teilnahme am Jugendpolitischen Forum zu gewinnen und damit unser organisatorisches Leistungsvermögen bei freilich extremem Aufbieten aller verfügbaren Kräfte unter Beweis gestellt werden konnte, wurden andererseits unsere konkreten Schwierigkeiten, in den Diskussionen praktische Orientierungen zu vermitteln, unübersehbar. Äußerlich wurde diese Unfähigkeit schon dadurch deutlich, daß wir die inhaltlichen Vorgaben und Strukturierungen der Diskussionen weitgehend verdienten Altgenossen aus dem Hochschulbereich übertrugen, die selber nicht in der AKS-Arbeit standen und uns deshalb, trotz besten Willens, auch nicht weiter helfen konnten. Damit wurde gleichzeitig aber auch deutlich, daß so etwas wie ein "theoretischer Mittelbau" im Sozialbereich nicht vorhanden ist. Dem praktischen Orientierungsbedürfnis an der Basis stehen relativ unvermittelt klassentheoretisch begründete Zugangsweisen zu Fragen der Jugendarbeit und zu dem Komplex materieller und psychischer Verelendung gegenüber. In modifizierter Form findet sich die skizzierte "Leerstelle" auf der Ebene linker Theorieproduktion wieder. Abgesehen von dem aktuellen Magazin päd. extra tut sich zwischen unserem Info und der Zeitschrift "Probleme des Klassenkampfs" ein großes Loch auf. Da wir nicht die Hoffnung haben, daß dieses Loch in absehbarer Zeit befriedigend zu stopfen ist, bleibt uns wohl nichts anderes übrig, als selbst an den ersten realistischen Schritten zu arbeiten, wie wir uns im Arbeitsfeld Sozialarbeit aus Krise und Repression einen linken Schuh machen können.

Dadurch, daß wir selber existentiellen Zwängen, Einschränkungen und Repressionen ausgesetzt sind, ist ein realistischeres und tieferes Verständnis für die Lage der Arbeiterklasse möglich, ein weitaus konkreteres Bewußtsein von den Schwierigkeiten, sich zu solidarisieren, seine Interessen wahrzunehmen und Widerstand zu leisten. Überlegungen, wie sie in einigen AKS-Gruppen bereits angestellt wurden, etwa einen Leitfaden für die Beratung von Sozialhilfeempfängern und Merkblätter für eine extensive Ausnutzung des Bundessozialhilfegesetz (BSHG) zu erstellen, geben die Richtung an, in der etwas getan werden muß, zumal dieses Feld von linken Sozialarbeitern bisher meist gemieden wurde. Ängste vor einem Rückfall in eine neue Randgruppenstrategie brauchen nicht mehr entwickelt zu werden, angesichts der Tatsache, daß die Krise das Gros der Lohnabhängigen trifft und dementsprechend Rechtsberatung und materielle Hilfen generell ein stärkeres Gewicht bekommen. Damit einhergehend wird deutlich, daß die eigene widersprüchliche Situation als Lohnabhängiger stärker reflektiert werden muß. Bezeichnenderweise haben wir im Info

die Diskussion um die gewerkschaftliche Organisierung bis heute vor uns her geschoben. Die gewerkschaftliche Organisierung ist sicherlich nicht das Allheilmittel, aber ein wesentlicher Bestandteil der

Strategie von Sozialisten

Der Zwang zu realistischeren und zum Teil auch vorsichtigeren Schritten legt uns ein anderes Umgehen mit den herrschenden Institutionen, Verbänden und bürgerlichen Parteien nahe. Dazu gehört nicht zuletzt der Aufbau informeller Informationssysteme und die dazu notwendige Herstellung kontinuierlicher Kontakte, dies vor allen Dingen auf der lokalen Ebene.

Bezogen auf die Berufspraxis kommen wir nicht umhin, in differenzierter Weise politisch hergeleitete Kriterien für eine fortschrittliche Berufspraxis zu entwickeln, die präziser als bisher üblich die alternative Qualität der Arbeit von Sozialisten im Sozialbereich in ihrer systembedingten Gebrochenheit markieren. An welchen Punkten unterscheidet sich unsere konkrete Arbeit, die ja zunächst genau wie in der bürgerlichen Sozialarbeit auf die Wiederherstellung und den Erhalt der Arbeitskraft der "Klienten" abzielt? (auszuführen wäre hier:kollektive Orientierung anstelle von individual-psychologischer Zugangsweise, Zugrundelegung sozialer Lebenszusammenhänge und Klassenbezüge anstelle von individualisierender Einzelfallbetrachtung, Unterstützung berechtigter Forderungen, Aufzeigen von Veränderungsmöglichkeiten etc.)

Diese notwendigen Kriterien müßten als politische ebenfalls die Gefahren der Berufsbornierung in der syndikalistischen Sackgasse (etwa: "Da kann sein, was will, Hauptsache dieser oder jener neue Ansatz für eine bessere Sozialarbeit kommt durch") bezeichnen und die Nahtstellen für gemeinsame Aktionen mit Genossen aus den anderen Arbeitsfeldern aufzeigen. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, daß die Erarbeitung solcher handlungsorientierenden Kriterien nur im Kontext einer gesamtgesellschaftlich bezogenen Strategie, an deren Erarbeitung wir uns beteiligen müssen, möglich ist. Weiterhin ist verstärkt zu überlegen, wie die arbeitslosen Lehrer- und Sozialarbeitergenossen und damit freigesetzte intellektuelle Potenzen in zu konzipierenden Projekten aufgefangen und in denen Selbsthilfemaßnahmen, Arbeitsvorhaben und Untersuchungen realisiert werden können, die wichtig, aber von den berufstätigen Genossen nur schwerlich zu leisten sind. Bei der Frage der Realisierung dieser Überlegungen wird wieder deutlich, daß ein enger Zusammenhang zwischen den möglichen Projekten und der Arbeit der Genossen in den Institutionen notwendig ist. Dieser Zusammenhang kann genauso wie der Rahmen zur Erarbeitung politischer Kriterien für die Arbeitsfeldpraxis nur organisiert hergestellt werden.

Wir meinen, daß die Analyse der aufgezeigten Erfahrungen, die wir im Arbeitsfeld in den letzten Jahren gemacht haben, die Unzulänglichkeit einer problematischen Fixierung auf den engen Bereich der eigenen Praxis verdeutlicht. Solange im Arbeitsfeld lediglich ein Erfahrungsaustausch im engeren Sinne stattfand und nicht parallel eine Aufarbeitung der in den Sozialbereich hineinwirkenden gesamt-

gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse geleistet wurde, mußte sich eine gewisse Unsicherheit gegenüber der aktuellen Situation notwendig aus dieser Vorgehensweise ergeben. Bezogen auf diese Problematik ist nun zu fragen, in welcher Weise der organisatorisch-politische Zusammenhang im Sozialistischen Büro geeignet ist, die Vermittlungsproblematik von Arbeitsfeld-Ansatz und Grundfragen sozialistischer Politik voranzutreiben.

Fortschrittliche Berufspraxis und sozialistische Politik - Wie bestimmt sich das Arbeitsfeld Sozialarbeit im SB?

Das Verhältnis von Berufspraxis und sozialistischer Politik ist in den letzten Jahren vorwiegend durch zwei problematische Sichtweisen verzerrt worden,
- einmal durch ein unverbundenes Nebeneinanderstellen von AKS-Praxis und-Arbeit im übergreifenden SB-Zusammenhang, bei dem die SB-Orientierung abstrakt und aufgesetzt ist. (Beispiel: Ein Genosse sitzt in allen möglichen linken Gremien und Komitees, nur im Sozialamt, seinem Arbeitsplatz, noch immer nicht an einem eigenen Schreibtisch, sucht sich also jeden Morgen ein Plätzchen, an dem er arbeiten kann).
- zum anderen durch ein Hochstilisieren des eigenen erfahrbaren Praxisausschnittes, was letztlich auf einen reinen spontanen Basisgruppenpragmatismus hinausläuft. In dieser Sichtweise wird jegliche übergreifende Fragestellung als bevormundende Zumutung abgeblockt ("Wir müssen erst mal in unserer Gruppe klar Schiff haben").

Es liegt auf der Hand, daß beide Angehensweisen der Problematik zwei Seiten der gleichen Medaille darstellen. Abstrakte Organisationsbestrebungen bedingen antiautoritären Protest, der mit seinen pseudokonkretistischen Zügen den Organisationsfanatismus der anderen füttert.

Der Arbeitsfeldansatz im SB meint etwas ganz anderes. "Was die Organisationsform des Sozialistischen Büros von anderen linken Organisationen unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie weder als bloße Koordinationsstelle von Arbeitsfeldern und Kampagnen, noch als eine Zentrale verstanden wird, die das Abstrakt-Allgemeine, die richtige Gesellschaftsanalyse und die politischen Prioritäten verwaltet und durch bindende Beschlüsse nach unten weitergibt." *(O. Negt, Zur Dialektik von Erfahrung, Emanzipation und Organisation, links Nr. 68, S. 12)* Das Arbeitsfeld ist also weder Rekrutierungsfeld, um Anpolitisierte der "eigentlichen" Organisation zuzuführen, noch kann es sich als verabsolutiertes Basisgruppenkonzept selbst genügen. Das Arbeitsfeld stellt stattdessen schwergewichtig den Ort politischer Praxis dar, welches freilich in strategischer Perspektive auf das "Gewaltzentrum der Gesellschaft", den kapitalistischen Produktionsprozeß hinvermittelt und in die Kooperation von Sozialisten aus allen gesellschaftlichen Bereichen eingebunden sein muß (Sozialarbeiter und Lehrer können beispielsweise im Bereich der Berufsausbildung eine orientierende Funktion, ohne eine eingehende polit-ökonomische-Strategiediskussion mit den Betriebs- und Gewerkschaftsgenossen bezüglich der strukturellen Problematik, die hinter der Jugendarbeitslosigkeit steckt - Auflösung des Facharbeitermythos, Veränderung der Produktions- und Qualifikationsstruktur, Massenarbeiterproblematik etc. -nicht wahrnehmen).

Im Arbeitsfeld finden sich, durch die besonderen Arbeitsbedingungen vermittelt, Momente der gesellschaftlichen Totalität, die ihre Wurzeln im Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital selbst haben. Das Problem für uns besteht darin, die Nahtstellen zwischen Arbeitsfeld-Praxis und übergreifender Organisierung am Material präzise anzugeben und handlungsorientierend umzusetzen. Alle angerissenen Konsequenzen, die wir im Arbeitsfeld aus dem beschriebenen Dilemma ziehen sollten, beinhalten diese Nahtstellen:

- Die gewerkschaftliche Organisierung und eine engagierte Mitarbeit machen zugleich die immanenten Grenzen erfahrbar, die eine ökonomische Interessensvertretung nur bedingt, eine politische dagegen kaum noch zulassen. Hier kann man nicht nur einfach eine Erfahrung machen, sondern muß den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß der sozialdemokratischen Einheitsgewerkschaft miteinbeziehen und im Diskussionszusammenhang mit den Genossen aus den anderen Arbeitsfeldern eine adäquate Strategie in Bezug auf die Gewerkschaftsfrage entwickeln.

- In der Frage einer fortschrittlichen Berufspraxis muß nicht zuletzt geklärt werden, was in den realen Handlungsvollzügen von Sozialisten in der Sozialarbeit, die ja unmittelbar die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse mitbestimmen, eigentlich "politisch" ist und wie Ansätze zu einer offensiven Solidarisierung mit den Betroffenen auf ähnliche Auseinandersetzungen in Schule und Betrieb zu beziehen sind.

- Außerinstitutionelle Projekte und professionelle Tätigkeiten in Institutionen laufen ständig Gefahr, sich zu verselbständigen oder gegenseitig zu blockieren, wenn ihnen nicht eine gemeinsame Strategie zugrunde gelegt wird.

- Schließlich wird die Notwendigkeit übergreifender Organisierung nicht zuletzt immer eindringlicher dort deutlich, wo der umfassende Zusammenhang von Krise, Ausbau des staatlichen Gewaltapparates und zunehmender politischer Repression uns sinnlich erfahrbar vor Augen führt, daß wir nicht allein durch unsere Berufspraxis definiert sind, sondern uns die der allgemeinen Disziplinierung zugrundeliegenden Kapitalverwertungsbedingungen einen globalen Widerstand nahelegen, um nicht vereinzelt in eine ohnmächtige Position getrieben zu werden. (Eine Genossin während der letzten Redaktionssitzung: "Es ist doch einfach unsere verdammte Pflicht, daß wir uns jetzt als Sozialisten zusammenrotten müssen.")

Welche Auswirkung auf die einzelnen AKS-Gruppen hat nun die Forderung, die Arbeitsfeld-Praxis an politisch übergreifenden Kriterien zu orientieren? Wir meinen, daß wir uns in den Gruppen in einer Phase der Selbstqualifizierung erst die Kompetenz erarbeiten müssen, die politisch neuralgischen Punkte der Tätigkeit im Sozialbereich differenziert und präzise erfassen zu können. Einige AKS-Gruppen (Köln, Düsseldorf) haben begonnen, anhand von Arbeitsplatzanalysen zunächst ihre eigene Situation am Arbeitsplatz zu strukturieren. Eine systematischere und zudem hautnah rückgekoppelte Betrachtungsweise der spezifischen Formen und institutionellen Bedingungen ist

die Voraussetzung für die Bearbeitung der Frage, welche konkrete Veränderungsstrategie am eigenen Arbeitsplatz initiiert werden kann und welche Aktionsmöglichkeiten in einem speziellen lokalen Bereich (Jugendfreizeitbereich, Heime, Obdachlosenarbeit etc.) entwickelt und vorangetrieben werden müssen. Eine so verstandene Zielgruppenarbeit wäre eine mögliche Form, über die Begrenztheit der AKS-Arbeit hinauszukommen.

Haben zum Beispiel die Genossen in einem Heim angefangen, nach einer Analyse ihres Arbeitsplatzes für konkrete Verbesserungen im Sinne der Betroffenen und der Mitarbeiter einzutreten und damit Erfahrungen gesammelt, so wäre dann eine lokale Untersuchung über die Zustände in anderen Heimen am Ort angebracht, mit dem Ziel, durch spezielle Aktionen und Veranstaltungen weitere fortschrittliche Kollegen zu gewinnen. Diese Vorstellung von Zielgruppenarbeit impliziert, daß sich der AKS nicht stur an die Gruppenzusammensetzung hält, die irgendwann zufällig entstanden ist. Nach einer Phase der Selbstqualifizierung wäre also eine gezielte Ausweitung der Arbeit nach politischen Kriterien notwendig, die allerdings voraussetzt, daß sich der AKS nicht mehr an zwei oder drei Obergenossen orientiert, sondern daß einzelne bereichsspezifische Untergruppen von Mitgliedern nach einiger Zeit in der Lage sind, selbständig Aktivitäten zu entwickeln. Hier zeigt sich, daß eigentlich von Anfang an das Schwergewicht auf eine umfassende politische Qualifikation gelegt werden muß, weil sie sonst die ihnen zukommende orientierende Funktion nicht wahrnehmen können. Dieses Konzept hat nichts mit überkommenen Avantgardevorstellungen zu tun, es ist besser, mit dem Begriff des "negativen Kaders" zu fassen, womit eine Minderheit gemeint ist, "die stets die Rolle eines Ferments spielt, zur Aktion treibt, ohne die Führung zu beanspruchen." (Cohn-Bendit, zitiert nach Peter Brückner, Kritik an der Linken, FLV Köln 1973, S. 33)

Die zuletzt angestellten Überlegungen beziehen sich auf die Ebene politischer Forderungen am Arbeitsplatz. In der gewerkschaftlichen Arbeit, um auf die nächste Ebene überzugehen, haben einige AKS-Gruppen bereits Erfahrungen gesammelt, ohne daß diese bisher Gegenstand einer breiten Diskussion im Arbeitsfeld geworden sind. Deshalb ist die Arbeitsfeld-Tagung Ende Mai, die von der Bielefelder Gruppe vorbereitet wird, schwerpunktmäßig dem Problem ÖTV-Arbeit gewidmet. Hier können auch Genossen Anregung finden, die bisher Gewerkschaftsarbeit ausgeklammert haben. Hat sich ein AKS erst einmal in den lokalen ÖTV-Zusammenhang eingearbeitet, erscheint es keineswegs aufgesetzt, auf der lokalen SB-Ebene in eine Diskussion über sozialistische Gewerkschaftsstrategie mit den GEW-Genossen aus dem SLB und den Genossen aus dem Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft einzusteigen, die schließlich auch in überregionale Tagungen mit den "express"-Genossen einmünden könnte.

Die von uns angeregte veränderte Sichtweise von Projekten sowie die Notwendigkeit, arbeitslose Genossen und deren Qualifikation politisch effektiv einzusetzen, findet z.Zt. ihren Niederschlag in der Diskussion um Möglichkeiten von "Rotarbeit" im Rahmen der Antirepressionskampagne des SB. Die damit berührten Fragen - Finanzierung der Projekte über einen Fonds aus Spenden berufstätiger Genossen, organisierte Rechtshilfe, informeller Stellenmarkt etc. - befinden sich

erst im Anfangsstadium der Bearbeitung. Das Redaktionskollektiv Info Sozialarbeit wird u.a. auch dieses Problem in einer Arbeitsgruppe auf dem Pfingstkongress diskutieren.
Der hier gemachte Versuch, mit Rückblick auf die beiden letzten Arbeitsfeld-Tagungen in Schnackenburg und Kassel, den Diskussionsprozeß im Arbeitsfeld hinsichtlich der Perspektive der praktischen Arbeit der AKS-Gruppen und der damit verbundenen Organisationsfrage voranzutreiben, hat nur dann einen realen Gebrauchswert, wenn er zum Anlaß einer intensiven Diskussion in den Gruppen genommen wird und weitere Anregungen provoziert. Vor allem aber die konkreten Schwierigkeiten bei der Umsetzung der aufgezeigten Perspektiven verdienen eine intensive Verarbeitung und Verbreitung im Info. Diesem Erfahrungsaustausch auf einer fortgeschrittenen Ebene einen breiteren Raum einzuräumen, verstehen wir als die organisierende Funktion des Infos.

KLEINANZEIGEN

TERMINE

- Musik in der außerschulischen Jugendarbeit - Arbeitswochenende vom 28. - 30. Mai in Münster; Erfahrungsaustausch und Erarbeitung von praktischen Möglichkeiten des Musikeinsatzes. Informationen: Heinrich Bröskamp, Steinfurterstr. 113, 44 Münster
- Repression und Freiräume an berufsbildenden Schulen - Arbeitstagung für Berufsschullehrer vom 4.6.-7.6. in Schlossborn/Taunus. Anmeldung bei Lehrergruppe Saarbrücken c/o Politischer Buchladen, Dudweilerstr. 69, 66 Saarbrücken
- Wohnkollektiv-Treffen vom 21.-23. Mai 1976 in Ulmbach bei Steinau/Krs. Schlüchtern. Vorgesehene Themen: Institutionelle Bedingungen, Arbeitssituation, Gruppen/Berater-Bewohnerprobleme, Öffentlichkeit, Perspektiven der Arbeit. Anmeldung umgehend (nur 30 Plätze vorhanden) bei: Ute Armanski, Pariser Platz 2, 8 München 80, Tel.: 089/454171

STELLENANGEBOTE

- Im Raum Frankfurt werden für 2 Gesundheitszentren (medizinische und psychosoziale Versorgung) Ärzte aller Fachrichtungen (insbes. Primärversorgung) sowie MTA's, Arzthelferinnen und Krankengymnastikerinnen gesucht. Kontakt: Verein zur Entwicklung und zum Betrieb von Gesundheitszentren, Kleine Schönbuschallee 35, 875 Aschaffenburg
- Freiwillige Soziale Dienste in Nordhessen: Zur Arbeit mit Jugendlichen (16-24 J.) und mit pädag. Mitarbeitern suchen wir einen dritten Menschen zum Team, Sozialpädagoge oder verwandte Berufsausbildung, Bezahlung nach BAT. Bewerbungen an: Internat-Diakonisches Jahr, 643 Bad Hersfeld, Alter Kirchweg 37, Tel. 06621/3099

- Für unsere Bezirksgeschäftsstelle suchen wir zum 1.4. oder später eine(n) Sekretär(in); Voraussetzung:Maschinenschreiben, Buchführung, Büroorganisation, Mitarbeit im pädagogischen Bereich erwünscht. Informationen/Bewerbungen an: SJD-Die Falken, Waldersee Str. 100, 3 Hannover, Tel.: 0511/628297
- Kinderarbeit im Arbeiterstadtteil - Bürgerinitiative sucht einen Gruppenleiter(in), keine Praktikantenstelle; wer ist an Stadtteilarbeit interessiert? Wer kann Erfahrungsberichte liefern? Kontakt: Ulrich Gärtner, Nordalbingerweg 4, 45 Osnabrück, Tel.:0541/78478
- Für Jugendwohngemeinschaft im Aufbau werden Mitarbeiter gesucht, Praktikantenstelle wird demnächst eingerichtet; nähere Informationen: Ulrich Gärtner, Nordalbingerweg 4, 45 Osnabrück
- Sozialarbeiter/-pädagoge/Hauptschullehrer (weibl.) gesucht für Projekt der beruflichen Qualifikation jugendlicher Arbeitsloser zur Geschäftsführung und Jugendbetreuung. Praxis erforderlich. Bewerbungen an: Ulrich Hoeltz, Kaiser-Friedrich-Ring 61, 62 Wiesbaden
- Neue undogmatische linke Monatszeitschrift sucht ab sofort Weiterverkäufer(innen) für den Direktverkauf. Verdienstmöglichkeit. Interessenten wenden sich an AZ - die andere Zeitung. Alexanderstr. 49, 6 Ffm. 90, Tel.: 0611/7891669
- Erzieher für Kinder- und Jugendarbeit mit "sozial Benachteiligten" in Osnabrück gesucht, der gemeinwesenbezogen arbeiten kann. Informationen Kinder- und Jugendhaus Bramscherstr. 11,45 Osnabrück
- Zwei Ersatzdienstleistende für die Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen gesucht a) handwerkliche Fähigkeiten und Führerschein, b) Kenntnisse aus dem gastronomischen Bereich. Information: 0611/730955

STELLENGESUCHE

- Sozialpädagoge (Dipl.) mit Erfahrung in der außerschulischen (gewerkschaftlichen) Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit sucht Anstellung möglichst im Raum Baden-Württemberg, Angebote unter Chiffre 4/23 an Sozialistisches Büro
- Sozialpädagoge (Dipl.) sucht Stelle im Raum Ffm.-Heidelberg (GWA, Kinder- und Jugendarbeit, politische Bildung o.ä.); Rainer Steen, Stresemannstr. 20, 355 Marburg
- Dipl.Sozialwissenschaftlerin z.Zt. an einer Berufsschule tätig, sucht Tätigkeit in der Jugendarbeit oder Erwachsenenbildung. Brunhild Ewinghaus, Am alten Stadtpfad 39, 463 Bochum.
- Berufspraktikantenstelle (Kinder- und Jugendarbeit oder GWA) ab Sept. 1976 in Berlin gesucht; Bernd Euscher, Oeder Weg 41, 6 Frankfurt
- Erzieherin sucht Praktikumsstelle im Kinderheim ab August 1976 in Hessen; H.G. Ritz, 64 Fulda, von Stauffenberg-Str. 10
- Nach Abschluß der Fachoberschule f. Sozialpädagogik im Juli 1976 wird eine Stelle im Ersatzdienst im Raum Bonn gesucht. Angebote unter Chiffre 3/23
- Hauptschullehrer sucht zum 1.10 Zivildienststelle in der Jugendarbeit. Zuschriften unter Chiffre 5/17 an Sozialistisches Büto
- Medizinalassistentin will im Raum Essen-Oberhausen-Gelsenkirchen auf Stellensuche gehen und sucht Kontakt zu Genossen im Gesundheitswesen. Zuschriften unter Chiffre 5/18 an Sozialistisches Büro

- Wer möchte eine solidarische Arbeit mit psychisch "Kranken" in Göttingen und Umgebung mitaufbauen helfen? Kontakt: Gottfried Tonhauser, Erfurter Str. 3 (Anbau), 34 Göttingen 12
- Kasseler Wohngemeinschaft sucht berufstätigen Sozialarbeiter, der sich als Verkäufer seiner Arbeitskraft und nicht als caritativer Helfer der Menschheit begreift. 0561 - 77812
- Suche Leute im Raum Mannheim, die in der Psychiatrie arbeiten und mir durch Informationen den Arbeitseinstieg erleichtern können. Jutta Steen, Stresemannstr. 20, 355 Marburg
- Gruppe sucht Informationen für alternative Arbeits- und Lebensformen mit sog. psychisch Kranken; Ratschläge, Informationen, Adressen an: L. Sander, Rotenbergstr. 23, 66 Saarbrücken
- Suche Material u. Adressen von Elterngruppen geistig behinderter Kinder. Ilse Kleinheisterkamp, Moselstr. 42, Köln 1
- Sozialpädagogik-Student sucht für Examensarbeit Material über Lehrlingsarbeit im Freizeitbereich. Kalle Altenbrunner, Rastenburgerweg 2, 34 Göttingen
- Wer hat Material bzw. Erfahrungen zum Thema "Rolle der polit. Liedkultur in gesellschaftl. Auseinandersetzungen" zwecks Verwertung in einer Abschlußarbeit. Christoph Haas, Charlottenstr. 12, 741 Reutlingen
- Berufspraktikant SA sucht ab Juni/Juli/August ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft. Kontakt: Konni Seigfried, 67 Ludwigshafen, Schützenstr. 26, Tel.: 569652
- FHS-Studentin sucht für ihre Examensarbeit Material und Literatur zum Thema "Spiel im Vorschulalter als Bereich soz. Lernens" Rollenspiel, Barbara Greuz, Hammerstr. 184, 4400 Münster
- Suche für jugendlichen Strafentlassenen (21 Jahre) dringend Platz in einer Wohngemeinschaft. Kontaktadresse: Rita Erben, In der Stelle 8, 7413 Gomaringen/Tübingen
- Wer hat Interesse, mit uns ein Haus a.d.Lande (Nähe Hamburg) zu mieten oder zu kaufen? Über den reinen Freizeitwert des Hauses hinaus sollen auch einzelne Veranstaltungen zur Politökonomie, Frauenbewegung, Pädagogik und Kinderbuch, Sexual- und Kunstpädagogik durchgeführt und auch gemeinsame Projekte entwickelt werden. Christian u. Helmut, Tel. 040/479347 u. 450390.

★

Arbeitsgruppe Jugendarbeitslosigkeit:

AUSWIRKUNGEN DER ÖKONOMISCHEN UND POLITISCHEN REPRESSION IM BEREICH DER JUGENDARBEIT

- Vorbereitungspapier zum Antirepressions-Kongress -

Augenfällig und für jeden sichtbar signalisieren
- die Jugendarbeitslosigkeit,
- der verschärfte numerus clausus
- Berufsverbote und
- Abstriche in den Reformvorstellungen und Finanzierungsspielräumen der staatlichen Jugendpolitik

die veränderten ökonomischen und politischen Voraussetzungen für eine emanzipatorische Jugendarbeit.

Die Jugendarbeitslosigkeit verweist auf die strukturellen Defizite im gesamten Bereich der Arbeitsplatzsicherung und des Ausbildungssystems. Numerus clausus, Berufsverbote und veränderte staatliche Jugendpolitik zeigen einerseits die materiellen Grenzen der Reformhoffnungen der letzten Jahre an und sind andererseits zum Mittel der politischen Repression gegen emanzipatorische Jugendarbeit und Bildungspolitik geworden. Es wird nun deutlicher als zuvor, daß sich die Bereiche der Jugendarbeit, der Beruflichen Bildung und der sozialstaatlichen Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit entgegen allen Reformversprechen in die Notwendigkeiten des kapitalistischen Kalküls zur Krisenbewältigung einzufügen haben.

Die Ansätze zu selbständiger, an den Interessen der Jugendlichen orientierten Arbeit im Bereich der Jugendzentren und Jugendgruppenarbeit haben nun neben dem verschärften Arbeits- und Konkurrenzdruck in den Betrieben und um Ausbildungsplätze auch mit den erklärten Integrationsabsichten der staatlichen und verbandlichen Jugendpolitik zu kämpfen. Diese äußern sich
- in der Kürzung, bzw. Umverteilung von Mitteln für die politische Jugendarbeit zugunsten kompensatorischer Maßnahmen für sog.Randgruppen;
- in der Einfrierung oder Streichung von Stellen und Mitteln für offene Jugendhäuser und die politische Bildungsarbeit der Verbände;
- im Rückzug der Verbände und Organisationen auf ihre ureigensten Verbandsinteressen und - ideologien, unter faktischer Aufgabe allgemeiner, emanzipatorischer Zielsetzungen in der praktischen Arbeit;
- in einer wachsenden politischen Kontrolle der beschäftigten Sozialarbeiter und Referenten für politische Bildungsarbeit;
- in der verstärkten Disziplinierung bis hin zur Kriminalisierung derjenigen Jugendlichen, die um Freiräume für ihre politische Arbeit und Freizeitorganisation kämpfen.

Notwendig ist angesichts dieser Entwicklungen,
- die Kommunikation zwischen den verschiedenen Stellen und Bereichen einer politischen Jugendarbeit zu stärken;
- den Zusammenhang zu Auseinandersetzungen und Entwicklungen im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich herzustellen;

- zu effektiven Formen des Selbstschutzes und der Gegenwehr zu kommen, es ermöglichen, nicht allein Opfer der ökonomischen und politischen Repression zu sein.

Dazu sollten wir im einleitenden Plenum bis etwa 12 Uhr zunächst einmal Erfahrungen austauschen, um dann in kleineren Arbeitsgruppen genauer auf unsere Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten der organisierten Zusammenarbeit, sowie der Unterstützung betroffener Gruppen und Einzelner einzugehen.
Folgende Arbeitsgruppen sind vorgesehen:

1. Staatliche Jugendpolitik in Bezug auf Jugendzentren
Anhand eines Berichtes um die Entwicklung und Auseinandersetzungen in einem selbstverwalteten Jugendzentrum werden die staatlichen Restriktionen und Probleme der gegenwärtigen Jugendzentrumsarbeit dargestellt und diskutiert.

2. Staatliche Finanzierungspolitik und Probleme der Jugendverbandsarbeit
Hier geht es um die Analyse der Sparmaßnahmen, Umverteilungen und Beschränkungen in der politischen Jugendarbeit der Verbände und um die Möglichkeiten von Bildungsarbeitern und Jugendgruppen, emanzipatorische, interessenorientierte Ansätze gegen verbandsbornierte Ansprüche zu behaupten.

3. Maßnahmen der BAA gegen Jugendarbeitslosigkeit
Die Anstrengungen der Bundesanstalt für Arbeit, die Jugendlichen Arbeitslosen von der Straße zu bekommen, dienen eher der Verschleierung des Ausmaßes und der Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit, als daß sie den Betroffenen wirksame Hilfe bringen könnten. Neben einer Einschätzung der Fördermaßnahmen der BAA und der Interessenkoalitionen mit Verbänden und Betrieben sollen auch Beispiele von Synthese-Projekten von beruflicher und politischer Bildung vorgestellt werden.

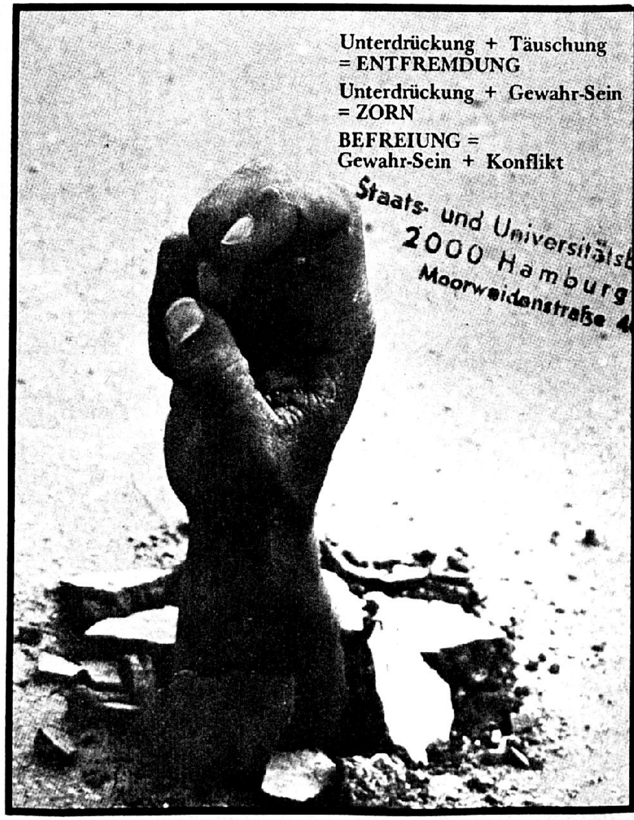
4. Erfahrungen von Arbeitsloseninitiativen
Die bisherigen Erfahrungen mit Arbeitsloseninitiativen sollen im Hinblick auf die Organisierbarkeit und Möglichkeiten der Interessenswahrnehmung von arbeitslosen Jugendlichen genauer diskutiert und Möglichkeiten der Kooperation mit anderen Bereichen gesucht werden.

5. Zum Zusammenhang von gewerkschaftlicher und Jugendzentrums -Arbeit
Bislang ist die Jugendzentrumsbewegung weitgehend isoliert von der gewerkschaftlichen Jugendgruppenarbeit verlaufen, obwohl es in der Lehrlingszentrenbewegung durchaus Berührungspunkte gab und auch heute an einigen Orten ein engerer Zusammenhang besteht. Welche Erfahrungen liegen vor und wie kann eine Zusammenarbeit zwischen beiden Bereichen verbessert werden?

6. Betriebliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen um Ausbildungsplätze und Übernahme von Lehrlingen
Die Jugendarbeitslosigkeit ist mindestens ebenso ein Problem für die arbeitenden Jugendlichen im Betrieb. Die Forderung nach qualifizierten Ausbildungsplätzen, gegen Personalabbau und für Übernahme der ausgebildeten Lehrlinge in ihrem Beruf wird nicht am Verhandlungstisch entschieden werden. Bei der gegenwärtigen Unentschlossenheit der Gewerkschaften kommt es, wie die Beispiele von BASF und MERCK zeigen, entscheidend auf die Aktivitäten der Jugendlichen im Betrieb an, ob diese Forderungen durchgesetzt werden können oder nicht.

INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT

Schwerpunktthema:
ALTERNATIVE PSYCHIATRIE



14
Offenbach im Oktober 1976
Einfachnummer - Preis 4,--